

PROTOKOLL

über die 41. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 17. Mai 1990, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr
Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Josef Brandstötter
Gerhard Bremm
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Norbert Georgi
Anna Jeloucan
Walter Hahn
Oskar Holub
Engelbert Huber
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Rudolf Pickl

Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Hermann Rupprechter
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Walter Strobl
Hubert Sturmberger
Otto Treml
Anton Vorhauer
Wolfgang Wieser

VOM AMT:

Magistratsdirektor-Stellvertr.
OSR. Mag. Johann Rabl
MR. Dr. Kurt Schmidl
Dir. TOAR Ing. Wolfgang Wein
Dir. OAR Helmut Riedler
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes

Neuwahl eines Mitgliedes des Stadtsenates

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Ges-1165/90	Biotopgestaltung der Reichertinsel im Stauraum Staning an der Enns; Ansuchen um Vergabe und Mittelfreigabe für Planierungsarbeiten.
GHJ1-1582/90	Bürgerdienst; Ersatzbeschaffung der Funkanlage.
VerkR-7536/83	Verkehrslichtsignalanlagen im Stadtgebiet; Refundierung der Kostenanteile gemäß Kostenteilungsschlüssel an das Land OÖ. und an den Bund für das Jahr 1989; Antrag auf Mittelfreigabe.
En-1101/90	Beleuchtungsprogramm 1990; Bauvorhaben Bergerweg; Antrag auf Mittelfreigabe und Firmenvergabe.
Bau5-7247/80	BBAK Steyr; Anbringung einer zusätzlichen Wärmedämmung an der Garagendecke.
Ha-2120/90	OÖ. Schulgalerie; Unterstützung.
Ha-2036/90	Bildungszentrum Dominkanerhaus; außerordentliche Subvention.
Ha-2119/90	Pfarr St. Josef Steyr-Ennsleite; außerordentliche Subvention.
Ha-2185/90	Förderung des Projektes Agnel Ashram in Goa; außerordentliche Subvention.
Bau5-5453/88	ZAH Steyr - Heizungserneuerung, nachträgliche Vergabe, Mittelfreigabe; Kreditüberschreitung.
ÖAG-2159/87	Erweiterung des Pfarrfriedhofes Christkindl - zinsenloses Darlehen.
Gem-3416/87	Autoverleih Eiblwimmer Gesellschaft mbH, Dieselstraße 33/5, 4400 Steyr; Abschreibung der offenen Abgabenrückstände.
Verk-R-7536/83	Einrichtung und Maßnahmen nach der StVO; Antrag auf Genehmigung einer Kreditüberschreitung.
GHJ2-761/90	Kanalanschluß Volksschule Wehrgrabengasse 22.

Verhandlungsgegenstände:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-63/90 Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.
- 2) Präs-871/89 Errichtung eines Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen.
- 3) Präs-240/90 Kommerzialrat Direktor Dr. Friedrich Steinbock; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 4) Präs.242/90 Kommerzialrat Ing. Walter Strasek; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 5) Präs-243/90 Oberst Hubert Pöchhacker; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 6) Präs-287/90 Regierungsrat Johann Großbauer; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 7) Ha-7442/87 Einrichtung eines Notarzwagens in Steyr; Abschluß eines Vertrages mit dem Landesverband Oberösterreich des Roten Kreuzes.
- 8) K-7600/89
ABGESETZT! Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1990/91 - Abschluß eines Werkvertrages.
- 9) VH-1900/90 Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr - Arbeitsjahr 1990/91.
- 10) Bau2-6446/86 FAZAT Steyr; Vorentwurf und Entwurf über den Umbau der ehemaligen Werkstätten und der ehemaligen Bürotraktes der Hack-Werke; Honorarforderung Architekt Falkner.
- 11) VerkR-7968/89 Ankauf von Rotlichtüberwachungskameras samt Zubehör; Mittelfreigabe und Firmenvergabe.
- 12) VerkR-6078/88 Ankauf einer neuen Rückvergrößerungseinrichtung für Radarfotos; erforderlich durch die neuen rückstrahlenden Kennzeichentafeln; Mittelfreigabe und Firmenvergabe.
- 13) Bau5-3862/88 Adaptierung des städtischen Hallenbades; Vergabe der Planung zur Kostenermittlung, erforderliche Statikerleistungen; Mittelfreigabe.
- 14) ÖAG-4766/88
Müllabfuhr Mülldeponie der Stadt Steyr, Deponieentgasung; Antrag um Zustimmung zur Vergabe des Absaugversuches sowie Mittelfreigabe für das Rechnungsjahr 1990.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:**

- 15) Buch-7700/89 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr 1989.
- 16) Präs-47/90 Bezugsregulierung ab 1. 4. 1990.
- 17) Ha-2450/90 Sonderwohnbauprogramm für die Stadt Steyr - Finanzierungszuschüsse der Stadt - Grundsatzbeschluß.
- 18) ÖAG-410/80 Gewährung einer Subvention an die GWG der Steyr-Daimler-Puch AG zur Abdeckung von 50 Prozent des Betriebsabganges zur "Schwimmschule" im Jahr 1989.
- 19) Ge-2934/90 GFM Steyr - Gewerbeförderung.
- 20) Ha-2878/90 Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahr 1990.
- 21) Ge-4362/88 Refundierung der halben Lohnsummensteuer für das Jahr 1989 an die Fa. SLR-Gußwerk II GesmbH.
- 22) GHJ2-2927/87 ff Abschreibung bzw. Ausbuchung uneinbringlicher Forderungen der Stadt aus rückständigem Mietzins.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 23) SH-2091/90 Küchenumbau im ZAH; Essenslieferung durch die Steyr-Daimler-Puch AG.
- 24) Bau5-4177/86 ZAH Steyr - Küchenerneuerung, Vergabe von Leistungen und Mittelfreigabe, Kreditüberschreitung.
- 25) Bau5-4177/86 ZAH Steyr - Küchenerneuerung; Vergabe der Lieferungen und Leistungen von Küchenmöbeln und Apparate; Mittelfreigabe und Kreditüberschreitung.
- 26) Bau5-4177/86 ZAH Steyr - Küchenerneuerung; Vergabe von Elektro- und Sanitärinstallationsarbeiten sowie Nebenleistungen; Mittelfreigabe.
- 27) Bau5-4177/86 ZAH Steyr - Küchenerneuerung; Vergabe der Lieferungen und Altgeräteabverkauf; Mittelfreigabe.
- 28) GHJ2-635/90 Kindergarten Marxstraße 15 - Instandsetzungsarbeiten; Einrichtungserneuerung (1. Gruppe, Garderobe); Außenanlagengestaltung, Spielgeräteaufstellung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 29) Bau3-2830/86 Geh- und Radweg Ennser Straße, IV. und V. Teil; Ansuchen um Mittelfreigabe für Bauarbeiten und Grundeinlöse.
- 30) SH-1024/90 Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1990.
- 31) Bau3-610/90 Asphaltierungsprogramm 1990 inkl. Ausbau der Zufahrt Campingplatz; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.
- 32) Bau3-7320/89 Baugrubenumschließung der Bahnunterführung Messererstraße; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.
- 33) Bau3-1240/81 Ausbau der August-Moser- und der Feldstraße sowie Errichtung zweier Haltebuchten in der Steiner Straße; 2. Baurate; Mittelfreigabe.
- 34) Bau3-4700/85
Bau6-1074/88 Straßenbau Steyrdorf im Zuge der Kanalisation; Antrag auf Auftragsenerweiterung und Mittelfreigabe für die Neugestaltung der Frauengasse.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 35) Bau2-1009/89 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 70 - Erwin Hofer.
- 36) Bau2-460/88 Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr - Überarbeitung im Zuge der regelmäßigen 5jährigen Überprüfung.
- 37) Bau6-6275/89 Kanalisation Steinwändweg; Antrag um Zustimmung zur Vergabe und Mittelfreigabe.
- 38) Bau6-1074/88 Errichtung Kanalisation Steyrdorf NS Direktionsstraße und Frauenstiege NK Pfefferlweg, Sierninger Straße 2, Fabrikstraße und Badgasse; Straßenbauarbeiten Direktions-, Sierninger-, Fabrikstraße und Unterer Michaelerplatz; Antrag um Mittelfreigabe für 1990.
- 39) Bau6-7900/89 Aufschließung Fachschulstraße; NK C' und C''; Kanalisation Schlüsselhofsiedlung; NK A und A' An der Enns und NK B; Antrag um Zustimmung zur Vorgangsweise und Vergabe der Auftrags- teile A, B und D an den Bittigstbieter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 40) ÖAG-2086/84
Stadtwerke Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung.
- 41) ÖAG-1816/90
Stadtwerke Errichtung diverser Erdgasreduzierstationen im Hochdrucknetz des Gaswerkes Steyr - Auftragsvergaben.
- 42) ÖAG.-2391/90
Stadtwerke Erdgasanschließung Ortsnetz Gleink; Auftragsvergaben.
- 43) ÖAG-2452/90
Stadtwerke Städtisches Gaswerk - Einbau einer neuen Odorierungsanlage in den Erdgasübernahmestationen mit der OÖ. Ferngas - Auftragsvergabe.
- 44) ÖAG-2451/90 Erdgasanschließung Gründbergsiedlung; 1. Teil - Auftragsvergaben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- 45) GHJ2-1048/90 Ankauf von Maschinen und Werkzeugen für städtische Sportanlagen und die Stadtgärtnerei Steyr, Blumauergasse 3.
- 46) GHJ1-710/90 Ankauf einer Offsetdruckmaschine Format A 3 für die Hausdruckerei (Ersatzbeschaffung).
- 47) ÖAG-2323/90
ÖAG-4319/89 Verkauf einer Teilfläche des Grundstückes 684/1, KG. Gleink, an die Fa. Heno-Bau Baugesellschaft mbH, Baumeister Nograsek, Steyr, Grünmarkt 15; flächengleicher Tausch einer Teilfläche des Grundstückes 684/1, Gleink, mit einer Teilfläche des Grundstückes 684/2, Eigentümer Herbert und Inge Mascher, Dornacher Straße 14, 4407 Steyr-Gleink.
- 48) ÖAG-1387/90 Verkauf des Grundstückes 447, KG. Gleink, an die Hubert Sunk GesmbH, 4400 Steyr, Rooseveltstraße 8 b.
- 49) GHJ1-1807/90 Ankauf eines Lkws für die Stadtgärtnerei Steyr, Blumauergasse 2; Ersatzbeschaffung.
- 50) GHJ2-7454/87 Fenstererneuerung - 2. Etappe, Wagnerstraße 2 - 4.
- 51) GHJ2-1825/90 Sportheim Ennsleite - Instandsetzungsarbeiten; 2. Bauetappe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie zur heutigen Sitzung des Gemeinderates recht herzlich begrüßen und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß den Statuten gemäß einberufen wurde. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Ich ersuche die Gemeinderäte Herbert Lang und Wolfgang Wieser um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Entschuldigt sind die Gemeinderäte Bachner, Hochrathner, Strasser, Wallner und Frau Gemeinderat Wieser.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mit 1. Mai 1990 hat Herr Stadtrat Rudolf Pimsl auf sein Mandat verzichtet. Aufgrund des am 27. 9. 1985 gemäß § 43 der Statutargemeinden-Wahlordnung 1961 in der geltenden Fassung kundgemachten Gemeindewahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates am 6. 10. 1985 ist daher nunmehr im Zusammenhang mit den vorliegenden Verzichtserklärungen des Herrn Mag. Gerhard Klausberger, der Frau Gertrude Schreiberhuber, des Herrn Willi Schreiberhuber, des Herrn Günter Mayrhofer, des Herrn Heinrich Kern, der Frau Inge Steiner, des Herrn Walter Heumann, des Herrn Erich Bodingbauer, des Herrn Franz Schönberger, des Herrn Karl Baumgartner, des Herrn Ing. Hermann Reichl, des Herrn Franz Daucher, der Frau Hilde Mitterramskogler und des Herrn Karl Zack als neues Mitglied des Gemeinderates der Stadt Steyr Frau Anna Jeloucan, wohnhaft Steyr, Dr. Klar-Straße 13, anzuloben.

Bevor ich zur Angelobung des neuen Gemeinderatsmitgliedes schreite, möchte ich jedoch nicht verabsäumen, dem ausgeschiedenen Gemeinderatsmitglied Stadtrat Rudolf Pimsl für seine verdienstvolle Mitwirkung im Gemeinderat aufrichtig zu danken. Es wird sicher noch eine andere Gelegenheit gefunden, diese Würdigung in entsprechender Form zum Ausdruck zu bringen.

Gemäß § 9 des Statutes für die Stadt Steyr haben später eintretende Gemeinderatsmitglieder das Gelöbnis in der ersten Gemeinderatsitzung, an der sie teilnehmen, zu leisten. Das Gelöbnis ist vor dem Gemeinderat abzugeben:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Frau Gemeinderat Jeloucan, bitte erheben Sie sich vom Platz und sprechen Sie die Worte "ich gelobe".

GEMEINDERAT ANNA JELOUCAN:

"Ich gelobe".

Ich danke, darf Ihnen herzlich gratulieren und Sie um Ihre Mitarbeit ersuchen.

Damit ist der Gemeinderat wieder komplett. Durch das Ausscheiden des Stadtsenatsmitgliedes Stadtrat Rudolf Pimsl ist es jedoch nunmehr nach dem Statut für die Stadt Steyr auch erforderlich, die Funktion eines Stadtsenatsmitgliedes durch eine Neuwahl entsprechend nachzubeseetzen.

Vor Durchführung der Wahlhandlung obliegt mir die Aufgabe, 5 Stimmprüfer für die Durchführung der Wahl zu bestellen. Es kommt dabei jeder im Gemeinderat vertretenen Fraktion ein Stimmprüfer zu. Bisher wurden dazu immer die jüngsten Mitglieder jeder Fraktion bestellt. Diese Vorgangsweise soll auch bei der heutigen Wahlhandlung eingehalten werden. Es darf daher vorgeschlagen werden, als Stimmprüfer zu bestellen:

Von der SPÖ: Gemeinderat Josef Brandstötter; von der ÖVP: Gemeinderat Wilhelm Spöck; von der GAL: Gemeinderat Oskar Holub; von der KPÖ: Gemeinderat Otto Tremli; von der FPÖ: Gemeinderat Roman Eichhübl.

Von der SPÖ-Fraktion wurde mir für die Wahl eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates Herr Gemeinderat Dkfm. Helmut Zagler statutengemäß vorgeschlagen. Wahlberechtigt hiefür sind entsprechend den Bestimmungen des Statutes für die Stadt Steyr nur die Mitglieder der sozialistischen Gemeinderatsfraktion. Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ist erforderlich.

Ich bitte nunmehr, die Wahlhandlung durchzuführen und die Stimmprüfer, das Wahlergebnis zu ermitteln.

Wahlvorgang

Die Wahl zum Mitglied des Stadtsenates hat folgendes Ergebnis erbracht:

Anzahl der abgegebenen Stimmen: 23

Für Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler: 22

Enthaltungen: 1.

Ich gratuliere Herrn Stadtrat Dkfm. Zagler zu seiner Wahl und frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

STADTRAT DIR. DKFM. HELMUT ZAGLER:

Ich nehme die Wahl an.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf Sie bitten, sich von Ihrem Platz zu erheben und das Gelöbnis in vollem Wortlaut abzulegen.

STADTRAT DIR. DKFM. HELMUT ZAGLER:
"Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen."

(Gratulation)

Wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Da solche nicht vorliegen, ist dieser Punkt erledigt.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen, wie immer, den letzten Bericht des Arbeitsamtes vorlegen.

Der Jahreszeit entsprechend entwickelte sich die Arbeitsmarktlage im Berichtsmonat positiv. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl fiel allerdings geringer aus als im Vormonat, da im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Wintersaison in der Fremdenverkehrsbranche Kräftefreistellungen erfolgten. Die Verbesserung der Situation ist in erster Linie auf den anhaltenden Bauboom zurückzuführen, während im Metallbereich im Vergleich zum Vormonat eine Stagnation festzustellen ist und der Vorjahresvergleich sogar eine Vorgemerktenzunahme um 104 (das sind 25,8 Prozent) aufweist. Ende April waren im Bezirk Steyr 2.212 Arbeitslose (1.060 Männer und 1.152 Frauen) gemeldet, das sind um 107 (99 Männer und 8 Frauen) oder 4,6 Prozent weniger als im Vormonat. Im Jahresvergleich ist seit Februar ein Anstieg der Vorgemerktenzahlen festzustellen. In diesem Monat betrug das Plus im Vergleich zum April 1989 (34 Männer, 57 Frauen) oder 4,3 Prozent.

Günstige Konjunkturimpulse kommen in erster Linie den Männern zugute, während die Zahl der vorgemerkten Frauen im Jahresdurchschnitt langsam aber kontinuierlich ansteigt. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen beträgt ca. 22 Prozent und ist aufgrund der stetigen Ausgrenzung älterer Arbeitskräfte sehr schwer abbaubar. Die Arbeitslosenquote beträgt 5,5 Prozent. Sie ist gegenüber März 1990 um 0,3 Prozent und im Vorjahresvergleich um 0,1 Prozent zurückgegangen.

Am Ende des Berichtsmonates waren 584 offene Stellen gemeldet, das sind um 53 (oder 8,3 Prozent) weniger als im Vormonat und um 1 (0,2 Prozent) weniger als vor einem Jahr. Die Stellenandrangziffer beträgt derzeit 3,8 (März 3,6, April 1989 3,6). Die Verminderung der Stellenangebote betraf eine Reihe von Branchen, hervorzuheben wäre der Rückgang der Vakanzen im Bereich des Handels. Die Zahl der beschäftigten Ausländer nimmt weiterhin

stark zu. Im Bezirk verfügen derzeit 1.343 Ausländer über eine Beschäftigungsbewilligung oder einen Befreiungsschein, das bedeutet eine Steigerung um 60 Prozent im Vergleich zum April 1989.

Derzeit stehen 141 beim Arbeitsamt vorgemerkten Lehrstellensuchenden 491 gemeldeten offenen Lehrstellen gegenüber. Die Wünsche der Jugendlichen konzentrieren sich in erster Linie auf die Bereiche Metall, Handel, Büro, Körperpflege. Bei den offenen Ausbildungsplätzen liegen die Schwerpunkte in den Sektoren Bau, Fremdenverkehr, Holz und Metall.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte auch auf die Situation in unserem Altersheim aufgrund eines Schreibens ganz kurz eingehen. Die Arbeit in unserem städtischen Zentralaltersheim ist vielschichtig und eine derjenigen Aufgaben, die die Bürger am unmittelbarsten berühren. Wenn die Tätigkeit im Altersheim ordnungsgemäß läuft, so wird dies naturgemäß meist nicht besonders registriert. Ich möchte daher die Gelegenheit wahrnehmen, stellvertretend für immer wieder einlangende Anerkennungsschreiben einen Brief von Frau Dr. Gertrud Walk Ihnen auszugeweiht zur Kenntnis zu bringen. Frau Dr. Walk schreibt unter anderem wörtlich: "Ich möchte bei der Gelegenheit bemerken, daß ich bei meinen Besuchen feststellen mußte, wie ordentlich dieses Haus geführt ist, welche Ordnung und Sauberkeit dort herrscht und wie freundlich und hilfsbereit das Personal und die Schwestern sind."

Es gibt also neben manchmal doch sehr kritischen Stimmen zum Altersheim auch immer wieder positive Reaktionen, die auch nicht unerwähnt bleiben sollen.

Meine Damen und Herren, zur Verlegung des Waffensaales der Steyr-Daimler-Puch AG hat mit Schreiben vom 13. April 1990 der Landeskonservator mitgeteilt, daß ihm bekannt wurde, daß eine Verlegung des Waffensaales geplant ist. Das Landeskonservatorat für Oberösterreich schreibt hierzu wörtlich:

"Bei diesem Saal handelt es sich um eine historische Anlage aus der Zeit des Ersten Weltkrieges mit Schnitzereien und einer Waffensammlung seit dem Bestand der Steyrer Waffenfabrik. Wie der Steyr-Daimler-Puch AG aus den bisherigen Gesprächen mit dem Bundesdenkmalamt bekannt ist, haben Teile des Werkes Denkmalcharakter, wenngleich eine bescheidmäßige Unterschutzstellung bis jetzt noch nicht ausgesprochen worden ist. Gerade der Waffensaal zählt ganz besonders zu den erhaltenswerten Teilen der Steyr-Werke, wobei nicht nur das Inventar, sondern auch die Verbindung desselben mit dem historischen Raum

und der Standort mitentscheidend sind. Der Landeskonservator ersucht daher um Mitteilung, ob die zitierte Pressemeldung den Tatsachen entspricht. Gleichzeitig möchte der Landeskonservator höflich bitten, diesen Raum bis zu einer gemeinsamen Besichtigung durch das Bundesdenkmalamt, Abteilung für technische, wirtschafts- und sozialgeschichtliche Denkmale, unangetastet zu lassen."

Damit schließt sich das Landeskonservatorat der Auffassung der Stadt Steyr an, den Waffensaal unangetastet im bisherigen Standort zu belassen.

Eine kurze Mitteilung noch bezüglich des Einsatzes des Steyrer Notarzwagens. Seit 1. Dezember 1989 ist der Notarzwagen in Steyr in Betrieb und liegt nunmehr die Statistik der ersten drei Monate vor, wobei besonders darauf hinzuweisen ist, daß die Zahl der Einsätze von 62 bis 68 pro Monat bei weitem über dem Erwartungswert von 45 bis 50 pro Monat liegt und die Art der versorgten Patienten die enorme Bedeutung dieser medizinischen Einrichtung aufzeigt. Aus der Statistik geht auch hervor, daß die Hauptzahl der Patienten aus der Stadt Steyr kommt und daß etwa ein Viertel der Patienten aus den umliegenden Gemeinden stammt. Hierbei ist eine breite Fächerung über fast alle Gemeinden bereits in den ersten drei Monaten feststellbar. Insgesamt kann aus dieser Statistik ersehen werden, daß die Einführung des Notarzwagens in Steyr doch eine äußerst sinnvolle und notwendige Ergänzung zum bestehenden und auch weiterhin bestfunktionierenden Rettungs- und Krankentransportsystem des Roten Kreuzes darstellt.

Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3. Hier darf ich sagen, daß die Unterlagen, so wie immer, an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden.

Ein kurzer Hinweis. Zum Tagesordnungspunkt 11) darf ich sagen, daß die Gewährung eines zinsenlosen Darlehens zur Erweiterung des Pfarrfriedhofes Christkindl zurückgestellt wurde zur neuerlichen Prüfung.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen.

Vor Eingang in die Tagesordnung möchte ich gem. § 18 (4) der Geschäftsordnung für den Gemeinderat und die Gemeinderatsausschüsse für die Stadt Steyr den Antrag stellen, den Punkt 8) der Tagesordnung, betreffend den Abschluß eines Werkvertrages zur Abwicklung der Gastspielsaison 1990/91 im Stadttheater Steyr, von der Tagesordnung abzusetzen. Dies deshalb, da ursprünglich von der Direktion des Landestheaters Linz mitgeteilt wurde, daß die Pauschalsätze

gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent angehoben werden. Nunmehr liegt jedoch ein Schreiben der Direktion des Landestheaters Linz vor, in dem bekanntgegeben wird, daß die Pauschalsätze nicht wie ursprünglich festgelegt mit 4 Prozent, sondern mit 8 Prozent angehoben werden müssen. Diese Mitteilung stellt eine wesentliche Neuerung im Zusammenhang mit der Abhaltung der vorgesehenen 16 Gastspiele dar, worüber noch eingehend beraten werden muß. Aus diesem Grunde erachte ich es für notwendig, den gegenständlichen Akt zurückzustellen. Gem. § 7, 2, lit. h) der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ist über einen derartigen Antrag auf Absetzung eines Verhandlungsgegenstandes von der Tagesordnung keine Debatte zulässig. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung, wobei ich darauf hinweisen muß, daß gem. § 18 (4) der Geschäftsordnung für den Beschluß auf Absetzung des Verhandlungsgegenstandes eine Mehrheit von zwei Drittel der Anwesenden erforderlich ist.

Ich ersuche Sie daher, wenn Sie mit der Absetzung des Punktes 8) von der Tagesordnung einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen, damit ist dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt. Damit kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen und ich ersuche Kollegen Leithenmayr um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Damit kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen und ich ersuche Kollegen Leithenmayr um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag geht es um die Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse aufgrund der personellen Veränderung.

Der entsprechende Antrag lautet:

- 1) Präs-63/90
Änderung der Zusammen-

setzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 17. Mai 1990 werden die gemeinderätlichen Ausschüsse, wie in beiliegender Aufstellung ersichtlich, neu besetzt. (BEILAGE)

Ich bitte Sie um die Gewährung des Vorzuges, daß ich mir die Verlesung der Ausschußmitglieder ersparen darf. Es ist eine ziemlich umfassende Liste. Ich darf sagen, daß im Einvernehmen mit allen Fraktionen diese Neubesetzungen durchgeführt wurden. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich möchte die Gelegenheit benützen, um ein Dankeschön zu sagen, ein Dankeschön an Kollegen Zagler. Er hat ja während meiner Zeit und auch schon früher dem Prüfungsausschuß angehört als Obmann-Stellvertreter, durch seine neue stadträtliche Funktion scheidet er aus dem Prüfungsausschuß aus und ich möchte ihm für die geleistete Arbeit im Prüfungsausschuß sehr herzlich danken. Es ist uns gerade im Prüfungsausschuß in der letzten Zeit gelungen, die Kontrollen mehr auf die begleitenden Kontrollen überzuleiten. Die permanente Kontrolle ist schon wichtig, aber noch wichtiger ist und war in unseren Augen die begleitende Kontrolle. Denn wenn etwas passiert ist und man stellt im nachhinein fest, das war falsch, dann ist es ja leider zu spät. Dafür möchte ich insbesondere Kollegen Zagler sehr herzlich danken. Persönlich darf ich ihm für seine neue Tätigkeit alles Gute und viel Glück wünschen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für diese Wortmeldung und darf fragen, ob noch jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag in der vorliegenden Form zustimmt, den bitte ich, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu heben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten um die Zustimmung zur Errichtung eines Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrich-

tungen. Ich glaube, ich kann mir auch hier die Verlesung des Amtsberichtes ersparen und mich auf den Antrag des Stadtsenates, der einvernehmlich beschlossen wurde in der Sitzung vom 10. Mai, beschränken. Der Antrag lautet:

2) Präs-871/89

Errichtung eines Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. April wird mit sofortiger Wirkung gemäß § 36 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1980, LGBl. Nr. 11, ein gemeinderätlicher Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen errichtet. Dieser Ausschuß setzt sich aus folgenden Mitgliedern des Gemeinderates der Stadt Steyr zusammen:

SPÖ:

Bürgermeister Heinrich Schwarz, Vizebürgermeister Hermann Leithenmayr, die Stadträte Rudolf Steinmaßl und Dkfm Mag. Helmut Zagler; die Gemeinderäte Norbert Georgi, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring, Edith Radmoser, Johann Manetsgruber.

ÖVP:

Vizebürgermeister Karl Holub; die Gemeinderäte Wilhelm Spöck und Wolfgang Wieser.

Mitglieder mit beratender Stimme:

GAL: Gemeinderat Oskar Holub; KPÖ: Gemeinderat Otto Tremli; FPÖ: Gemeinderat Roman Eichhübl.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch hier stelle ich die einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie ersuchen um die Zustimmung zur Verleihung der Ehrenmedaille an Herrn Kommerzialrat Direktor Dr. Friedrich Steinbock. Ich darf den Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen.

3) Präs-240/90

Kommerzialrat Direktor Dr. Friedrich Steinbock; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr wird Herr Kommerzialrat Direktor Dr. Friedrich Steinbock in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für das erfolgreiche Wirken als Chefredakteur der Steyrer Zeitung und als Geschäftsführer der Vereins-druckerei."

Meine Damen und Herren, die drei weiteren Anträge sind ähnlich und es wurde im Finanz- und Rechtsausschuß die Bitte geäußert, daß in den Amtsberichten nähere Erläuterungen über die Verdienste vorgenommen werden in schriftlicher Form. Dies ist erfolgt. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem ersten Antrag und in der Folge auch zu den weiteren.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der erste Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag geht es um die Verleihung der Ehrenmedaille an Herrn Kommerzialrat Ing. Walter Strasek. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) Präs-242/90
Kommerzialrat Ing. Walter Strasek; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr wird Herr Kommerzialrat Ing. Walter Strasek in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet. Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seines erfolgreichen Wirkens als Firmeninhaber und als Mitglied österr. und internationaler Fachgremien für Holzbearbeitungswerkzeuge, für seine diesbezüglichen Neuerungen, die sich auch

auf dem Weltmarkt durchgesetzt haben und für seine wertvolle Tätigkeit im Verein für Städtefreundschaften."

Auch hier ersuche ich um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich frage, ob jemand dazu das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Herr Oberst Hubert Pöchhacker soll ebenfalls mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet werden. Der Stadtsenat hat folgenden Antrag an den Gemeinderat gestellt.

5) Präs-243/90
Oberst Hubert Pöchhacker;
Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr wird Herr Oberst Hubert Pöchhacker in Anerkennung der Verdienste um die Stadt Steyr durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet. Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung der Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für das erfolgreiche Wirken als langjähriger Kommandant des Landwehr-Stammregimentes 41 in Steyr".

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Ich möchte zu diesen Medaillen nur sagen, daß wir grundsätzlich, wenn jemand eine Medaille verdient, dem nicht im Wege stehen und sicherlich zustimmen werden. Ich wünsche mir aber in Zukunft, daß Medaillen auch vergeben werden an Gruppen. Also, wenn jemand aus dem Kriege belohnt wird, denke ich mir, es soll auch jemand, der für den Frieden kämpft, einmal belohnt werden. Ich würde vorschlagen, daß z. B. die Friedenswerkstätte eine Ehrenmedaille bekommt.
Desweiteren möchte ich anspielen auf diese Medaillenflut, die uns in der nächsten Zeit drohen wird, weil wieder - sogenannte tragbare -

geschaffen werden sollen. Ich glaube, man sollte es eigentlich bei diesen bestehenden Auszeichnungen belassen. Ich glaube, das ehrt nur die Geehrten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe schon im Finanz- und Rechtsausschuß zu den Ehrungen eine Äußerung und Stellungnahme meiner Partei abgegeben und ich werde auch diesen Verleihungen an die erwähnten Personen die Zustimmung geben. Ich habe auch hinzugefügt, daß ich auch bei Hubert Pöchhacker zustimmen werde, weil er verantwortlich zeichnet für eine ausgezeichnete Führung und Organisation bei Katastropheneinsätzen in unserem Stadtgebiet. Das ist der Schwerpunkt, den ich in dieser Richtung sagen möchte. Dazufügen möchte ich allerdings, ich wäre auch bereit, wenn ich den Einfluß hätte, die Ehrenmedaille der Stadt Steyr jedem Oberst und jedem General des Bundesheeres zu geben, wenn er anschließend in Pension geht, damit das Bundesheer aufgelöst würde und uns 18 Milliarden Schilling damit jährlich zur Verfügung stehen würden.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall. Ich bitte den Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu darf ich sagen, daß im § 5 Abs. 1 in unserem Statut ausdrücklich darauf hingewiesen ist. Ich möchte diesen Passus verlesen: "Der Gemeinderat kann Personen, die sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben, oder die der Stadt im besonderen Maß zur Ehre gereichen, durch Ernennung zum Ehrenbürger, durch Verleihung eines Ehrenringes oder durch sonstige Ehrungen auszeichnen. Es ist ausdrücklich personenbezogen und man müßte unsere statutarischen Bestimmungen vorerst ändern. Ich bestreite nicht, daß natürlich eine Organisation sich auch besondere Verdienste erwerben kann. Es ist aber in der Regel so, wenn das eintritt, wird in anderer Form der Dank ausgesprochen in Form einer Subvention, einer Unterstützung usw. Das ist der Regelfall, das wollte ich sagen. Direkte Verleihungen aufgrund unserer Bestimmungen haben wir an Vereinigungen noch nicht erteilen

können, weil uns hier die Bestimmungen im Statut binden.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wir schreiten zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch Herrn Regierungsrat Johann Großbauer soll für seine langjährigen Dienste beim Arbeitsamt Steyr eine Ehrenmedaille verliehen werden. Ich darf den Antrag zur Verlesung bringen.

6) Präs-287/90

Regierungsrat Johann
Großbauer; Verleihung der
Ehrenmedaille der Stadt
Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr wird Herr Regierungsrat Johann Großbauer in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet. Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:

"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung der Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein langjähriges erfolgreiches Wirken als Beamter und Leiter des Arbeitsamtes Steyr und seiner Bemühungen um die Verbesserung der Arbeitsmarktlage.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall, wir schreiten daher zur Abstimmung. Wenn Sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich habe heute schon berichten können über den Einsatz des Notarzwagens. Im Rahmen der Errichtung dieses Notarzwagens ist es notwendig, einen Vertrag mit dem Landesverband Oberösterreich des Roten Kreuzes abzuschließen. Der Antrag des Stadtsenates lautet.

7) Ha-7442/87

Einrichtung eines Notarzt-
wagens in Steyr; Abschluß

eines Vertrages mit dem
Landesverband Oberöster-
reich des Roten Kreuzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdi-
rektions vom 16. 3. 1990 werden zur Finanzierung
von 3 Notfallsanitätern des Steyrer Not-
arztwagens 37,5 Prozent der Gesamtpersonal-
kosten der 8 hauptberuflichen Notfallsanitäter,
das sind S 867.986,85, für das Rechnungsjahr
1990 freigegeben. Die Bezahlung dieser Lohn-
kosten hat in vier gleichen Teilen zu erfolgen,
wobei die erste Rate sofort, die zweite am 15.
5., die dritte am 15. 8., und die vierte am 15.
11. 1990 fällig und somit zu diesen Terminen
zur Auszahlung zu bringen ist.
Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 868.000,- (auchhundertachtundsechzigtau-
send)
werden bei VSt 1/5300/757000.2 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersu-
chen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag jemand
das Wort wünscht? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren
des Gemeinderates!

Ich bin natürlich für den Abschluß des Ver-
trages der Stadtgemeinde Steyr mit dem Roten
Kreuz, denn die meisten Gemeinderätinnen
und Gemeinderäte wissen ja, daß wir lange
Zeit und viele Jahre hier im Gemeinderat de-
battiert haben, welche Möglichkeiten wir un-
ternehmen müssen, damit ein solcher Notarzt-
wagen mit einem Notarztssystem hier in Steyr ein-
geführt wird.

Der Herr Bürgermeister hat schon in seinen
Mitteilungen hingewiesen, wie erfolgreich die-
ses Team mit dem Notarztwagen in unserem
Stadtgebiet und der Umgebung unterwegs ist,
so daß monatlich zwischen 60 und 70 Einsätze
gefahren werden. Das bedeutet in vielen Fäl-
len, daß eine schnelle medizinische Hilfe den
Menschen gegeben werden kann. Ich weiß
aus meiner persönlichen Einsicht, daß durch
diese Einsätze des Notarztwagen-Systems in
den letzten Monaten, seit 1. Dezember 1989,
vielen Menschen unserer Stadt und Umgebung
das Leben gerettet werden konnte. Damit,
glaube ich auch, bei Schwerverletzten wurde
mitgeholfen, daß die Folgeschäden nicht allzu
groß oder so groß werden und viele Millionen
Schilling erforderten.

In diesem Sinne glaube ich, ist diese Ausgabe
in der angeführten Höhe voll gerechtfertigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das
ist nicht der Fall. Wenn Sie zustimmen, bitte ich
um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr.
Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist
einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag ist zurückgestellt bzw. von
der Tagesordnung abgesetzt.
Im folgenden Antrag darf ich Sie bitten, der
Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiter-
honorare für die VHS zuzustimmen. Der dies-
bezügliche Antrag lautet:

9) VH-1900/90

Festsetzung der Kursbeiträge
und Kursleiterhonorare für
die Volkshochschule der
Stadt Steyr Arbeitsjahr
1990/91.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom
12. 3. 1990 werden die Kursbeiträge, Auf-
wandsentschädigungen, Kursleiterhonorare
sowie die Stadt- und Kunstführungshonorare
für die Volkshochschule der Stadt Steyr im Ar-
beitsjahr 1990/91 entsprechend dem im zitierten
Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag neu
festgesetzt.

Ich möchte darauf hinweisen, daß dieser An-
trag im Kulturausschuß ausführlich beraten
wurde, daß jedem Mitglied des Kulturaus-
schusses die Unterlagen aufgrund dieser Dis-
kussion zugegangen sind und daß im Stadtse-
nat vom 10. Mai 1990 ein einstimmiger Be-
schluß diesbezüglich gefaßt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wünscht jemand das Wort? Kollege Tremml
bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen
und Herren des Gemeinderates!

Ich habe auch schon im Finanz- und Rechts-
ausschuß Stellung genommen, daß ich es für
richtig halte, daß man die Kursleiterhonorare
nun nach 6 Jahren neu festsetzt und erhöht.
Ich glaube, daß alle hier im Gemeinderat wis-
sen, daß kürzlich das 40jährige Jubiläum der
Volkshochschule begangen wurde. Seit dem
Bestand wurde ein großartiges Ergebnis er-
zielt. Wenn man nur bedenkt, daß man über
9.000 Kurse seit dem Bestand organisiert hat,
an denen insgesamt ca. 135.000 Teilnehmer

anwesend waren. Ich glaube, daß es kein Jubiläumsgeschenk ist, wenn man nun beantragt, daß man die Kursbeiträge, weil sie ja vor 2 Jahren erhöht worden sind und jetzt neuerlich erhöhen muß, nämlich um 21 bis 25 Prozent. Ich glaube, daß dies in keinem Verhältnis steht zu den Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie auch der Pensionserhöhungen der letzten zwei Jahre. Ich werde daher für die Kursleiterhonorare stimmen. Aber mit dieser Zustimmung bedeutet dies nicht gleichzeitig, daß ich dieser enormen Erhöhung der Kursbeiträge beitrete.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Der Herr Bürgermeister möchte dazu etwas sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Tremml hat darauf hingewiesen, daß er wohl der Honorarerhöhung zustimmt, aber nicht der Regulierung der Kursbeiträge. Das ist ein Antrag. Diese Absichtserklärung wird protokolliert, die Abstimmung kann nur in einem erfolgen, eine getrennte Abstimmung ist nicht möglich. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir unsererseits bemüht sind, bei der Festlegung der Tarife, Gebühren und auch der Honorare, daß wir den Zuschußbedarf der Stadt, der nicht unerheblich ist - ich möchte nicht eingehen auf einzelne Beträge, sonst müßte ich den ganzen Amtsbericht zur Verlesung bringen - einigermaßen stabilisieren. Um nichts anderes geht es hier. Wir haben in den letzten Jahren - Kollege Tremml hat sogar darauf hingewiesen - im Rahmen der Neugestaltung der Volkshochschule auch räumlich in der ehemaligen Frauenberufsschule doch eine wesentliche Verbesserung erreicht und auch nicht unerhebliche Mittel dafür eingesetzt.

Ich bitte Sie daher, diesem Antrag die Billigung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, einer Ausgabe die Zustimmung zu geben, und zwar der Erstellung eines Vorentwurfes und Entwurfes über den Umbau der ehemaligen Werkstätten und des ehemaligen Bürotraktes der Hack-Werke. Es handelt sich hier um eine Honorarforderung des Herrn

Arch. Falkner. Ich darf darauf hinweisen, daß dieser Betrag aufgrund der Vereinbarung seitens des Ministeriums refundiert wird.

Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

10) Bau2-6446/86

FAZAT Steyr; Vorentwurf und Entwurf über den Umbau der ehemaligen Werkstätten und des ehemaligen Bürotraktes der Hack-Werke; Honorarforderung Arch. Falkner.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. 2. 1990 wird dem Verein FAZAT, Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, Steyr, Pachergasse 2, im Zusammenhang mit der Erstellung des Entwurfes und Vorentwurfes über den Umbau der ehemaligen Werkstätten und des ehemaligen Bürotraktes der Hack-Werke eine zweckgebundene Subvention in Höhe von S 400.000.— zur Begleichung einer offenen Honorarforderung des Herrn Arch. Rupert Falkner für erbrachte Planungsleistungen gewährt. Nach Auszahlung dieses Subventionsbetrages, der als eingebrachte Leistung der Stadt Steyr als Vereinsmitglied in den Verein FAZAT anzusehen ist, ist unverzüglich beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten um Refundierung dieses Betrages anzusuchen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 400.000.— (vierhunderttausend) werden bei VSt 5/2890/777000.2 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich frage, ob jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie zustimmen, so bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ich stelle Einstimmigkeit fest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, einer Mittelfreigabe zuzustimmen zum Ankauf von Rotlicht-Überwachungskameras samt Zubehör. Der entsprechende Antrag lautet:

11) VerkR-7968/89

Ankauf von Rotlichtüberwachungskameras samt Zubehör; Mittelfreigabe und Firmenvergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 3. 1990 wird der Auftrag zur Lieferung von einer Multaphot-Rotlichtüberwachungskamera und 14 Gehäusen samt Elektronik und Masten (1. Ausbaustufe) zur Überwachung von besonders gefährlichen Kreuzungen im Stadtgebiet Steyr an die Fa. Pointinger, Wien, zum Preise von S 1.943.410,56 übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1.950.000,-

(eine Million neunhundertfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/6490/043000.5 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch

Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zu diesem Antrag möchte ich nur kurz anführen, daß ich es bedaure, daß es aber die Verkehrssicherheit erfordert, diese Anschaffung zu tätigen. Ich hoffe, daß das Ergebnis auch eine Verbesserung der Verkehrssicherheit bzw. die Installierung dieser Einrichtung mit sich bringt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Herr Bürgermeister Schwarz hat bereits darauf hingewiesen, aber ich möchte nochmals das wiederholen, was ich bereits in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung am Dienstag aus diesem Anlaß zum Ausdruck gebracht habe. Es ist für mich wirklich sehr bedauerlich, daß offenbar die Disziplinlosigkeit der Kraftfahrer hier in Steyr so weit gesunken ist, daß es nunmehr notwendig ist, derartige Rotlicht-Überwachungskameras anzukaufen und einzurichten. Es ist wirklich sehr paradox, wenn man überlegt, daß man auf der einen Seite teure Ampelanlagen anschaffen muß, daß dort eben der Verkehrsfluß entsprechend geregelt wird und Kraftfahrer vor Rotlicht stehen bleiben, und man nunmehr darangeht, diese teuer angeschafften Ampelanlagen mit Millionenbeträgen zu überwachen.

Aufgrund der Notwendigkeit, aber mit Bedauern, werde ich diesem Antrag die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Herr Bürgermeister bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß nicht nur in Steyr diese Situation ist, sondern daß solche Kameras auch in vielen anderen Städten installiert werden. Das ist nicht - wie es zum Ausdruck gebracht wurde - spezifisch für Steyr, sondern das ist eine allgemeine Entwicklung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich danke für das Schlußwort. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Einführung neuer reflektierender Auto-kennzeichen hat zur Folge, daß wir Veränderungen unserer Radareinrichtungen vornehmen müssen. Es geht dabei um den Ankauf einer neuen Rückvergrößerungseinrichtung für Radarfotos, die eben aufgrund dieser gesetzlichen Regelung erforderlich ist.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

12) VerkR-6078/88

Ankauf einer neuen Rückvergrößerungseinrichtung für Radarfotos; erforderlich durch die neuen rückstrahlenden Kennzeichentafeln; Mittelfreigabe und Firmenvergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 3. 1990 wird dem Auftrag zur Lieferung einer neuen Rückvergrößerungseinrichtung für Radarfotos, bestehend aus einem Filmbetrachtungsgerät, einem schwarz-weiß-Monitor sowie einem Videodrucker an die Fa. Pointinger, Wien, zum Preise von S 504.000,- inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 504.000,- (fünfhundertviertausend)

bei der VA-Stelle 5/6490/043000.5 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Eine Bemerkung nur dazu. Ich glaube, hier zeigt sich wiederum, im Ministerium werden Maßnahmen gesetzt, um anscheinend die Verkehrssicherheit hier zu verbessern wurden diese neuen Nummerntafeln eingeführt. Ich glaube, es wäre besser gewesen, wir wären beim Hundertwasservorschlag, bei unseren alten schwarzen Tafeln, geblieben. Damit hätten sich, glaube ich, viele Gemeinden - das ist ja nicht nur die Stadt Steyr, daß sie für die Rückvergrößerung der Radarbilder eine halbe Million ausgeben muß. Es sind ja viele Millionen, die jetzt wiederum die Gemeindebürger in Form von Steuerleistungen erbringen müssen. Sie werden damit hier noch einmal belastet. Ich glaube, daß in Zukunft auch die Gemeinden bei solchen Entscheidungen bei der Bundesregierung mehr Mitspracherecht bekommen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich wollte nur sagen, daß auch bei der Einführung anderer Nummerntafeln nicht sicher wäre, ob man das nicht braucht. Das kann man nicht sagen. Das wurde nicht untersucht und dazu kann ich auch nicht Stellung nehmen. Aber ausgeschlossen ist das nicht, weil da wären die Nummern so groß, daß sie vielleicht auch reflektiert hätten. Das wollte ich nur sagen. Ihr könnt mir das Gegenteil nicht beweisen und ich kann es auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Ich möchte bemerken, das war keine schwarz-weiß-Debatte, sondern der Antrag wird aus sicherheitsmäßigen Gründen gestellt. Jeder, der heute nachts auf der Straße fährt, kann feststellen, daß die Reflexion eine viel bessere ist. Man sieht sie auf eine viel weitere Distanz und das hat schon etwas auf sich. Zum Zweiten möchte ich sagen, ist es auch eine Maßnahme gegen den Nummernadel - das war ja auch eine Erscheinung, die nicht so positiv ist - und drittens hat das bestehende Zahlensystem nicht mehr ausgereicht. Diese Dinge zusammen waren ausschlaggebend und ich möchte das schon positiv beurteilen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Man hätte das ja so beschließen können, daß die Gemeinden nicht belastet werden.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-

THENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung und ich frage wer dafür ist, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand bitten? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, der Vergabe der Planung zur Kostenermittlung, für erforderliche Statikerleistungen zur Planung der Renovierung bzw. Neubaus des städtischen Hallenbades zuzustimmen. Die Vorentwurfsarbeiten für die Adaptierung des Hallenbades sind abgeschlossen. Die vorläufig geschätzten Kosten belaufen sich 65 bis 70 Millionen Schilling. Wir benötigen aber konkrete und detaillierte Unterlagen, um auch in konkrete Verhandlungen und Gespräche eingehen zu können. Dazu ist diese Mittelausgabe, die heute hier vorgesehen ist und empfohlen wird, notwendig. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

13) Bau5-3862/88

Adaptierung des städtischen Hallenbades; Vergabe der Planung zur Kostenermittlung, erforderliche Statikerleistungen; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 4. 1990 werden im Zusammenhang mit der Adaptierung des städtischen Hallenbades nachfolgende Auftragsvergaben genehmigt:

1. Planung und Kostenermittlung: Fa. Berndorf, Metall- und Bäderbau GesmbH
netto S 1.800.000,-

Eine allfällige Mittelfreigabe bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

2. Statistische Bearbeitung (Statikerleistungen): Dipl. Ing. Klaus Girking, Steyr,

netto S 1.177.018,-

Da derzeit mit Mitteln in Höhe von S 500.000,- (fünfunderttausend)

das Auslangen gefunden werden kann, wird einer Mittelfreigabe in der genannten Höhe bei der VA-Stelle 5/8330/010140.4 zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Anlässlich der Informationssitzung des Ge-

meinderates im Februar dieses Jahres zum derzeitigen Bauzustand des Hallenbades habe ich von Herrn Dipl. Ing. Lutz erfahren, es fallen die Heizungsstränge aus, vor allem aber ist das Becken undicht. Als weitere Vorgangsweise zeichnete sich bei der damaligen Sitzung ab, zunächst einmal einen Finanzierungsplan mit Förderungsmöglichkeiten zu erstellen und dann erst eventuell einen Planungsauftrag zu vergeben. Aber ohne konkrete Planung zur Kostenermittlung kann man natürlich hier unmöglich eine Entscheidung treffen. Mit dem uns heute vorliegenden Antrag sollen die Auftragsvergaben zur Planung und Kostenermittlung bzw. zur statischen Bearbeitung vergeben werden. Dieser Mittelfreigabe ist daher aus dem vorher Gesagten sicherlich die Zustimmung zu erteilen. Aber, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, eines möchte ich auch heute schon zu bedenken geben. Wie wir in der Informationssitzung im Februar, in der Informationssitzung des Gemeinderates, gehört haben, und auch aus dem Amtsbericht, der uns heute vorliegt, hervorgeht, wird von vorläufig geschätzten Kosten von 65, 70, unter Umständen - wir wissen es nicht - mehr Millionen Schilling gesprochen. Wir Gemeinderäte haben ja vor kurzem eine Studie über die Entwicklung der finanziellen Situation in unserer Stadt, in Abhängigkeit von Bevölkerungs- und Arbeitsmarktveränderungen bis zum Jahre 2001 vom Institut für Raumplanung bekommen, wo auf die Entwicklung der Steuereinnahmen und -ausgaben ausführlich Stellung genommen wird. Wenn ich nur dem Gemeinderat 3 Zahlen in Erinnerung rufen darf. Die Einnahmen der gemeindeeigenen Steuern gehen zurück um - 11,6 Prozent, die Gemeindeeinnahmen der laufenden Gebahrung - 7,74 Prozent, die Verminderung der absoluten Ausgaben um 5,6 Millionen, das sind 3,6 Prozent. Ich will hier sicher keine Krankmacherei betreiben, was sicherlich auch der falsche Weg wäre. Richtig ist positives Denken, nicht den Kopf hängen lassen, wie ich richtig vor kurzem gehört habe. Ich will aber nur aufgrund des vorhin Gesagten jetzt schon zur Vorsicht mahnen. Wenn sich herausstellt, daß der Neubau nicht finanzierbar sein sollte, dürfen wir uns auf keinen Fall in ein finanzielles Abenteuer stürzen. Ich erinnere auch nur daran, wie wir in der letzten Gemeinderatsitzung von Stadtrat Tatzreiter gehört haben, haben wir 2.755 Wohnungssuchende. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:
Danke. Kollege Eichhübl ist der Nächste.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich dem vorliegenden Antrag, die Auftragsvergabe für die Planung und Kostenermittlung sowie die Statikerleistungen für den geplante Umbau unseres Hallenbades betreffend, die Zustimmung geben werde. Dies deshalb, weil ich ebenfalls davon ausgehe, daß Subventionen von Bund und Land überhaupt nur dann zu erhalten sind, wenn konkrete und detaillierte Unterlagen vorgelegt werden. Jedenfalls, meine Damen und Herren, stehen wir vor der Tatsache, daß bereits nach 20jährigem Betrieb im Hallenbad Reparaturen in der Größenordnung von etwa 20 Millionen Schilling notwendig sind, um den derzeitigen Betrieb ohne Umbauten aufrecht erhalten zu können. Dieser Umstand war dann bekanntlich Anlaß dafür, daß man überlegt hat, einen Umbau in ein modernes Erlebnisbad mit Kosten von ungefähr 70 Millionen Schilling oder mehr, in Erwägung zu ziehen. Allerdings hängt eine Verwirklichung dieses Projektes davon ab, in welcher Größenordnung Subventionen zu erwarten sind, denn die Stadt Steyr kann sich im Hinblick auf die negative Einnahmenentwicklung bis zum Jahr 2000 ein solches Vorhaben sicher nicht leisten. Darüber gibt es eine Studie. Mein Vorredner, Kollege Spöck, hat ja bereits darauf hingewiesen, daher brauche ich gar nicht mehr näher darauf eingehen. Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, haben wir Bedenken, daß womöglich im Hinblick auf die kommenden Gemeinderatswahlen aus diesem Vorhaben ein Prestige-Objekt für den künftigen Bürgermeister werden soll. Wir verlangen daher, daß neben der Überprüfung, welche Subventionen von Land und Bund zu erwarten sind, - ich weise nochmals mit Nachdruck darauf hin, die Stadt Steyr kann sich ein derartiges Projekt nicht leisten - eine Volksbefragung, wie es im Gemeindestatut der Stadt Steyr nach Paragraph 63 a vorgesehen ist, ob die Bevölkerung einen Umbau oder eine Reparatur des Hallenbades wünscht. Wir werden jedenfalls im kleineren Kreis und nach unseren Möglichkeiten im Rahmen von BürgerstandIn die Meinung der Bürger zu diesem Thema erfragen. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:
Danke. Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Ich möchte auch dazu etwas sagen. Ich glaube, daß es schon sehr wichtig ist, daß Politiker so etwas entscheiden, nicht unbedingt

die Bürger, weil ja bekannt ist aus verschiedenen anderen Bereichen, daß es sehr oft Zustimmungen gegeben hat zu sehr falschen Punkten oder Ideologien. Also ich wehre mich dagegen, ich glaube, daß Politiker verantwortlich genug sein können, das selbst zu entscheiden, gerade in diesem Fall.

Die Erfahrung hat gezeigt bezüglich Hallenbad, daß alle lokalen Gemeinden, also alle Kommunen, die über Hallenbäder verfügen, derzeit jammern, daß sehr hohe Reparaturkosten anfallen, weil sie das finanziell kaum durchstehen können, weil sie das nicht auf den Eintrittspreis umschlagen können. Es ist immer ein Defizit. Andererseits erlebe ich es so, daß es für eine Stadt wie Steyr sicherlich notwendig ist, ein Hallenbad zu haben. Aber ich denke mir, wenn wir daraufkommen, daß wir uns das nicht leisten können, so bin ich sehr dafür, daß wir diese Sparvariante wählen, also um 20 Millionen Schilling das Hallenbad sanieren. Ob das besser ist, als ein Erlebnisbad - mir kommt das so vor, als wenn jemand einen schönen Rennwagen in einer Auslage sieht und den Wunsch hat, diesen zu kaufen, obwohl er genau weiß, sich das nicht leisten zu können. Aber grundsätzlich finde ich gut, daß die Planung vorher passiert, nicht daß dasselbe stattfindet wie beim Zentralaltersheim, wo zu spät budgetiert wird und die Planung erst nachträglich erfolgt. Wo dann sehr unvermutet große Kosten entstehen, die für alle sehr überraschend sind. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es wurden ja nur beantragt, 500.000 Schilling für die Planung und Kostenermittlung der erforderlichen Statikerleistungen für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen bzw. den Neubau unseres Hallenbades. Ich glaube, wir haben im Gemeinderat und auch in der Informationssitzung klar zum Ausdruck gebracht, daß Steyr und auch das Umland das Hallenbad für notwendig erachten und es daher unsere Verpflichtung ist, dieses Hallenbad zu sanieren bzw. wenn aufgrund der Möglichkeiten durch Subventionen des Landes, vom Bund, wenn die Möglichkeit besteht, auch in der Richtung zu planen, daß man unter Umständen das vortragene Erlebnisbad installiert. Natürlich hängt es in erster Linie zusammen, ob das Erlebnisbad errichtet werden kann, ob die Fi-

nanzmittel dazu zur Verfügung stehen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, die Finanzierung dieses Erlebnisbades kann nicht durch die Stadt Steyr alleine erfolgen, sondern zu einem Großteil eben durch Förderungen von Bund und Land.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Keine weitere Wortmeldung? Ich bitte den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Unser Hallenbad ist das zweitälteste in Oberösterreich. Es ist 20 Jahre alt, es ist nur das Linzer Hallenbad älter. Es wurde seinerzeit unter ganz anderen Voraussetzungen errichtet, es wurde aber vor 20 Jahren deswegen errichtet, weil der Gemeinderat der Auffassung war, daß Steyr sich als drittgrößte Stadt in Oberösterreich einfach auch für seine Bevölkerung und für seine Umlandgemeinden darbielen soll. Es ist eine verhältnismäßig billige Ausführung damals auch unter dem Aspekt der Sparsamkeit gewählt worden. Manche von Euch waren damals schon im Gemeinderat und können sich an die Diskussionen erinnern. Das Hallenbad hat damals mit allen Nebenkosten nicht einmal ganz 15 Millionen Schilling gekostet und jetzt steht heran eine Reparatur dieses Bades mit geschätzten Kosten von 20 Millionen Schilling, ohne daß irgend eine Strukturveränderung erfolgt. Das hat uns veranlaßt, neue Überlegungen anzustellen. Es gibt - das möchte ich sehr deutlich sagen, Kollege Eichhübl - für uns kein Prestige-Objekt, das möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Wir haben zu entscheiden, was die Notwendigkeiten sind, wir haben nach Notwendigkeiten zu entscheiden und nicht nach irgendwelchen anderen Überlegungen. Wir sind eine Fremdenverkehrsgemeinde und die Frage ist so zu stellen, ist es in Steyr möglich, aufgrund der ganzen Situation, des Angebotes an Freizeiteinrichtungen, der Notwendigkeit. Ist es vertretbar, daß wir in Steyr künftighin kein Hallenbad oder ein sehr veraltetes Hallenbad haben? So ist die Frage meines Erachtens nach zu stellen. bzw. darüber zu urteilen.

Ich glaube, daß wir auch sehr deutlich, wenn wir die entsprechenden Unterlagen haben, sehr deutlich bei den zuständigen Stellen vorseprechen werden. Eine ähnliche Situation ist beispielsweise in Spittal das ist für mich ein sehr guter Beispielfall. Dort sind die Reparaturkosten auch in etwa in dieser Größenordnung, wie bei uns die Sanierungskosten. Dort ist der bereits verhandelte Zuschuß seitens

des Landes sehr hoch. Man spricht - ich weiß es nicht ganz genau, ob das stimmt, aber an Gerüchten ist meistens irgend etwas wahr - von an die 20 Millionen Schilling, die das Land dazuzahlt. Als Stadt Steyr erwarten wir uns natürlich eine ähnliche Behandlung seitens des Landes - das muß ich schon sagen - wenn wir das unsere machen. Da ist kein Unterschied, wir können nur darauf hinweisen, daß bei uns mehr Leute wohnen. Das ist die positive Aussage, die wir treffen können. Fremdenverkehrsmäßig mag Spittal/Pyhrn größere Bedeutung haben als Steyr, aber als zentraler Standort einer Region hat es ebenso den gleichen Stellenwert. Das wollte ich in dem Zusammenhang sagen. Aber es geht jetzt darum, daß wir die Kosten genau feststellen. Die grundsätzliche Diskussion werden wir noch führen, wenn wir das wissen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für diese Erläuterung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es darum, meine Damen und Herren - es ist der letzte Antrag, den ich vorzutragen habe - eine Mittelausgabe zu beschließen zur Durchführung eines Absaugversuches bei unserer Mülldeponie. Ein Versuch, der, glaube ich, durchgeführt werden sollte im Sinne einer Verbesserung der dortigen Situation. Ich glaube, ich kann mir ersparen, den sehr umfassenden Amtsbericht zu verlesen - so wie bei den anderen Anträgen auch. Ich darf mich beschränken auf den Antrag des Stadtsenates.

14) ÖAG-4766/88

Müllabfuhr
Mülldeponie der Stadt Steyr, Depo-
nieentgasung; Antrag um Zustimmung
zur Vergabe des Absaugversuches
sowie Mittelfreigabe für
das Rechnungsjahr 1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Beschluß des Stadtsenates vom 27.5. 1989 wurde die grundsätzliche Vorgangsweise zur Entgasung der Mülldeponie der Stadt Steyr festgelegt. Das Ingenieurbüro Pillichshammer - Hitzfelder aus Vöcklamarkt wurde mit der Erstellung eines diesbezüglichen Detailprojektes beauftragt. Nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA III/Mülldeponie vom 26. 4. 1990 wird nunmehr unter Berücksichtigung des Beschlusses des Stadtsenates vom 17. 5. 1989

im Zusammenhang mit der Durchführung eines Gasabsaugversuches der Vergabe der Gerätebeistellung für die Deponie ab Gasabsaugversuch an das Ing. Büro Pillichshammer - Hitzfelder zugestimmt. Weiters wird der Mittelfreigabe für das Rechnungsjahr 1990 gemäß nachfolgender Aufstellung zugestimmt.

Ausschreibung und Bauaufsicht

195.430,--

Bereitstellung der mobilen Station

272.000,--

Betreuung des Gasabsaugversuches

93.000,--

Auswertung der Meßergebnisse, Gasprognose usw. 36.000,--.

Insgesamt ein Betrag von 596.430 Schilling (alles exkl. USt).

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

596.400,- (fünfhundertsechszwanzigttausendvierhundert)

genehmigt. Die Deckung dieser Überschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Bürgermeister für den Vortrag seiner Anträge und gebe ihm den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich ersuche gleich Kollegen Leithenmayr um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Im ersten Antrag geht es um die Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite einschließlich des Nachtragsvorschlages im Finanzjahr 1989 im Ausmaß von 4,060.096 Schilling. Dr Antrag lautet:

15) Buch-700/89

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr
1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Beilage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages

(inkl. Nachtragsvoranschlag) 1989 von insgesamt S 4.060.096,46 werden genehmigt. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der vorliegende Antrag mit dem Titel "Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr 1989" übt eine gewisse Signalwirkung auf mich aus deshalb, weil ich einerseits unvorhergesehenen Ausgaben, wie beispielsweise der Ausweitung beim Winterdienst, durchaus positiv gegenüberstehe, aber auf der anderen Seite mich immer wieder mit Mehrausgaben in Bereichen, wie beispielsweise Bezüge der Organe - da geht es um die Abrechnung von Reisegebühren. Vielleicht kann man bei Gelegenheit einmal klären, um was es sich da handelt. Aber vor allen Dingen auch wieder um Ausgaben bei Repräsentationen. Da kann man sicherlich die Meinung vertreten, daß etwa 143.800 Schilling, um die es sich handelt, eher einen kleineren Betrag ausmachen. Aber wenn man berücksichtigt, daß im Budget 566.000 Schilling vorgesehen waren und das immerhin jetzt über 700.000 Schilling ausmacht, so ist das gar nicht ohne Bedeutung. Ich meine nach wie vor, wenn man vielleicht schon die Meinung vertritt, daß es sich um Kleinigkeiten handelt, daß man bei kleinen Dingen zu sparen beginnen soll. Im übrigen habe ich nach wie vor immer wieder den Eindruck, daß man gerade beim Budgetansatz Repräsentation bewußt eine niedrige Summe ansetzt, um um Verlauf eines Jahres so zum Drüberstreuen doch etwas mehr unterzubringen, was sich dann wiederum im Rechnungsabschluß schlußendlich bemerkbar macht.
Das ist der Grund, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich mich heute bei diesem Antrag der Stimme enthalten werde. Weil es im übrigen ja auch nicht möglich ist, daß über die einzelnen Posten, um die es geht, einzeln und getrennt abgestimmt wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:
Ich kann nur vermerken, daß gerade die kritisierten Überschreitungen bei den Repräsentationskosten schon sehr leicht erklärt werden können. Als Stadt sind wir interessiert, daß wir

Veranstaltungen an uns ziehen, daß Steyr auch zu einer Konferenzstadt wird, daß sie zu einer Fremdenverkehrsstadt wird. In dem Zusammenhang werden auch die Bürgermeister und die Stadt immer wieder gebeten, Einladungen auszusprechen. gestern z. B. waren wieder die Vertreter der Kontrollämter des Städtebundes da. Es ist halt so, daß man nicht daran vorbeikommt, die Herrschaften, wenn sie in Steyr eine Fachtagung des Städtebundes machen, daß man sie zu einem Mittagessen einlädt und solche Dinge mehr. Ich möchte nur bemerken, daß das alles ganz genau belegt werden kann und seine Ordnung hat. Wir werden darüber sicher nicht hinwegkommen. Das möchte ich nur zu dieser kritischen Anmerkung sagen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Es sind ja nur 99.000 Schilling Mehrausgaben!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (FPÖ) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Im zweiten Antrag geht es um die Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 4. 1990. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

16) Präs-47/90
Bezugsregulierung ab 1. 4.
1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Abschnitt I
Artikel 1

a) Den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffsweise monatliche Ergänzungszulagen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 3. 1990 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszulagen unterliegen der Pensionsbeitrags- und der Krankenfürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

b) Auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a) sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nicht den Bestimmungen des § 8 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr geltenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) festgesetzt werden. Die genauen Entlohnungsansätze sind aus den Gehaltstabellen in der Anlage ersichtlich.
Artikel 2

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 3. 1990 um 1,85 v. H. (= Valorisierungsfaktor des Gehaltes von V/2) erhöht.
Abschnitt II

Die Bestimmungen des Abschnittes 1 treten ab 1. 4. 1990 in Kraft.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (BEILAGE)

Die Gesamtkosten dieser Regelung belaufen sich auf rund 5,5 Millionen Schilling. Um Zustimmung wird gebeten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium!

Ich habe bereits in der Sitzung des Gemeinderates im Februar die bundesweiten Gehaltsabschlüsse für die Jahre 1988 bis 1990 als enttäuschend bezeichnet. Und wie Sie, meine Damen und Herren, selbst wissen, ist die Bezugsregelung mit 1. 1. 1990 um plus 2,9 Prozent ja nur ein Teil dieses Gehaltsabschlusses. Weil jede Gehaltsverhandlung ein so mieses Ergebnis brachte, kam es zu dieser Gehaltsnachverhandlung für die öffentlichen Bediensteten.

Ich werde selbstverständlich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Vertragsbediensteten um S 350,- monatlich, wie gesagt ab 1. April bis 31. Dezember 1990, zustimmen. Ursprünglich wurde ja die Forderung erhoben, wie Sie wissen, nach einer Erhöhung der Bezüge ab 1. Jänner 1990 um 500 Schilling pro Monat für Aktive und Pensionisten. Das Ergebnis, das die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten erreichte, liegt - wie man nun sieht - weit davon entfernt. Denn magere 350 Schilling monatlich, die jetzt erst ab 1. April bis Ende des Jahres 10,5 mal ausbezahlt werden, sind ja um 150 Schilling weniger als die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaft. Diese Gehaltserhöhung ab 1. April bedeutet, auf das ganze Jahr umgerechnet, nur brutto 262,50 Schilling monatlich. Für diese Gehaltserhöhung sind daher nur rund 5,5 Millionen Schilling erforderlich, wie dies soeben unser Vizebürgermeister Hermann Leithenmayr mitgeteilt hat. Aber inkludiert sind natürlich nicht nur die Bediensteten und Beamten, sondern auch die Erhöhung für die Pensionisten. Ich möchte dazu abschließend feststellen, daß mit diesem Betrag weder die Leistungssteigerung der Bediensteten und Beamten dieses

Hauses, ebenso wenig das höhere Wirtschaftswachstum einberechnet wurden. Also recht stolz muß man nicht sein, wenn man für Vertragsbedienstete und Beamte des Rathauses im Jahre 1990 eine Gehaltserhöhung um 2,9 Prozent plus eben der von mir erwähnten 262,50 Schilling brutto monatlich gewährt. Gleichzeitig durch den Küchenumbau im Zentralaltersheim stellt man ja auch kein Mittagessen mehr für die Bediensteten und Beamten im Rathaus bereit. Man erspart sich damit einige Monate den Zuschuß für die Essensportionen. Pro Person sind das 21 Schilling. Ich halte es auch für eine ausgesprochene Frotzelei der fast 100 %ig neu gewählten Personalvertretung dieses Hauses, wenn man in der letzten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung der Gemeindebediensteten - sie bezeichnet sich ja "Aktiv" - schreibt, daß das Mittagessen für die Bediensteten des Rathauses gesichert ist. Sie schreiben weiter: Es besteht nämlich nunmehr die Möglichkeit, im Gewerkschaftssekretariat einen Würstlbun abzuholen, und man bekommt für diesen beim Würstlstand vor der CA, also vor dem Rathaus, jedes Würstlprodukt inklusive Senf und Semmel um sage und schreibe nur S 18,-.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Mehrkosten sind eine Sozialleistung für die Magistratsbediensteten und Beamten, nicht der Stadt Steyr, sondern diese Mehrkosten, was dieses Würstlprodukt kostet, trägt die Fa. Migschitz - das ist nämlich der Würstlstand vor dem Rathaus. Ich kann dazu nur eines sagen, Glück auf mit so einer Personalvertretung!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich möchte nur bemerken, daß Kollege Treml sehr wirkungsvoll als Personalvertreter aufgetreten ist. Es freut mich, daß wir Kollegen sind, nicht nur im Gemeinderat, sondern auch auf der Ebene der Personalvertretung. Ich muß sagen, die Personalvertretung hat sich natürlich mit dieser Problematik beschäftigt. Es sind auch Gespräche geführt worden mit dem Bürgermeister und auch mit mir. Es ist so, daß es nicht ganz einfach ist, solche Dinge zu regeln und daß es insgesamt betrachtet gut ist, wenn wir uns bemühen, im Altersheim verbesserte Bedingungen zu schaffen, damit die Kost besser wird, damit besser gekocht werden kann. Das wird auch bessere Nahrungsmittel und besseres Mittagessen für die Bediensteten

nachher bedeuten. Es ist halt in der Zwischenzeit dieser Umbau erforderlich und es ist nicht ganz einfach, von den Steyr-Werken her gekochtes Essen überall hinauszutransportieren und es ist auch nicht ganz einfach, hier Ersatzlösungen anzubieten. Denn für welchen Personenkreis macht man denn das? Es gehen ja nicht alle essen, sondern nur ein bestimmter Anteil. daher sind wir übereingekommen, daß dieses Verständnis vorhanden ist, daß in der Zwischenzeit die Leute sich selbst verpflegen und nachher wird eine verbesserte Situation eintreten. So ist das halt, wenn man etwas umbaut und wenn man nach vorne marschiert, da gibt es halt vorübergehend einige Probleme.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich bin damit erst vor einer Stunde konfrontiert worden, weil ich die Zeitung gelesen habe. Aber man müßte überlegen, daß man halt einen Bon gibt vom Magistrat im Werte von S 21,- und man kann damit zum Köckinger oder Mader gehen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Es ist nur nicht festzustellen, wem man den Bon geben soll, weil man nicht weiß, wer ist essen gegangen und wer wird unter Umständen aller den Bon nehmen. Da werden sich wahrscheinlich alle anstellen. Wir haben das diskutiert und haben festgestellt, es ist ein Problem, das auch so beherrschbar ist. Was das andere anbelangt. Es handelt sich immerhin darum, daß hier eine Nachtragsverhandlung stattgefunden hat zu den Bezugserhöhungen, weil die Kollektivvertrags- oder Tarifverhandlungen für die öffentlichen Bediensteten im Jahr 1988 für zwei Jahre abgeschlossen wurden. Aufgrund der besseren wirtschaftlichen Situation, der guten Konjunkturlage, des größeren Wirtschaftswachstums hat sich ergeben, daß eben dann noch eine zusätzliche Erhöhung aufgrund des Eintretens der Gewerkschaft möglich war. Es ist ja eine zusätzliche Erhöhung, die wir jetzt beschließen aufgrund einer besseren Situation in der österreichischen Wirtschaft un in der Konjunkturlage. Das muß man schon so betrachten und Du hast das schon ein wenig demagogisch dargestellt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Weil das so mies war.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ja, im Jahr 1988 war die Situation anders. Ich muß erinnern, daß sich alle Wirtschaftsprophe-

ten getäuscht haben, Gott sei Dank negativ und daß eigentlich die Wirtschaft entgegen den Prognosen stärker gewachsen ist. Die ganzen österreichischen Wirtschaftsforscher einschließlich der Wirtschaftsforschungsinstitute haben mehrmals ihre Prognosen revidieren müssen. Ich muß das in Erinnerung rufen. Und wir selbst in Steyr haben die Lage auch viel negativer beurteilt, als sie dann wirklich eingetreten ist. Daher freut es uns auch, daß auch unsere Einkünfte - das haben wir ja bei der letzten Sitzung bemerkt - stärker sind.

Dazu möchte ich noch eines bemerken, es stehen neben dieser Erhöhung, die die Gewerkschaft herausgeholt hat - wir beschließen ja nichts anderes als die kollektivvertragliche Erhöhung, wir vollziehen das nach - stehen ja noch Beförderungen im Haus vor der Tür. Wie ich gehört habe, haben sich ja wieder mehr beworben als in vergangenen Zeiträumen. Aus diesem Titel werden wir ja ohnehin auch noch einmal für die Bediensteten hineingreifen müssen.

Kollege Schmidl hat mitgeteilt, daß solche Beförderungen unter Umständen schon mehr gekostet haben als Vorrückungen aus dem Titel von Kollektivvertragsverhandlungen. Man muß die Dinge ins Lot rücken und ich glaube, unter diesem Aspekt ist dieser Antrag zu betrachten, und ich bitte, diesem zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Im nächsten Antrag sollen wir einen Grundsatzbeschuß fassen, nämlich Finanzierungszuschüsse der Stadt für ein Sonderwohnbauprogramm der Stadt zu genehmigen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

17) Ha-2450/90

Sonderwohnbauprogramm für die Stadt Steyr - Finanzierungszuschüsse der Stadt - Grundsatzbeschuß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Steyr erklärt sich grundsätzlich bereit, zur Finanzierung der beiden Wohnbauvorhaben Tabor XX, Pensionistenwohnhaus in der Industriestraße der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr und Wohnhausanlage Kleinwohnungsbau Resthofstraße

16 der Stadt Geldmittel nach Maßgabe vorstehenden Amtsberichtes wie folgt bereitzustellen: Der Kostenanteil der Stadt besteht beim Bauvorhaben der GWG Pensionistenwohnhaus Tabor XX in der Übernahme des Zinsendienstes von derzeit 8,25 Prozent für das aufzunehmende Bankdarlehen in Höhe von 22 Prozent der Gesamtbaukosten und für eine Laufzeit von 20 Jahren sowie beim Bauvorhaben Resthofstraße 16 in der Leistung eines Baukostenzuschusses in Höhe von 12 Prozent der Gesamtbaukosten und Übernahme des Zinsendienstes von derzeit 8,25 Prozent für ein Bankdarlehen von 18 Prozent der Gesamtbaukosten auf eine Laufzeit von 20 Jahren. Die Freigabe der Mittel bleibt einem eigenen Beschluß vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Wie wir in der letzten Sitzung des Gemeinderates von Kollegen Stadtrat Tatzreiter als Wohnungsreferent gehört haben und wie ich auch heute schon erwähnt habe, haben wir in Steyr 2.755 Wohnungssuchende. Bei dem heute zu beschließenden Sonderwohnbauprogramm mit 24 Mietwohnungen für Senioren und 39 mit Kleinwohnungen in der Resthofstraße haben wir uns bei den 2.755 Wohnungssuchenden, vor allem wenn man die Zahlen von anderen Städten, z. B. von Wels, hört, wo 600 Wohnungen in den nächsten zwei Jahren gebaut werden bei 2.777 Wohnungssuchenden, haben wir uns in meinen Augen zu billig abspeisen lassen. Man kann sagen ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit mehr Druck gegenüber dem zuständigen Landesrat für das Wohnungswesen, Habringer, hätte man unbedingt für Steyr mehr Wohnungen herausreißen müssen. Erfreulich ist, wenn man im Amtsbericht liest, daß die vorgesehene Miete aus dem Kapitaldienst für Seniorenwohnungen S 20,- pro Quadratmeter bzw. bei den Kleinwohnungen in der Resthofstraße S 16,- pro Quadratmeter nicht übersteigen soll. Man kann sagen, die Anträge sind sicherlich extrem billig eingereicht worden. Im Vergleich auch zu den Preisen der übrigen GWG-Wohnungen, die doppelt

so hoch sind.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, in diesem Fall ist es daher besonders wichtig, daß es zu keinen Gefälligkeits-Wohnungseinweisungen kommt. Die Einkommengrenzen wären sicherlich hier von größerer Bedeutung und wären zu definieren. Noch besser, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hier nochmals eine Anregung, ein Ersuchen an den neuen Wohnungsstadtrat. Im Mai 1988 haben wir von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion einen Antrag über Richtlinien zu einer objektiven Wohnungsvergabe nach einem Punktesystem eingebracht. Diese Richtlinien sollten dem Gemeinderat als Beratungs- bzw. Verhandlungsmodell dienen. Die Punkteverteilung war dabei sicherlich eines der größten Probleme. Wir haben bei der Erstellung dieser Richtlinien viele praktische Beispiele auch durchgerechnet in allen möglichen Varianten, bis wir - so bin ich sicher - die richtige Punkteverteilung, vor allem nach Dringlichkeit und Bedürftigkeit gehabt haben. Durch diese Richtlinien, werte Kolleginnen und Kollegen, wäre die Wohnungsvergabe in meinen Augen sicherlich gerechter, durchschaubarer und damit auch verständlicher für den Wohnungswerber, gerade bei diesen preisgünstigen Wohnungen. Daher heute nochmals die Einladung an den neuen Wohnungsreferenten, nun doch mit uns in Verhandlungen zu treten über dieses Modell. Denn ich darf auch nochmals in Erinnerung rufen, nach einer damals geführten Umfrage - daran hat sich bis jetzt sicherlich nicht sehr viel geändert - waren immerhin 60 Prozent der Steyrer Bevölkerung mit dem derzeitigen System der Wohnungsvergabe nicht zufrieden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Die Wohnungsnot in der Stadt Steyr ist allgemein bekannt und bedarf keiner weiteren Erörterung, heißt es in der Einleitung des Amtsberichtes zu diesem vorliegenden Antrag. Eine zutreffende Feststellung, zumindest was den Bekanntheitsgrad der Wohnungsnot betrifft, mich aber trotzdem oder gerade deswegen veranlaßt, auf die Hintergründe etwas näher einzugehen. An sich wäre es ja notwendig, einen eigenen Tagesordnungspunkt über das Thema Wohnungsproblem in Steyr abzuführen. Darauf habe nicht nur ich des öfteren hingewiesen. Tatsache ist jedenfalls, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß der seinerzeitige Verzicht von Landeshauptmann Dr. Ratzen-

böck auf 1 Milliarde Schilling bei der Finanz- ausgleichsverhandlung mit dem Bund zugun- sten der großen Koalition enorme Auswirkun- gen im Wohnbereich hat. Ich habe bereits im Rahmen einer Budgetdebatte darauf hingewie- sen. Alleine den Wohnbeihilfeempfängern - davon gibt es ja auch sehr viele hier in Steyr - kürzte man die Wohnbeihilfen im Jahr 1989 um 164 Millionen Schilling, das sind immerhin 18 Prozent. In diesem Jahr sogar um 300 Millio- nen Schilling, das sind 32 Prozent. Das ist be- sonders für jene Menschen tragisch, die sich im Vertrauen auf die Beibehaltung der ur- sprünglichen Regelung eine Wohnung ge- nommen haben, die sie sich ohne Förderung nicht leisten können. Ebenso hat auch der Salzburger Wohnbauskandal Auswirkungen durch das Zurückhalten von Förderungsmittel in Oberösterreich und damit auch in Steyr. Wir verlangen ja bereits seit geraumer Zeit von Landesrat Habringer, den so dringend not- wendigen Wohnbau nicht weiter zu verzögern, und die notwendigen Mittel dafür frei zu geben. Damit, meine Damen und Herren, über 40.000 Wohnungssuchende in Oberösterreich nicht noch länger auf eine Wohnung warten müs- sen. Natürlich wäre es notwendig, daß der Landeskontrolldienst in Zukunft die Möglichkeit eingeräumt bekommen muß, die Gebarung der Wohnbauträger, die öffentliche Förderungsmit- tel bekommen, zu überprüfen. Darüberhinaus beweisen 55.000 leerstehende Wohnungen in Oberösterreich, daß das Miet- rechtsgesetz dringendst reformbedürftig ist. Auch hier in Steyr könnte man Verbesserun- gen einführen. Kollege Tremml, darauf komme ich dann noch zu sprechen. Auch hier in Steyr könnte man Verbesserungen einführen - ich wiederhole mich - indem man den Mietern von GWG-Wohnungen die Möglichkeit anbietet, nach einem gewissen Zeitraum, ich denke an 15 bis 20 Jahre Mietzinsleistung, die Wohnung zu einem akzeptablen Preis in des Eigentum zu übernehmen. Denn neben den Vorteilen für die Mieter würde der GWG dringend notwendi- ges Kapital für die Errichtung von neuen Woh- nungen zufließen. Auf das geforderte Punkte- system hat bereits mein Vorredner Kollege Spöck hingewiesen. Bedauerlicherweise aber wir unter anderem das neue oberösterreichische Wohnungsförde- rungsgesetz von der bisher praktizierten Ob- jektförderung nicht abgehen und nach wie vor nur jenen Wohnbeihilfen gewähren, die in ge- förderten Bauten wohnen. Das, meine Damen und Herren des Gemein- derates, waren nur einige Anmerkungen im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag, um darauf hinzuweisen, wo die Hintergründe der immer größer werdenden Wohnungspro-

bleme liegen und es durchaus möglich wäre, Verbesserungen herbeizuführen, ohne daß die Stadtgemeinde Steyr in größerem Ausmaß belastet wird. Z. B. durch bessere Verhand- lungsergebnisse.

Dem vorliegenden Antrag gebe ich nachträg- lich - es handelt sich ja um einen Dringlich- keitsbeschluß - in Anbetracht der prekären Si- tuation im Wohnungsbereich die Zustimmung, in der Hoffnung, daß sich die Zahl der ca. 2.800 Wohnungssuchenden verringert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich erlaube mir, bevor ich grundsätzlich ein- gehe auf das Sonderwohnbau-Förderungspro- gramm der Stadt Steyr, einige Bemerkungen zu äußern. Es ist sehr erfreulich, daß Gemein- derat Spöck als Sprecher der Österr. Volkspar- tei hier im Rathaus voll hinter dem uns vorlie- genden Sonderwohnbauprogramm für Steyr steht. Denn seine Kollegen in der Österr. Volkspartei in Linz lehnen z. B. das Sonder- wohnbauprogramm für den Zentralraum ab. Weiters möchte ich hinweisen bezüglich der Wohnungsvergabe. In Steyr ist es doch im- merhin so, daß ein Ausschuß aus allen Par- teien besteht, er sich zusammensetzt aus allen demokratisch gewählten Parteien dieser Stadt, und wir voll Einsicht nehmen können in die ganzen Wohnungsunterlagen. Nicht nur auf Namen, sondern auch auf die soziale Stellung usw. Natürlich auf vertraulicher Basis und wir - soweit es überhaupt eine Gerechtigkeit gibt bei der Vergabe - verantwortungsvoll, so glaube ich, zumindest in den 19 Jahren, in denen ich da bin handeln. Nicht immer natürlich im Inter- esse jedes Einzelnen. Ich glaube auch, wenn man schon sagt, die GWG soll ein Punktesy- stem einführen für die Vergabe, dann muß man auch objektiv sein, wie schaut es denn aus in meiner näheren Umgebung, nämlich bei den ÖVP-nahestehenden oder dominierten Wohnungsgenossenschaften? Wir haben das weder in Oberösterreich so, wir haben es we- der hier in Steyr. Hier entscheidet einfach ein Ausschuß, der nie gewählt wird von der Öffent- lichkeit, aber öffentliche Förderungsmittel ge- nau so bekommt, sogar mehr bekommt wie die Stadt Steyr. Hier entscheidet ein kleiner Aus- schuß nicht nach objektiven Kriterien, sondern dort entscheidet eben der Ausschuß. Ganz gleich in welcher Richtung. Es gibt nicht nur ÖVP-dominierte, das möchte ich auch sagen. Ich glaube, daß das zumindest bei uns eine demokratischere Vorgangsweise ist, wo man speziell auf die einzelnen Punkte eingehen kann. Wir haben uns x-mal schon im Gemein-

derat und auch im Ausschuß damit beschäftigt, wie schwer es ist. Ich möchte nur vorschlagen, schau Dir das an. Wir hatten z. B. innerhalb der letzten 10 Wochen zwei Dutzend, vielleicht sind es 26 oder 27 Altbauwohnungen zu vergeben. Dazu könnte man natürlich, zu jeder einzelnen Wohnung, mindestens 50 vorschlagen, die gleich sind nach einem Punktesystem. Aber es gibt natürlich menschliche Tragödien, nicht nur Scheidungen, sondern auch andere Probleme, sozialpolitische, Arbeitsplatzprobleme usw. Die kann man nicht so in einem Gerippe einfangen. Ich glaube, daß es gilt, unsere Form zu verbessern. Ich glaube, jeder Einzelne der verschiedensten Parteien soll sich besser vorbereiten. Wir haben ja diese 2.805 - so viele sind es wirklich - Wohnungssuchenden zuhause, jede einzelne Fraktion. Da kann man sich lange hinsetzen in der Nacht und kannst studieren, waren wir da ungerecht oder müssen wir noch gerechter vorgehen. Da hilft sicher nicht alleine die Beurteilung nach Punktekriterien, weil wir ja auch keine Polizisten haben, die die Angaben der Wohnungssuchenden überprüfen. Da muß man ja die ganzen Kosten usw., die Einkommensverhältnisse, die Verhältnisse der Familie und alles kennen. Das ist sehr schwer und darüber haben wir schon lange diskutiert. Das steht heute nicht auf der Tagesordnung und darauf möchte ich nicht näher eingehen. Es handelt sich ja heute um das Sonderwohnbauprogramm und im Zusammenhang damit natürlich auch die Frage, wie können wir dieses prekäre Problem auch in unserer Stadt halbwegs bewältigen. Es ist wirklich so, eines der größten Probleme in unserer Kommunalpolitik hier in der Stadt Steyr ist die Beseitigung dieser über großen Wohnungsnot in unserer Stadt. Da unterstreiche ich das, was du gesagt hast. Die zweitgrößte Stadt Oberösterreichs hat 2.200 Wohnungssuchende, da sind wir weit im Hinterfeld z. B. gegenüber Wels liegen. Ich habe mir das Amtsblatt kurz durchgelesen, bei uns sind die verschiedensten Zahlen ausgewiesen. Da steht eine ganz andere Zahl drinnen. Ich habe mir das errechnet aufgrund der Angaben - dem glaube ich - unseres neuen Stadtrates für Wohnungsfragen, Poldi Tatzreiter. Hier kommen heraus 2.805 Wohnungssuchende, die vorgemerkt sind. Aber nicht für eine Eigentumswohnung, die sie kaufen wollen, sondern die warten auf eine soziale Mietwohnung. Das ist entscheidend für uns. Es wurde auch - so glaube ich - vollkommen richtig im Amtsbericht der Magistratsdirektion festgestellt, daß in den letzten Jahren für den Mietwohnbau in Steyr die Wohnbaugsmittel des Landes Oberösterreich ständig zurückgegangen sind. Es wurde allerdings nicht angeführt, daß auch die Wohn-

bauförderungsmittel der Stadt Steyr immer geringer flossen. So waren z. B. für die Förderung des städtischen Wohnbaues im Jahre 1989 3 Millionen Schilling präliminiert - übrigens die ganzen Jahre vorher auch. In Wirklichkeit wurden nur 100.000 Schilling davon aufgewendet. Daher glaube ich, war meine Forderung zur Budgeterstellung 1990 im Herbst des Vorjahres voll berechtigt, den Wohnbauförderungsbetrag der Stadt für das laufende Jahr auf 6 Millionen Schilling zu erhöhen. Dieser Erhöhungsvorschlag von mir, das heißt von 3 auf 6 Millionen Schilling, wurde - wie Sie ja selbst genau wissen - im Budget 1990 nicht berücksichtigt. So hat eben er Mietwohnbau in unserer Stadt den absoluten Tiefstand erreicht. Die Verländerung der Wohnbauförderung brachte nicht nur in Steyr, sondern im ganzen Bundesland eine gravierende Veränderung beim Einsatz der Finanzmittel. Daher verlangte ich eine stärkere und gezieltere Förderung beim sozialen Mietwohnbau. Ich begrüße daher das Sonderwohnbauprogramm der Stadt Steyr und werde natürlich diesem Grundsatzbeschluß die Zustimmung geben. Ich bin nämlich nach wie vor der Auffassung, daß alle Bürger unserer Stadt unabhängig ihrer finanziellen Leistungskraft einen Anspruch auf eine ihrem Bedarf entsprechende Wohnung haben. Priorität in der nächsten Zukunft muß für uns daher sein der verstärkte Wohnbau. Das heißt, die Wohnungsverorgung für unsere Bevölkerung mit sozialen Mieten. Der Wohnbau muß daher eine Hauptaufgabe der Stadtgemeinde bzw. bei uns der gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr sein.

Ich bin nicht der Auffassung, wie heute im Amtsblatt behauptet wird, mit dem Sonderwohnbauprogramm will man die Wohnungsnot in unserer Stadt eindämmen. Damit kann man das nicht. Mit der Landesförderung und mit den Mitteln der Stadt von rund 7,2 Millionen Schilling zur Errichtung von 24 Pensionistenwohnungen auf dem Tabor, 39 Kleinwohnungen - billigen - an der Resthofstraße ist dies nach meiner Meinung unmöglich. Derzeit, wie ich gesagt habe, gibt es bei uns mehr als 2.800 Wohnungsansuchen im Rathaus, davon 379 für Pensionistenwohnungen. Derzeit werden nur gekündigte Altbauwohnungen vom Wohnungsausschuß vergeben und dies - wie ich auch schon angeführt habe - in einer sehr kleinen Anzahl. Neubauvorhaben der GWG der Stadt Steyr, die bis zum Jahre 1991 fertiggestellt werden, sind ja nur 60 Wohnungen im Resthof und 49 Pensionistenwohnungen auf der Ennsleite. Dazu kommen natürlich auch - die rechne ich dazu - die geplanten 38 Wohnungen der Steyr-Daimler-Puch AG im Wehr-

graben, wo für das Einweisungsrecht die Stadt ungefähr 1,3 Millionen Schilling zur Verfügung stellt und sie sozusagen das Einweisungsrecht damit erkaufte. Zusammen sieht das für die nächsten Jahre so aus: Wohnungen die gebaut werden: 73 Pensionistenwohnungen, 98 Mehrraum-Wohnungen und 39 Kleinraumwohnungen. In diesem Bereich, etwas über 200, und die werden nicht fertig bis zur nächsten Gemeinderatswahl, wenn das einer glaubt. Das ist ein Programm, das wahrscheinlich Ende 1991 oder im Frühjahr 1992 verwirklicht wird. Das heißt, mit dieser Zahl und diesem Sonderwohnbauförderungsprogramm wird man die Frage nicht lösen, denn mit dieser Anzahl würde man ungefähr 15 Jahre brauchen, um den Wohnungsnotstand in unserer Stadt beseitigen zu können, wenn keine neuen dazukämen.

Abschließend erlauben Sie mir noch einige grundsätzliche Bemerkungen. Für mich als kommunistischer Politiker ist die Wohnungsfrage eines der gravierendsten sozialen Probleme nicht der Stadt, sondern von ganz Oberösterreich. Dies kommt in der Zahl von über 40.000 offiziell registrierten Wohnungsuchenden deutlich zum Ausdruck. Z. B. sind mit Ende April allein in den drei Statutarstädten mit SPÖ-Mehrheit rund 28.000 Wohnungsuchende vorgemerkt. Daher wird auch in den nächsten Jahren das Wohnungs- und Mietenproblem, so glaube ich, eine zentrale Frage bleiben. Anstatt des versprochenen Baues von mehr Wohnungen werden ja, wie Sie selbst auch wissen, immer weniger und teurere gebaut. Die Ursache liegt eindeutig nicht auf dem Willen von uns, sondern im Profitstreben der Bauwirtschaft und natürlich auch - das wissen wir ganz genau - der Grundspekulanten sowie vor allem in der Preisgabe der Grundsätze einer sozialen Wohn- und Mietenpolitik durch diese Regierung, durch diese Koalitionsregierung.

Daher verlange ich als Vertreter der KPÖ-Fraktion für die Zukunft eine grundsätzliche Änderung der Wohnbaupolitik. Ich bin der Meinung, daß für die Verwirklichung eines sozialen Wohnbaues entsprechend höhere Finanzmittel von Bund und Land sowie natürlich auch von der Stadt Steyr dazu erforderlich sind. Diese höheren Mittel können aufgebracht werden durch die stärkere Besteuerung der Großunternehmer und ihrer enormen Profite, die wir in der letzten Zeit sehen, wie auch durch die Verhinderung der Steuerhinterziehung, die - wie Sie alle wissen - nicht Millionen, sondern in die Milliarden Schilling gehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte Kollegen Holub um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Beitrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Grund meiner Wortmeldung liegt darin, daß ich dieses Problem, seit ich in diesem Gemeinderat bin, sehr genau kenne. Ich war selbst einige Zeit Wohnungsreferent und mit vielen Problemen jahrzehntelang, mit Einzelfällen, mich jahrzehntelang herumgeschlagen habe. In manchen Fällen sicher jahrzehntelang. Regelungen, wie sie diesmal aufgrund der Förderungsmöglichkeiten durch die Stadt und durch die GWG der Stadt Steyr erfolgen, sind ein Beispielfall. Bisher war aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen eine solche Regelung gar nicht möglich. Die Stadt hat gar nicht die Möglichkeit gehabt, überhaupt anzusuchen um Wohnbauförderungsmittel, das ist nur über Wohnungsgesellschaften gegangen. Diese neue gesetzliche Situation hat dazu geführt, mit Kollegen Landesrat Habringer Gespräche zu führen über die Erstellung eines Sonderwohnbauprogrammes. Um ein solches handelt es sich. Ich bin sehr froh, daß wir hier zu einer Einigung kommen konnten. Linz beispielsweise hat sich bereits angemeldet, dieses Steyrer Modell zu übernehmen. Die möchten auch gerne eine ähnliche Situation, weil die Wohnungsnachfrage in Linz ähnlich groß ist wie bei uns und Wels ebenfalls.

Ich bin froh, daß wir das als ersten Schritt, das darf ich sagen, erreicht haben. Und der Vorwurf, daß man mit mehr Nachdruck mehr erreicht hätte, geht meines Erachtens nach ins Leere. Ich bin sehr froh, daß Kollege Habringer das Wohnungsreferat hat, denn wenn ein Funktionär der ÖVP dieses Referat hätte - Kollege Tremml hat schon darauf hingewiesen - hätten wir in Steyr nämlich überhaupt nichts bekommen. Weil der oberösterreichische Zentralraum ausgenommen wird. Es wird bestritten, daß im oberösterreichischen Zentralraum ein Sonderbauprogramm für Wohnungen erforderlich ist. Es wird gesagt, man kann nicht den Zentralraum anders behandeln, wie eine ländliche Gemeinde, obwohl die Situation bei uns so kritisch und trist ist. Das möchte ich sagen.

Auf noch eines möchte ich hinweisen, daß es uns gelungen ist, außer diesem Sonderwohnbauprogramm für die nächste Zeit - Steyr besteht ja nicht nur aus der GWG, sondern auch andere Genossenschaften sind beteiligt, wir verhandeln ja auch für andere Genossenschaf-

ten für den Raum Steyr und bringen die Wünsche vor. Da ist genau so die Erste Gemeinnützige dabei wie die Styria, über die dort gesprochen wird und auch die GWG der Steyr-Daimler-Puch AG. z. B. die 60 Wohnungen, die jetzt im Frauenheim im Zuge einer Sanierungsmaßnahme errichtet werden. Das ist auch, so glaube ich, ein wesentlicher Punkt und im Josefthal die Bauten der Steyr-Daimler-Puch AG. Auch die Styria hat im Wehrgraben einen sehr interessanten Wohnbau vor, den wir auch bereits beschlußmäßig einer Förderung unterzogen haben, weil hier die Zusammenarbeit ebenfalls seitens der Styria nicht nur gegeben ist, sondern dort auch angeboten wurde. Wir sind sehr froh darüber, weil wir dort auch die Möglichkeit haben, unsere Leute dort einzuweisen. Es ist nur zwischen den einzelnen Gesellschaften ein gewisser Unterschied. Die Gemeinde als öffentliche Einrichtung, von der Gemeinde erwartet sich jeder, daß er sein Wohnungsproblem gelöst bekommt. Es gibt aber Wohnungsgesellschaften - da möchte ich gar keine Namen sagen - die nach anderen Kriterien vorgehen. Das ist kein Punktesystem und gar nichts, sondern wo das Einkommen entscheidend ist, ob er überhaupt eine Wohnung bekommt. Alle jene Fälle, die dort nicht zum Zuge kommen oder die sozial besonders schwierig sind, kommen zu uns. Und es ist unsere Pflicht, sich auch der sozial Schwächsten anzunehmen. Deswegen ist die Zahl auch verhältnismäßig groß. Es gibt ja viele Wohnungssuchende, die bei jeder Genossenschaft ansuchen. Es sind viele Doppelzählungen, da viele bei allen Wohnungsgenossenschaften um eine Wohnung vorgemerkt sind.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß beispielsweise wir mit 50 Pensionistenwohnungen an sich 100 Wohnungsfälle in der Regel erledigen können. 90 sind es bestimmt, die in der Regel schöne und begehrte Altbauwohnungen haben, die dann frei werden. Der Grundsatz, daß wir Pensionistenwohnungen errichten, hat sich gut bewährt und wir können mit diesem System mehr erreichen als mit anderen. Es sind ungefähr 400 noch vorgemerkt für solche Wohnungen, die durchwegs in Steyr in guten Altbauwohnungen beheimatet sind und die bereit sind, diese Wohnung zugunsten einer Verbesserung ihrer persönlichen Situation aufzugeben. Wir haben auch in der Vergangenheit gerade diesen Bereich - ich darf darauf hinweisen, daß die Gemeinde bei der Grundzurverfügungstellung für Pensionistenwohnungen, aber auch durch die Übernahme von - das gibt es ja jetzt nicht mehr - Eigenmittel auch wesentlich dazu beigetragen hat, daß hier schon in der Vergangenheit Verbesserun-

gen erreicht wurden. Wie gesagt, die gesetzliche Regelung ermöglicht uns dieses heute.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß wir sehr oft konfrontiert werden, jeder von uns, daß jemand zu uns kommt, der privat untergebracht ist in einer Privatwohnung, nicht in der Wohnung irgend einer Wohnungsgesellschaft oder Genossenschaft, also rein auf privater Ebene, der klagt darüber, daß von Jahr zu Jahr der Zins derart angehoben wird in diesen Wohnungen, daß sie sich das nicht mehr leisten können. Mit kleinen Kindern kommen sie und sagen, bitte schauen Sie sich unsere Wohnung an. Ich habe kein Klo drinnen, ich habe kein Wasser drinnen und bezahle S 4.000,- für zwei Räume. Solche Fälle gibt es nicht wenige, das muß ich sagen. Wenn man die Wohnungsnot bekämpfen will, dann darf ich den Appell an alle richten. Nicht nur die öffentliche Hand ist zuständig, sondern gemeinsam sind wir dazu da, daß wir dieses Problem bekämpfen. Man kann nicht sagen, die öffentliche Hand soll sich darum kümmern, daß die Leute gescheite Wohnungen haben. Wir sind bereit dazu, aber die Zusammenarbeit aller ist in dem Zusammenhang einfach notwendig und erforderlich. Wir werden auch weiterhin, wenn es möglich ist, es gibt einen ganzen Kreis, der auch sehr interessiert ist an Eigenheimen. Daß wir so, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben, z.B. in der Waldrandsiedlung, der Fellingner-Siedlung, jetzt in Gleink, daß wir Grundflächen - wir haben nicht mehr sehr viele - zur Verfügung stellen zur Siedlungstätigkeit. Damit man auch diesen Kreis, zumindest teilweise, zufriedenstellen kann. Das ist auch eine wichtige Sache. Bei den Gründen, die wir bisher zur Verfügung gestellt haben, waren das auch Preise, die errechnet wurden, die wirklich für den Eigenheimbau erträglich waren.

Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir auf diesem Gebiet zusammenarbeiten. Denn das sind menschliche Schicksale, die damit verbunden sind. Ich glaube, ein menschliches Schicksal nach Punkten zu beurteilen, ist sehr schwer, wenn nicht überhaupt undurchführbar. Es ist jedes Schicksal anders und nur sehr schwer einzuordnen. Sicherlich gibt es Fixpunkte, wenn der eine zwei Kinder hat, der hat ein Kind, der ist verheiratet und der nicht. Das sind Punkte, die man unter Umständen berücksichtigen kann. Selbst in diesen Bereichen ist es sehr schwer, das mit Punkten zu beurteilen. Ich glaube, daß sich unser Wohnungsausschuß bisher - und die Kolleginnen und Kollegen, ganz egal welcher Fraktion, dort bemüht haben, die schwierigsten Fälle zu lösen. Es gibt auch bestimmte öffentliche Interessen in manchen Bereichen, die auch zu berücksichtigen sind. Ich darf bitten, daß wir dieses Pro-

blem wirklich gemeinsam angehen, damit wir auf Sicht gesehen die Zahl jener, die unsere Hilfe erwarten, nicht enttäuschen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für diesen Beitrag und kann den Vorsitz wieder zurückgeben.
Hat sich noch jemand zu Wort gemeldet? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Vielleicht darf ich einen Satz sagen zur Thematik Wohnraum in Steyr. Ich glaube, daß dieses Programm, das hier in Angriff genommen wird, helfen wird, daß da offensichtlich eine zwiespältige Haltung konstruiert wird. So ist dem nicht. Wenn es die Aktion gibt, so ist es auch die Aufgabe, sie auszunützen. Daher wird auch die Österr. Volkspartei in ihrer Gemeinderatsfraktion diesem Antrag zustimmen. Schade, daß wir nicht mehr erreicht haben, das war es, was der Willi Spöck gesagt hat. Sehr schade, daß wir nicht mehr erreicht haben für Steyr.

Vielleicht noch ein Wort zum Wohnbau überhaupt in Steyr. Wir müssen auch daran gehen, das Problem des Althausbestandes in die Hand zu kriegen. Wir müssen darangehen, den Wohnraum in den älteren Stadtteilen, die ja Infrastruktur haben, den Wohnraum vermehrt anzubieten. Wir müssen wirklich einmal darüber nachdenken, wie weit man hier von der öffentlichen Hand, auch von der Gemeinde, intervenieren kann. Nicht intervenieren in dem Sinn, jetzt gehe ich wo hin und sage, gib dem eine Wohnung, sondern wie man da auch finanziell intervenieren kann. Wenn man den Hausbestand gerade im Steyrdorf anschaut, so gibt es verschiedene Möglichkeiten, zum Teil durch bessere Nutzung der Geschoßflächen - auch der Dachgeschoßflächen - neuen Wohnraum anzubieten. Der bestechende Vorteil dabei wäre, daß man vorhandene Infrastruktur wieder besser ausnützt. Wir haben das Problem z. B. nur mit den Kindergärten. Wir werden heute noch einen Antrag beschließen zur Sanierung eines Kindergartens. Wir haben das Problem, daß die Stadtteile sukzessive abaltern aus dem Kindergartenklientenalter. Andererseits müssen wieder in neuen Stadtteilen neue Kindergärten gebaut werden. Ich glaube, es ist viel lukrativer, rein kommerziell gedacht, nicht nur menschlich, dem Althausbestand in der Innenstadt wieder mehr Augenmerk zuzuwenden. Nicht nur die hohe Wohnqualität ist dort ins Treffen zu führen, sondern auch die Verminderung des Verkehrsproblems, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer im Zentrum wohnt und wer im Zentrum arbeitet, belastet nicht die Wege

vom und zum Zentrum. Der braucht nicht ein Parkhaus beim Zentrum, sondern der braucht schlicht und einfach eine Wohnung in der Innenstadt. Um das geht es in Wahrheit. Es geht nicht darum, ob jetzt ein böser Referent dort das gemacht hat oder ein böser Referent da das nicht gemacht hat. Es geht in Wahrheit darum, daß wir gemeinsam helfen, in der Innenstadt, im Stadtzentrum, attraktive Wohnungen zu schaffen, gemeinsam mit den Hausbesitzern. Es gibt Möglichkeiten, präsentiert sind sie schon einmal geworden, und es geht darum, daß man dann an die Besiedlung dieser Wohnungen in einer guten sozialen Durchmischung geht. So, glaube ich, wird das Problem zu lösen sein. Unser Grund in unserem kleinen Stadtgebiet ist nicht beliebig vermehrbar. Er wird auch, je weniger er verfügbar ist, - absolut logisch - immer teurer. Daher müssen wir doch daran gehen und die Bauphilosophie in der Stadt verändern. Ich glaube, das wird der einzig richtige Weg in die Zukunft sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Generell begrüßen wir das auch, daß für sozial Schwache Wohnungen geschaffen werden und seitens der Stadt unterstützt werden. Ich glaube, aber daß es längerfristig notwendig ist, ein Konzept zu entwickeln auf 5, 10 Jahre, wie diese Wohnungsnot abgebaut werden kann. Es ist nicht möglich, so von Beschluß zu Beschluß im Stadtsenat bzw. Gemeinderat dieses Problem zu lösen durch Zustimmung zu einzelnen Projekten.

Zu Allfälliges möchte ich jetzt schon sagen, daß mir abgeht, daß in der letzten Zeit zwar wenig gebaut wird, aber es ist doch so, daß man nicht innen wohnt, sondern auch draußen. Wenn man den Resthof anschaut, sieht man, daß der Gestaltungsbeirat, der vielzitierte, noch immer nur auf dem Papier besteht, und daß ich mir wünsche, daß für diese Anlagen auch der Gestaltungsbeirat endlich in Erscheinung tritt, noch dazu wo wirklich teilweise in sensiblen Bereichen gebaut wird. Das möchte ich noch einmal anmerken, weil Sie, Herr Bürgermeister, zwar versprochen haben, daß er in der nächsten Zeit einmal zusammentritt und sich eventuell auch vorstellt, aber bisher habe ich nichts davon bemerkt. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Noch jemand? Schlußwort bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Ich möchte nur bemerken, daß - so glaube ich - sehr positiv festzustellen ist, daß eine große Sensibilisierung bei allen Gemeinderäten und allen Fraktionen vorhanden ist. Dieses Problem ist tatsächlich bedrückend und wir müssen hier versuchen, vorwärts zu kommen mit neuen Methoden, mit neuen Möglichkeiten. Ich glaube, daß mit dem vorliegenden Antrag und mit dem neuen Modell jedenfalls ein Schritt in diese Richtung getan ist. Man sollte nicht diejenigen kritisieren, die sich bemüht haben, diesen Schritt zu gehen und ein neues Modell zu entwickeln. Es ist auch hier so, daß sehr unterschiedliche Auffassungen vorhanden sind. Die einen sind gegen Sonderwohnbauprogramme und die anderen möchte sie unbedingt durchführen. Da reiben sich hier die Geister und das ist auch hier der Fall gewesen. Habringer hat erklärt, daß 1 Milliarde Schilling bei den Wohnbauträgern Oberösterreichs liegen und daß er gerne diese Milliarde mobilisieren möchte wieder für die Wohnungswirtschaft und dadurch auch billigere, sozialere Mieten zustande bringen möchte. Ich glaube, daß auch diese Vorgangsweise richtig ist, aber kleine Gesellschaften oder Genossenschaften haben weniger Geld liegen. Und es ist auch durchaus unterschiedlich, was man damit erreichen kann.

Zu Kollegen Eichhübl möchte ich nur sagen, diese Geschichte mit der Subjektförderung, Wohnbeihilfe, die du angesprochen hast. Das sehen halt auch Deine Parteifreunde auf Bundesebene anders. Das ist nicht viel die Subjektförderung, sie bezeichnen sie als leistungsfeindlich. Ich habe viele Debattenbeiträge im Parlament von Deinen Freunden gehört, ja AK Oberösterreich, das ist nur ein kleiner Teil. Das Problem ist offenbar, daß man überall etwas anderes sagt. Ich habe festgestellt, daß die Subjektförderung als leistungsfeindlich bezeichnet wurde von Deinen Parteifreunden. Ich muß sagen, in Oberösterreich war das fast 1 Milliarde Schilling, die aus diesem Titel aufgebracht werden mußte. Es wurde dazugesagt, daß man dadurch weniger Mittel für den Wohnbau zur Verfügung hat. Jetzt soll im Zuge des neuen Gesetzes diese Änderung kommen. Das bringt auch wieder Härten mit sich, da gebe ich Dir recht. Aber es muß eben zu einer entsprechenden Neuordnung kommen. Wir, glaube ich, müssen - das haben wir alle erkannt - auf diesem Gebiet wirklich Gas geben, müssen dem Problem Priorität einräumen. Wir müssen auch Grundreserven schaffen, wir müssen neue Projekte initiieren, nur dann sind wir auch in der Lage, hier zusätzlichen Wohnbau nach Steyr zu bringen. Wir haben dem

Herrn Landesrat Habringer angekündigt, daß wir mit dem Vorhaben alleine und dem Projekt, das jetzt zur Debatte steht, uns nicht zufrieden geben und daß wir diese Wege fortsetzen müssen und noch Zusätzliches geschehen soll.

Ich bitte Sie, diesem Antrag jetzt die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wer zustimmt? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossen.

**VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Im nächsten Antrag geht es um einen Zuschuß zur Erhaltung der Schwimmschule.

18) ÖAG-410/80

Gewährung einer Subvention an die GWG der Steyr-Daimler-Puch AG zur Abdeckung von 50 Prozent des Betriebsabganges zur "Schwimmschule" im Jahr 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 10. 4. 1990 wird der GWG der Steyr-Daimler-Puch AG eine Subvention in Höhe von S 178.500.- zur Abdeckung von 50 Prozent des Betriebsabganges der Schwimmschule im Jahr 1989 gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 178.500.--

(einhundertachtundsiebzigtausendfünfhundert) werden bei der VA-Stelle 6/7820/776010.4 freigegeben.

Ich darf sagen, daß seinerzeit mit dieser Regelung die Schwimmschule gerettet werden konnte. Ich möchte bemerken, daß wir diesen Weg insofern jetzt positiv fortgesetzt haben, als der Stadtsenat und auch die Fraktionsvorsitzenden in München waren und dem Generaldirektor Lochte von MAN das vorgetragen haben, daß es unser massiver Wunsch ist, daß man diese alte Sozialleistung der Steyr-Daimler-Puch AG, die ja auf 1874 zurückgeht, in der Öffentlichkeit noch so stark angenommen wird, daß wir wünschen, daß das erhalten werden soll. Wir haben gebeten, daß sich auch MAN, die neue Gesellschaft SNF, an dieser Erhaltung beteiligt. Es wurde uns nunmehr mitgeteilt, daß sich hier SNF tatsächlich zu einem Drittel in Hinkunft an diesen Abgängen beteiligen wird. Ich hoffe, daß sie sich auch zu einem Drittel an allfälligen Investitionen, die uns dort auch noch ins Haus stehen, beteiligen werden. Das möchte ich dazu noch berichtet haben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dafür ist? Enthaltungen? Gegenstimmen? Einstimmig so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Der nächste Antrag sieht eine Gewerbeförderung vor für die Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau AG, also die GFM in Steyr, und zwar im Ausmaß von 258.687 Schilling.

19) Ge-2934/90

GFM Steyr - Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. 4. 1990 wird der Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau AG (GFM), Steyr, als Gewerbeförderung eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 258.687,- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 75.900,--

(fünfundsiebzigtausendneuhundert)

bei der VA-Stelle 5/7820/776010.4 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 182.800,--

(einhundertzweiundachtzigtausendachthundert)

bei der gleichen VA-Stelle gewährt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Tremli bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Obwohl es eigentlich nicht Aufgabe der Stadt ist, auch nicht der Kommunalpolitik, florierende Industriebetriebe finanziell zu unterstützen, noch dazu wenn die Mittel in der Stadtkasse, wie wir alle wissen, weitgehend fehlen. Es ist doch bekannt, daß unsere Stadt mit mehr als 500 Millionen Schilling verschuldet ist. Fast jede Investition, die wir tätigen, oder jeder Förderungsschilling, der ausgegeben wird, muß von den Banken geliehen werden, und es müssen auch die Zinsen entsprechend bezahlt werden - auch unsere Nachkommen noch. Aber es ist auch eine Tatsache, daß die Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau AG von der Stadt Steyr keinerlei Förderungsmittel bis jetzt erhalten hat. Im Gegen-

teil, ich weiß das und habe das einige Male angeschnitten, daß die GFM sogar hier Schwierigkeiten hatte mit der Steyr-Daimler-Puch AG als sie ein Stück Grund benötigten für einen weiteren Ausbau der dann nicht erfolgen konnte. Der Industriebetrieb GFM hat mit seinen 800 Beschäftigten, so glaube ich, eine nicht unbedeutende Rolle für unsere Stadt und für die Umlandgemeinden. Dies kommt auch in der Steuerleistung und auch in der Arbeitsplatzsicherung über Jahrzehnte hindurch zum Ausdruck.

Ich werde daher auch der beantragten ordentlichen Subvention bzw. - ich will nicht sagen Gewerbeförderung, denn das wäre eine Beleidigung für die GFM - Industrieförderung in der Höhe von 258.000 Schilling zustimmen - das ist die Überraschung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke, wünscht noch jemand das Wort?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Es war wirklich überraschend, hier diese Bemerkungen zu hören und sie sprechen für Deinen Gerechtigkeitssinn, Kollege Tremli.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer zustimmt? Danke. Gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Im nächsten Antrag geht es um die Subventionen für die Steyrer Sportvereine.

20) Ha-2878/90

Gewährung von Subventionen
an Steyrer Sportvereine im
Jahr 1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

An die nachstehend angeführten Steyrer Sportvereine und -verbände werden im Jahr 1990 die in der Folge angeführten Einzelsubventionen im Gesamtbetrag von

S 698.000,--

(sechshundertneunundachtzigtausend)

gewährt. Der genannte Betrag wird bei der VA-St. 1/2690/757000.9 freigegeben. Sämtliche Subventionen sind zur Gänze im Mai dieses Jahres auszuzahlen:

Allgemeiner Turnverein

S 28.000,--

Alpenverein, Ortsgruppe Steyr

S 17.000,--

Angelsportverein

S 3.000,--

ARBÖ, Ortsgruppe Steyr

	S 30.000,--
ASKÖ Basketball-Spielgemein-	
schaft	S 6.000,--
ASKÖ Basketballklub Steyr	
	S 6.000,--
ASKÖ Boxklub Steyr	
	S 7.000,--
ASKÖ Freizeitklub Resthof	
	S 4.000,--
ASKÖ Handicap Steyr	
	S 3.000,--
ASKÖ Kegelsportklub Steyr	
	S 6.000,--
ASKÖ Karate	S 7.000,--
ASKÖ Knüppelfreunde Steyr	
	S 3.000,--
ASKÖ Minigolfklub Steyr	
	S 4.000,--
ASKÖ Modellflieger	
	S 3.000,--
ASKÖ Schibobklub	S 3.000,--
ASKÖ Schiverein	S 11.000,--
ASKÖ Schwimmklub	S 7.000,--
ASKÖ Steyrer Windsurfklub	
	S 5.000,--
ASKÖ Tischtennisclub	
	S 3.000,--
ASKÖ Pool-Billard-Club	
	S 4.000,--
ASKÖ Volleyball	S 4.000,--
ASKÖ Stockschiützen-Waldrandsiedlung	
	S 3.000,--
ASKÖ Wehrgraben	S 3.000,--
ASV Bewegung	S 23.000,--
ATSV Stein	S 12.000,--
ATSV Vorwärts Steyr	
	130.000,--
ESV Steyr	S 3.000,--
Freizeitklub Styria	
	S 3.000,--
Heeressportverein	S 7.000,--
Kajak- und Segelsportverein Forelle	
	S 24.000,--
Magistratsportverein	
	S 5.000,--
Motor-Sport-Club	S 5.000,--
Naturfreunde, Ortsgruppe Steyr	
	S 44.000,--
ÖAMTC, Ortsgruppe Steyr	
	S 10.000,--
Polizeisportvereinigung	S 8.000,--
Reitclub Steyr	S 5.000,--
Ruderverein 1888	S 8.000,--
Schiklub Steyr-Musica	
	S 15.000,--
Schützengesellschaft	S 7.000,--
SK Amateure	S 58.000,--
SK Vorwärts	S 61.000,--
Sportflieger	S 12.000,--
Steyrer Squash-Club	S 3.000,--

Tauchsportklub	S 4.000,--
Turn- und Sportunion Steyr	
	S 26.000,--
Tennisklub Grün-Weiß	
	S 4.000,--
ASKÖ Bezirksorganisation	
	S 17.000,--
ASVÖ Bezirksorganisation	
	S 17.000,--
Union Bezirksorganisation	
	<u>S 17.000,--</u>
Schiling	<u>698.000,--</u>

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen zu diesem Antrag liegen nicht vor? Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Im nächsten Antrag geht es um eine weitere Förderung, um eine Gewerbe- oder Industrieförderung. Das geht zurück auf einen Beschluß des Gemeinderates vom 20. 10. 1988. Damals wurde beschlossen, verschiedene Förderungen, unter anderem auch die Halbierung der halben Lohnsummensteuer der Fa. SLR Gußwerk II GesmbH zu gewähren. Der Antrag lautet:

21) Ge-4362/88

Refundierung der halben
Lohnsummensteuer für das
Jahr 1989 an die Fa. SLR
Gußwerk II GesmbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird der Refundierung der halben von der Fa. SLR-Gußwerk II Betriebs-GesmbH, Steyr, Gußwerkstraße 7, entrichteten Lohnsummensteuer für das Jahr 1989 zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von S 185.565,- werden bei der VA-Stelle 5/7820/776010.4 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Fragen oder Wortmeldungen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja hier in diesem Kreis allgemein bekannt, daß ich bereits bei der erwähnten Beschlußfassung im Jahre 1988 diese sogenannte Gewerbeförderung für diese Firma mit grundsätzlichen Bemerkungen abgelehnt habe. Die Firma Rot hat derzeit 70 Beschäftigte und wird aufgrund des

Förderungsübereinkommens dafür insgesamt - ich rechne alles zusammen - rund 850.000 bis 900.000 Schilling aus der Stadtkasse kassieren. Natürlich verglichen mit anderen Millionenförderungen scheint dies gering zu sein. Denn unter dem Slogan der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen wurden von der Mehrheit dieses Gemeinderates und auch von der SP-Mehrheit in den letzten 10 Jahren an die Privatwirtschaft, vor allem an ausländische Großkonzerne viele Millionen Schilling an Förderungen gewährt. Es müßte ja heute eigentlich umgekehrt sein. Wir haben - Kollege Leithenmayr hat das ja bei einem anderen Tagesordnungspunkt schon erwähnt - eine ausgesprochene Hochkonjunktur und eine günstige Wirtschaftsentwicklung. Wenn ich z. B. einen sehr entscheidenden Betrieb für unsere Region herausnehme, das BMW Motorenwerk, dort war die 26 prozentige Umsatzsteigerung im Vorjahr auf 8,8 Milliarden Schilling, nun peilt man im laufenden Jahr 10 Milliarden Schilling an. Die BMW GesmbH Steyr hat im abgelaufenen Geschäftsjahr mehr als 400 Millionen Schilling Gewinn erwirtschaftet und im Jahr 1988, soviel ich weiß, 620 Millionen Schilling. Das heißt, daß in diesen nur zwei Jahren 1988 und 1989 eine sehr gute Ertragslage erzielt wurde von insgesamt 1.020 Millionen Schilling an Gewinn oder Profit. Das wurde ja ausgewiesen, das kennen Sie. Daher bin ich der Meinung, daß man auch derartige Förderungsverträge überprüfen soll mit dem Ziel, die zugesagten offenen Förderungsmillionen einzusparen. Die beantragte Refundierung der halben Lohnsumme für das Jahr 1989 in der Höhe von S 185.565,- an die Firma SLR Gußwerk II wird natürlich aus den grundsätzlichen Erwägungen von mir abgelehnt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Es ist zutreffend, daß sich hier eine sehr positive Entwicklung bei BMW ergeben hat. Aber wir haben natürlich einen Vertrag abgeschlossen zur Förderung dieses Unternehmens. Es zeigt sich rückblickend, daß es sehr zweckmäßig war, wenn man sich vor Augen führt, was in der Folge geschehen wäre, hätten wir nicht diese mehr als 2.000 Arbeitsplätze. Damals haben die Förderungen eine Rolle gespielt, das darf man nicht außer acht lassen. Sie sind auch von anderen möglichen Standorten damals angeboten worden und wir haben in Wirklichkeit keine Alternative gehabt. Wir

wissen, daß es immer bei der Gründung von neuen Betrieben oder auch von Auffanggesellschaften Anlaufverluste gibt, die waren auch dort da. Mittlerweile haben sie sich erfangen, das ist gut so und jetzt haben wir das Problem, daß wir in einem Rechtsstaat natürlich zu gültigen Verträgen stehen müssen. Natürlich kann ich Dir geistig folgen, daß wir versuchten sollten, mit denen einmal zu reden, daß sich auch Situationen ändern können und daß man aus diesem Titel heraus auch Verträge ändern kann. Weil wir jetzt zur Gründung und zur Erhaltung von anderen Betrieben die Notwendigkeit sehen. Z. B. der, der im gegenständlichen Antrag behandelt wird. Da war es nicht selbstverständlich, daß dieses Gußwerk II in so kurzer Zeit wieder zum Leben begann. Wir wissen, daß hier bereits die Monteure im Haus waren, die die Maschinen und Anlagen abgebaut und sie ins Ausland transferiert hätten. Es war schon eine glückliche Fügung, daß dieses Unternehmen da ist. Es gibt dort 85 Beschäftigte und wir haben in der vergangenen Woche Gelegenheit gehabt, das Haus anzuschauen. Es ist in manchen Bereichen nicht mehr zu erkennen. es ist sehr viel geschehen und es wird auch weiter investiert. Sie wenden sich auch anderen Produktionsstrukturen zu und neuen Entwicklungen. Der Inhaber hat uns erklärt, daß in Zukunft einiges geplant ist und Ausweitungen dort vor sich gehen werden, was uns sehr gefreut hat. Es ist aber so, daß gerade das erste Jahr schon sehr sensibel und schwierig gewesen ist. Wir haben schon bemerkt den wesentlichen Unterschied zu anderen Betrieben, daß nämlich dort die Werksleiter - Herr Obermayr und Herr Suchy, der dort Prokurist ist - mit Helmen am Kopf herumgehen und man ihnen an der Bekleidung ansieht, daß sie selbst Hand anlegen und mitarbeiten. Die haben sich mit einer hervorragenden Leistung gebracht, das sollte auch einmal erwähnt und erörtert werden. Voriges Jahr im Herbst hat uns der Inhaber erklärt, sie waren nahe daran, das Handtuch zu werfen, weil alleine dadurch, daß die Entflechtung mit den Steyr-Werken stattgefunden hat, auf einmal Heizkosten im Ausmaß von 6,5 Millionen zu Buche geschlagen hätten. Dieser Betrag hat nach oben korrigiert werden müssen. Sie sind noch nicht dort, wo sie waren, aber es ist eine beträchtliche Annäherung. Darüber bin ich glücklich, denn es ist der Arbeitsmarkt wirksam geworden. In dem Sinn einmal auf Seiten der Arbeitnehmer, was sehr positiv zu bemerken ist.
Ich wollte schon noch sagen, sie waren knapp daran, das Handtuch werfen zu müssen, weil 6,5 Millionen hätte das Unternehmen nicht ausgehalten an Heizkosten. Die sind nämlich abgenabelt worden vom Heizstrang der Steyr-

Werke. Durch eine Investition, durch einen Wärmetauscher, durch die Verwendung der Abwärme, die bei den Öfen dort entstanden ist, ist es gelungen, diese Investition in einem einzigen Jahr zu amortisieren. Dem ist es zu verdanken, daß es jetzt weiter geht. Man sieht also, daß diese Anlaufphase sehr schwierig ist und daß wir doch gut beraten sind, wenn wir hier unterstützend, planend, mitwirkend, auch eingreifen. Obwohl das vielleicht zu einem Zeitpunkt, nächstes oder übernächstes Jahr, wann die Überbregiden kommen, die Forderungen anders zu betrachten sind. Daher sollten nicht so langfristige Förderungsverträge abgeschlossen werden.

Ich bitte aber doch um Zustimmung zu diesem vorliegenden Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte, wer für den Antrag ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (KPO) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:
Der letzte Antrag beschäftigt sich wieder mit dem Wohnungs- und Mietwesen, es geht um die Abschreibung bzw. Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen. Herr Bürgermeister Schwarz hat darauf hingewiesen, daß bei der Gemeinde alle diejenigen landen, welche nicht sehr zahlungskräftig sind. Die wollen halt von der Gemeinde ein Dach über dem Kopf zur Verfügung gestellt haben. Leider sind sie bei der Bezahlung der Mieten oft nicht in der Lage das zu tun, oder nicht willens, das zu tun.

Aus diesem Grund ergeht an Sie folgender Antrag des Stadtsenates.

22) GHJ2-2927/87 ff
Abschreibung bzw. Ausbuchung uneinbringlicher Forderungen der Stadt aus rückständigem Mietzins.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Abschreibung der Forderungen der Stadt aus rückständigem Mietzins im Gesamtbetrag von S 311.579,82, Mahnspesen von S 6.000.— sowie Gerichtskosten von insgesamt S 10.341.—, insgesamt somit ein Gesamtbetrag von S 327.920,82 wegen Uneinbringlichkeit wird zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 10.000.— werden bei der VA-St. 1/8460/690000.1 freigegeben und eine Kreditüberschreitung von S 317.900.— bei derselben

Haushaltsstelle bewilligt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen. Ich danke Kollegen Leithenmayr für die Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Im Zuge der notwendigen Erneuerung unserer seit über 20 Jahren in Verwendung stehenden Küche im Zentralaltersheim habe ich Ihnen heute gleich 5 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen.

In meinem ersten Antrag geht es darum, daß im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen der Küchenbetrieb geschlossen werden muß und daher die Versorgung der Heimbewohner mit Essen und auch der außer Haus versorgten Institutionen nicht möglich ist. Von der Kapazität her ist nur die Werksküche der Steyr-Werke bereit und in der Lage, das Essen zu liefern und es war daher notwendig, eine entsprechende Vereinbarung mit den Steyr-Werken abzuschließen.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

23) SH-2091/90
Küchenumbau im ZAH; Essenslieferung durch die Steyr-Daimler-Puch AG.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 9. 4. 1990 wird im Zusammenhang mit dem Küchenumbau im ZAH der Abschluß der in der Anlage beigeschlossenen Vereinbarung mit der Steyr-Daimler-Puch AG, die ab 21. 5. 1990 bis 16. 9. 1990 die tägliche Lieferung von Mittag- und Abendessen - insgesamt etwa 116.333 Portionen - zum Portionspreis von je S 30,60 exkl. UST. vorsieht, genehmigt.

Zu diesem Zweck sind bei der VSt. 1/4200/430000.0 die erforderlichen Mittel in Höhe von S 3.560.000.— (drei Millionen fünfhundertsechzigtausend) zu nehmen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich habe den Vorsitz übernommen und darf fragen, ob jemand zu diesem Antrag das Wort wünscht?

Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Vergabe von Leistungen und eine Mittelfreigabe. Der Antrag lautet:

24) Bau5-4177/86

ZAH Steyr - Küchenerneuerung, Vergabe von Leistungen und Mittelfreigabe, Kreditüberschreitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 4. 1990 wird im Zusammenhang mit der Küchenerneuerung im ZAH Steyr der Auftragsvergabe nachfolgender Arbeiten zugestimmt:

1. Baumeisterarbeiten: Fa. Hamberger, Steyr, zum Preise von netto 3.636.058,20
2. Fliesenlegerarbeiten: Fa. Seyrlehner, Steyr, zum Preis von netto 575.620,--
3. Leichtmetallkonstruktion 1. BA: Fa. Tuma, Steyr, zum Preise von netto 30.570,--
4. Spenglerarbeiten 1. BA: Fa. Wittner, Steyr, zum Preise von netto 22.225,--
5. Diverse Demontageleistungen zum Preise von 20.000,--

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 1.488.500,--

(eine Million vierhundertachtundachtzigtausendfünfhundert)

bei der VA-Stelle 5/4200/010300.3 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 2.796.000,--

(zwei Millionen siebenhundertsechundneunzigtausend)

von der VA-Stelle 5/2400/010400.9 auf die VA-Stelle 5/4200/010300.3 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 5/2400/010400.9 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der

Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wir kommen zur Abstimmung und ich frage, wer ist für den Antrag? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich bitte um Fortsetzung des Vortrages.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem dritten Antrag geht es um die Vergabe der Lieferung von Küchenmöbeln und der Küchenapparate-Ausstattung.

Aufgrund der Änderung des Beschlußantrages im Stadtsenat soll der Gesamtauftrag an die Fa. Doleschal zum Gesamtpreis von S 3.374.406,60 übertragen werden, und zwar betrifft das die Geräte, die Apparateausstattung und die Küchenmöbel. Eine weitere Änderung ergibt sich insofern, als daß entgegen dem Beschlußantrag die Mittelfreigabe wie in nachfolgendem Antrag ersichtlich, erfolgen soll.

25) Bau5-4177/86

ZAH Steyr - Küchenerneuerung; Vergabe der Lieferungen und Leistungen von Küchenmöbeln und Apparaten; Mittelfreigabe und Kreditüberschreitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 4. 1990 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung der Küche des ZAH Steyr (Küchenmöbel- und Apparateausstattung) nachstehende Aufträge vergeben:

1. Apparateausstattung: Fa. Doleschal, Steyr, zum Preise von netto 2.456.535,--
 2. Küchenmöbel: Fa. Volta, Neuzeug, zum Preise von netto 1.033.970,--
- Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2.955.000,--

(zwei Millionen neuhundertfünfundfünzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/4200/043020.8 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 536.000,--

(fünfhundertsechunddreißigtausend)

von der VA-Stelle 5/2400/010400.9 auf die VA-Stelle 5/4200/043020.8 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch die VA-

Stelle 5/2400/010400.9 zu erfolgen.

Ich ersuche auch um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich darf fragen, wer das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der nächste Antrag betrifft die Vergabe von Elektro- und Sanitärinstallationsarbeiten. Der Antrag lautet:

26) Bau5-4177/86

ZAH Steyr - Küchenerneuerung; Vergabe von Elektro- und Sanitärinstallationsarbeiten sowie Nebenleistungen; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 26. 4. 1990 wird im Zusammenhang mit der Küchenerneuerung des ZAH Steyr der Vergabe nachfolgender Arbeiten zugestimmt:

1. Sanitär- und Heizungsinstallation: Fa. Haas GesmbH, Steyr
netto 711.424,92

2. Elektroinstallation: Fa. Kammerhofer, Steyr
netto 431.596,20

3. Aufstellen von Gipskartonständerwänden:
Fa. Sunk, Steyr
netto 39.640,--

4. Adaptierung der Kühlaggregate: Fa. Lötsch, Steyr
netto 39.460,--

Für diverse Leistungen, die mittels Bestellschein beauftragt werden und den Kostensatz für die Installationsfreimachung der Altgeräte in Höhe von S 35.000,- werden Mittel in Höhe von S 55.000,- freigegeben.

In Summe wird daher zum genannten Zweck einer Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 1.278.000,--

(eine Million zweihundertachtundsiebzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/4200/010300.3 zugestimmt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung und ich darf um Zustimmung bitten? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem nächsten Antrag, das Zentralaltersheim betreffend, geht es um den Altgeräteabverkauf des Kücheninventars. Der Antrag lautet:

27) Bau5-4177/86

ZAH Steyr - Küchenerneuerung; Vergabe der Lieferungen und Altgeräteabverkauf; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Altgeräteabverkauf des Kücheninventars im ZAH Steyr an die Fa. Schimpfhuber, Steyr, zum Preise von brutto S 110.000,- wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA III vom 24. 4. 1990 zugestimmt.

Die Vereinnahmung des genannten Betrages hat bei der VA-Stelle 5/4200/806200.0 zu erfolgen. Die Arbeiten für die Installationsfreimachung der Altgeräte zum Preise von ca. S 35.000,- haben durch die beauftragten Firmen über Elektro- und Sanitärinstallationsarbeiten in Regie zu erfolgen. Gleichzeitig wird dem Ankauf von Warmhaltecontainern bei der Fa. Franke, Salzburg, zum Preise von netto S 459.547,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 460.000,--

(vierhundertsechzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/4200/043020.8 genehmigt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung und ich darf bitten um Zustimmung? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Danke sehr. Einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Instandsetzungsarbeiten und die Einrichtungserneuerung im Kindergarten Marxstraße. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

28) GHJ2-635/90

Kindergarten Marxstraße 15
- Instandsetzungsarbeiten;
Einrichtungserneuerung
(1. Gruppe, Garderobe);
Außenanlagengestaltung,
Spielgeräteaufstellung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 9. 4. 1990 wird im Zusammenhang mit der Durchführung von Instandsetzungs- und Einrichtungsarbeiten im städtischen Kindergarten Karl-Marx-Straße nachfolgenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tischlerarbeiten: a) Gruppenraumeinrichtung: Fa. Staudinger, Steyr, zum Preise von 281.800,- oM.
- b) Garderobe, Zusatzeinrichtung, Türen, Regie: Fa. Hackl, Steyr, zum Preise von 280.653,50 OM.
2. Baumeisterarbeiten: Fa. Hamberger, Steyr, zum Preise von 289.662,60 oM.
3. Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Lamplmayr, Steyr, zum Preise von 75.750,- oM.
4. Wasserinstallationsarbeiten: Fa. Kriszan, Steyr, zum Preise von 68.286,40 oM.
5. Bautischlerarbeiten (Pergola): Fa. Aigner, Molln, zum Preise von 26.300,- oM.
6. Fliesenlegerarbeiten: Fa. Oberlininger, Steyr, zum Preise von 41.290,- oM.
7. Spielgeräte (Garten): Fa. Obra, Neukirchen, zum Preise von 91.921,- oM.
8. Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr, zum Preise von 10.000,- oM.
9. Kunststoff-Fensterlieferung: Fa. Reform, Steyr, zum Preise von 8.000,- oM.

Gesamterfordernis

1.173.663,50

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 352.000,-

(dreihundertzweiundfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 1/2400/010000.6,

S 177.000,-

(einhundertsiebenundsiebzigtausend)

bei der VA-Stelle 1/2400/043000.7, und

S 197.000,-

(einhundertsiebenundneunzigtausend)

bei der VA-Stelle 1/2400/613000.7 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 56.000,-

(sechshundertsechzigtausend)

von der VA-Stelle 1/2500/010000.3 auf die VA-

Stelle 1/2400/010100.6 und eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 300.000,-

(dreihunderttausend)

von der VA-Stelle 1/2500/043000.4 auf die VA-Stelle 1/2400/043000.7 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragungen hat durch die VA-Stellen 1/2500/010000.3 und 1/2500/043000.4 zu erfolgen.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

**VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Zu Wort gemeldet ist Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Aufgrund des Amtsberichtes, wert es Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ist der Sanierung des Kindergartens in der Marxstraße sicherlich zuzustimmen. Wie ich aber nun im Amtsblatt vom 17. April 1990, also nicht in diesem, sondern im letzten Amtsblatt, gelesen habe, wird der Halbtagsstarif in den Kindergräten in der Arbeiterstraße, Promenade, Leharstraße, Taschried, Gleink, eingeführt werden.

In der Gemeinderatsitzung vom Juni 1988 habe ich anlässlich der Erhöhung der Beitragsgebühren gesagt, daß man bei der Neugestaltung der Elternbeiträge meiner Ansicht nach auf die Kindergartenanfänger, das sind die Kinder um 3 Jahre, mehr Rücksicht hätte nehmen müssen, denn für diese Kinder wird der volle Beitrag gerechnet, obwohl diese Kinder gerade im ersten Kindergartenjahr entweder nur vormittags, nachmittags oder gar nur stundenweise den Kindergarten besuchen. Ein Schnuppertarif wäre gerechtfertigt, habe ich damals gemeint. Die Antwort auf meine Anregung war damals leider nicht positiv. Vielleicht unter dem Grundsatz "gut Ding braucht Weile", kommt nun doch ein ermäßigter Tarif für den Halbtagsstarif. Es ist die Rede, soweit ich gehört habe von der Frau Oberkindergärtnerin, von 60 bis 70 Prozent des vollen Tarifes. Vielleicht ändert sich auch bei dieser Gelegenheit, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, auch die Einstellung zur Beitragsgrundlage. Wenn ich in Erinnerung rufen darf, bei einer Bemessungsgrundlage von über S 12.000,- zahlt man bereits den Höchstbetrag von S 700,- plus S 20,- Beitrag für Spiel- und Beschäftigungsmaterial. Wir haben derzeit einen Stand bei den städtischen Kindergärten von 922 Kindern. 723 davon, das sind 73 Prozent, zahlen den Höchstbeitrag. Das heißt, wenn jemand S 12.000,- verdient, zahlt er genau so viel, wie wenn jemand S 20.000,- oder mehr verdient. Eine breitere Staffelung, wie ich

auch schon damals gemeint habe, ist sicherlich auch hier unumgänglich. Wenn sich vielleicht die Einstellung der sozialistischen Fraktion auch hier ändert, bin ich fast ganz zufrieden. Bedauerlicherweise nämlich ist, daß der Kindergarten Plenkberg heuer nicht ausgebaut wird.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Wünscht noch jemand das Wort? Kollegen Ehrenhuber bitte das Schlußwort.

STADTRAT INGRID EHREHUBER:

Ich kann zu Kollegen Spöck nur sagen, der gesagt hat, im Amtsblatt wurde darauf hingewiesen, daß wir beabsichtigen, Halbtagsgruppen zu installieren. Einerseits aufgrund der ins Haus stehenden Änderung im Kindergartengesetz, auf der anderen Seite aufgrund des immer wieder von der Bevölkerung zum Teil herangetragenen Wunsches nach Halbtagsgruppen. Sie wissen, daß wir einen Halbtagskindergarten in der Dieselstraße führen, der sicherlich damals entstanden ist aus der Notsituation heraus. Wir möchten jetzt versuchen, in jedem Stadtteil zumindest schwerpunktmäßig Halbtagsgruppen zu installieren. Die bisherigen Erhebungen haben gezeigt und mit unserem Artikel im Amtsblatt wollten wir erheben, wieviele Kinder bzw. wieviele Interessenten gibt es überhaupt für einen Halbtagskindergarten. Denn auch wir sind der Meinung, daß das gerade für die Anfänger im Kindergarten, für die kleineren Kinder mit 3 bis 4 Jahren, die zum Teil wirklich überfordert sind und nachmittags sehr wenig den Kindergarten besuchen, sicher günstiger ist. Aus dieser Überlegung heraus möchten wir ab dem kommenden Jahr in jedem Stadtteil Halbtagsgruppen anbieten. Ich darf sagen, aufgrund der Einschreibungen und Erhebungen haben wir bisher 156 Bewerber für einen Halbtagskindergarten, auf die ganze Stadt bezogen. Ausgenommen ist der bereits bestehende Halbtagskindergarten in der Dieselstraße. Wir werden uns sicherlich in der nächsten Zeit diesbezüglich beraten müssen, wie wir das durchführen und wir werden sicherlich auch noch bezüglich der Preisgestaltung entsprechende Beratungen führen. Das wollte ich ganz kurz dazu sagen.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Vielleicht könnte man den Höchstarif ändern oder zumindest eine Anpassung vornehmen.

STADTRAT INGRID EHREHUBER:
Ich glaube, wir werden sicherlich im Zuge dieser Neuregelungen die Gebühren insgesamt überdenken müssen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Viele haben nur ein Einkommen von 10.000 Schilling.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Dieser Klassenkampf ist sogar schon in Fußland nicht mehr wahr, hast du das noch immer nicht kapiert?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich darf für die Erläuterungen der Frau Stadtrat herzlich danken. Natürlich werden wir Überlegungen anstellen müssen, sei es bei den Eltern oder im Gesetz. Auch im Tarif wird es immer wieder Anpassungen geben müssen. Wir kommen zur Abstimmung, wenn es keine weitere Wortmeldung mehr gibt. Wer dem Antrag der Frau Stadtrat die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der linken Hand? Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke der Frau Stadtrat für ihren Vortrag. Wir kommen nun zu Kollegen Stadtrat Erich Sablik, bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen verschiedene Anträge vorzutragen. Der erste Antrag lautet:

29) Bau3-2830/86
Geh- und Radweg Ennser Straße, IV. und V. Teil;
Ansuchen um Mittelfraigabe für Bauarbeiten und Grundeinlöse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Beschluß des Stadtsenates vom 9. 11. 1989 wurde der Errichtung des Geh- und Radweges auf der Ennser Straße, IV. Teil, zugestimmt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 3. 1990 wird der Auftrag zur Fertigstellung des IV. Teiles sowie der Errichtung des V. Teiles des geh- und Radweges an der Ennser Straße an den städtischen Wirtschaftshof und an die Landesbaudirektion zu geschätzten Kosten von S 497.000,- (S 352.200,- für Bauarbeiten, S 144.358,- für Entschädigung an Grundeigentümer) übertragen.

Die genaue Abrechnung hat nachträglich nach Aufwand zu erfolgen.
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 497.000,--

(vierhundertsebenundneunzigtausend) bei der VSt. 5/6160/002300.7 freigegeben. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich darf fragen, wer zu diesem Antrag das Wort wünscht? Gemeinderat Enöckl bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ENÖCKL:

Werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, ich möchte zu diesem Thema einige Dinge sagen.

Mit dieser IV. und V. Teiletappe sind wir nahezu am Ende des Radwegenetzes angelangt. Eine Etappe drängt uns noch, dann sind wir am Stadtrand von Steyr und haben dann eine Verbindung bis nach Dietach. Eine gute Sache im Gesamtkonzept, so möchte ich feststellen, im Steyrer Radwegenetz. Könnten wir doch viele Gefahren entlang der Ennser Bundesstraße durch diesen Ausbau ausschalten. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein bestehendes Problem zu sprechen kommen. Durch die Brückenerneuerung über den Dorninger Bach, der ja in der Totalsanierung geendet hat, mit beiderseitiger Anbringung von Gehsteigen. Diese Baustelle wurde übrigens von der OÖ. Landesregierung durchgeführt und man hat dort auch das in diesem Bereich bestehende Bus-Wartehäuschen entfernen müssen. Das ist ein Umstand, der zu Muren und auch zu Protesten aus dem Bereich der Benutzer des öffentlichen Verkehrs geführt hat. Ich weiß schon, dort fahren "nur" Bahn und Post vorbei und kein städtischer Bus. Aber wir sind trotzdem der Meinung, wir sollten die Bemühungen in diese Richtung gehen lassen, Beständenes wieder zu errichten und den Personenkreis, der das benutzen will, diesem das wieder anzubieten. Dazu kommt noch, daß auf der rechten Seite - stadtauswärts gesehen - noch immer die Fahrgäste auf der Ennser Bundesstraße aus- und einsteigen müssen. Für mich ist das ein Zustand, aber im besonderen für die Fahrgäste, der auf Dauer auf keinen Fall haltbar ist. Ich möchte besonders darauf hinweisen bzw. fragen, warum ist das nicht zustande gekommen, daß die Schwierigkeiten mit dem Grundstückbesitzer bis dato nicht ausgeräumt werden konnten. Linksseitig ist es gelungen, geeignete Busbuchten einzubauen, natürlich ohne das besagte Wartehaus.

Ich möchte auf diesen Mißstand hinweisen und ersuche den Herrn Bürgermeister, das Präsi-

dium, alle Kollegen, die damit in irgend einer Form befaßt werden könnten, Schritte zu unternehmen, bei diesem Unternehmen bei den Grundstückseigentümern die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Aber dazu gehört nicht nur die Errichtung von Wartehäuschen im Bereich Dornach. Ich möchte das ausweiten. Wartehäuschen brauchen wir meiner Meinung nach auch bei den exponierten Einsteigstellen der städtischen Verkehrslinien. Weil der Zustand, der jetzt dort herrscht, ist für mich eine Alibihandlung.

Ich ersuche nochmals, diesem Mißstand etwas Zeit zu widmen und Abhilfe zu schaffen. Ich glaube, wir wären gut beraten, wenn wir in diesem Bereich den Busbenützern, die wir ja vermehren wollen, dieses Zugeständnis machen könnten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke vielmals. Im Interesse der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs werden wir uns mit diesem Problem beschäftigen. Das ist jedenfalls registriert.

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es freut mich, wie Kollege Enöckl betont hat, gerade für die Resthofbewohner, daß der Geh- und Radweg an der Ennser Straße langsam seiner Fertigstellung zugeht. Was aber gerade für die Resthofbewohner leider noch immer fehlt, ist die Sanierung des Hangkronenweges Lauberleite. Nachdem auch, wenn ich nochmals in Erinnerung rufen darf, sich die SPÖ - das ist auch der Grund meiner Wortmeldung - in Gleink mit Obmann Enöckl dieser berechtigten Forderung angeschlossen hat, indem sie in ihrem Mitteilungsblatt an die Gleinker im Dezember 1988 geschrieben hat, bereits eine längere Forderung der SPÖ Gleink ist die Verbesserung des Verbindungsweges vom Resthof nach Hausleiten entlang der Hangkrone Lauberleite. Dieser Weg wird besonders von Spaziergängern, Wanderern und Radfahrern sehr häufig benutzt. Sein derzeitiger Zustand ist desolat usw. Ich glaube, bei einigem guten Willen könnte dieser Weg auch unter Berücksichtigung der Wohnverhältnisse, die der Sanierung immer ein wenig im Wege stehen, nicht betoniert sondern saniert werden. Ähnlich wie das Stück von den Ennskraftwerken bis zum Resthof.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wir nehmen diese Anregung auf und die Koalition der Gleinker wird da wahrscheinlich unterstützt.

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Das Wort hat der Referent.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Ich möchte noch betonen, das war nicht abgesprochen, damit ich Geheimnisse aus dem Amtsbericht preisgeben kann. Genosse Enöckl hat das gesagt, es geht um folgendes, daß die Stadtgemeinde natürlich die Rechte im Verhandlungsweg mit dem Grundstückseigentümer voll anerkennt. Das war ja auch immer ein Grundsatz unserer Partei, die Eigentumsrechte der Besitzer zu achten. Aber es gibt gewisse Grenzen. Und wenn diese Grenzen erreicht werden, indem jemand mehr als S 700,- für einen Straßengrund verlangt, der unwerthbar ist, also keinen wertvollen Baugrund darstellt, dann sind die Grenzen für die Stadt Steyr erreicht und das ist im gegenständlichen Fall eingetreten. Es ist da ein Erbe da - wir wollen ja nicht auf familiäre Verhältnisse eingehen, aber so geht das nicht weiter, daß S 1.000,- oder S 1.300,- für Straßengräben gefordert werden. Da ist einmal eine Grenze, die ist da erreicht. Wenn er möchte, daß das so weitergeht, - wir machen das ja in Gut-Will-Tour diese Gehsteigerstellung, im Einvernehmen mit der Landesregierung. Die Landesregierung tut nicht lange herum, die macht zuerst eine Enteignungsverhandlung und dann wird erst ausgemessen und der Grund abgetreten und bezahlt. Da bekommen sie bei Gott keine S 700,-. Wenn also die S 700,- zu wenig sind, machen wir es einmal anders. Das ist jetzt dem Besitzer nahegebracht worden, er soll sich da sin Ruhe überlegen und nicht Kasperltheater aufführen mit den Vertretern der Stadt. Das ist ja nicht im Interesse des Bauamtes oder in meinem Interesse, sondern der Benützer, die auf dieser Straße gehen wollen. Das mit den Wartehäusern stimmt auch. Dieser Vertrag paßt mir auch schon lange nicht und ich habe als Vertreter des Pensionistenverbandes schon mehrmals beim zuständigen Referenten für die Verkehrsbetriebe urgiert. Denn es ist gelinde gesagt eine Schwachheit der Verkehrsbetriebe, die müssen ja schauen, daß für ihre Kunden Unterstände herkommen und nicht daß unsere alten Leute dort stehen müssen und passen müssen. Es wurde mir mitgeteilt, daß der Zustand sowieso in Kürze sich ändert, weil die Linienführung der Verkehrslinien im Resthof sich ändert und nichts geschieht. Es ändert sich weder die Linienführung. Das paßt zwar nicht dazu, das muß ich sagen. Ich fordere, daß diese Verträge geändert werden und daß die Leute eine bequeme

Wartestelle bekommen.

Bezüglich des Hangweges. Das paßt zwar nicht dazu, aber das ist im Frühjahr immer so, daß erdgebundene Wege aufgehen und es gehen sehr viele darüber. Der Wirtschaftshof hat im Herbst noch den Abstieg hergerichtet mit Lärchenstufen und dergleichen und die Resthofer haben mir gesagt, sie sind sehr zufrieden. Jetzt kommen wir wieder zu etwas anderem. Es gibt auch hier einen Grundbesitzer, der dauernd etwas will von der Stadt, von der Subvention angefangen für Sportstätten bis zu anderem. Aber er weigert sich, diesen Weg, der der Allgemeinheit dient, der die Leute zu seiner Sportstätte bringt, das zu verkaufen gegen gutes Geld. Er möchte die Riesenparzelle verkaufen, wo der Weg durchführt. Es ist sein Recht, das zu verlangen, aber es ist auch das Recht der Stadt zu sagen, wir können nicht wegen einem Fußweg, wo schon 35 Jahre lang die Leute gehen, wo sowieso ein öffentliches Recht darauf ist, die ganzen Parzellen zum Baupreis kaufen. Daß es da auch noch andere Anrainer gibt, die irrsinnige Umwidmungen wollen von Grünland in Bauland und dadurch hunderttausende Gewinn nur durch die Umwidmung erzielen wollen. Alles wegen einem Wegerl. Das würde zu lange dauern, hier alles zu erzählen, was in den Verhandlungen für Unsinn geredet wird, bis man zu einem Ergebnis kommt.

Aber da möchte ich alle Proponenten der politischen Parteien aus der Gegend ersuchen und genau Dich, Kollege Spöck, und Dich Kollege Rohrauer, geht einmal hinunter mit einem Flascherl und redet mit denen, vielleicht ist es dann auf diesem Wege leichter, eine Einigung zu erzielen. Trotzdem ersuche ich, die Zustimmung dazu zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Lieber Erich, nachdem Du jetzt das Schlußwort gehabt hast und mit Deinem Beitrag an den Kollegen Steinmaßl etwas Grün in unseren Donnerstag gebracht hast, gebe ich Kollegen Steinmaßl das Wort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte ganz dezidiert und fest eines sagen. Die Agenden zur Erstellung, zur Wartung der Wartehäuschen bei unseren Bussen liegt ausschließlich bei der Stadtgemeinde und nicht im Verkehrsbetrieb. Das möchte ich klarstellen wissen. Deine Bemerkungen hättest Du Dir auch etwas überlegen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wir werden das aber trotzdem erledigen müssen. Wir schreiten zur Abstimmung über diesen Antrag und ich bitte, wer dem Antrag die Zustimmung gibt, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ERICH SABLİK:
Der nächste Antrag lautet:

30) SH-1024/90

Einkommensschwache Personengruppen: Brennstoffaktion.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1990 wird der Betrag von

S 770.000,--

(siebenhundertsiebzigtausend)

aus den bei der VSt. 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben. Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA V vom 8. 3. 1990 durchzuführen. Dem stadträtlichen Wohlfahrtsreferenten wird die Ermächtigung erteilt, wie in den Vorjahren in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bei geringfügigen Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich möchte dazu sagen, daß sich der Wohlfahrtsausschuß damit befaßt hat.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Tremli bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dem beantragten Heizungskostenzuschuß in der Höhe von je 1.000.- Schilling für einkommensschwache Personengruppen der Stadt, wie es so schön im Amtsblatt heißt, werde ich natürlich selbstverständlich, so wie im Prüfungsausschuß auch hier im Gemeinderat die Zustimmung geben. Denn eine Einzelofenheizung nach den derzeitigen Brennstoffkosten erfordert ja im Jahr durchschnittlich Kosten von S 4.000.- bis S 4.500.-, das ist ja ungefähr zwei Drittel eines Haushaltseinkommens einkommensschwacher Personen. Sie wissen auch, daß in unserer Stadt rund 41.000 Personen in 18.000 Haushalten wohnen. Davon haben 770 Haushalte, also Familien,, ein monatliches Haushaltseinkommen in Höhe der sogenannten Mindestpension. Und die beträgt für

einen Alleinstehenden derzeit S 5.434,- und für ein Ehepaar S 7.784,-. Das heißt, anders ausgedrückt, nicht wenige Mitbürger leben in 770 Haushalten in unserer Stadt neben uns weit unter der Armutsgrenze. Dieses Beispiel zeigt ganz deutlich, daß wir noch viele sozialpolitische Probleme hier in diesem Land und auch in der Stadt Steyr zu lösen haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Noch eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Und zwar zum Thema einkommensschwache Personen. Es gibt Probleme mit der Sozialhilfe und ich weiß, daß die Stadt nicht unbedingt dafür zuständig ist, sondern vor allem das Land. Ich möchte das aber hier einmal kurz beschreiben und anreißen, daß ich das sehr wichtig fände, daß die Sozialhilfeleistungen, die seitens der Stadtgemeinde als Pflichtleistung erbracht werden nach dem Landesgesetz, daß die zum momentanen Zeitpunkt rückzahlungspflichtig sind. Das ist das Problem, daß jemand, der ein ganz niedriges Taschengeld mehr oder minder bekommt, dann fängt er irgend eine Arbeit an, dann wird er mehr oder minder gepfändet und das wird zwangsweise nach Gesetz eingefordert. Das muß auch die Stadt machen. Ich würde vorschlagen, daß die Stadt, soweit es in ihrer Macht steht, und ich glaube, das ist ja nicht ganz unwesentlich bezüglich Herrn Landesrat Reichl, versucht, dieses Gesetz abzuändern. Daß vielleicht durch einen Anerkennungsbeitrag seitens der Sozialhilfeempfänger das abgegolten wird und nicht durch diese Rückzahlung. Ich habe Gespräche geführt mit Jugendlichen, denen es wirklich nicht sehr gut geht, die wären schon bereit, einzusteigen in ein Kursprogramm und später vielleicht in eine Arbeit, aber das hindert sie wirklich daran, es zu tun.

Da appelliere ich an die Stadtgemeinde, da etwas zu unternehmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Sablik bitte.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Laut oö. Landesgesetz ist es der Stadt nicht möglich, auf die Rückzahlung zu verzichten. Die Sozialhilfe hat nicht die Stellung eines Einkommens, die man sich holt, sondern hat nur den Zweck, eine gewisse Zeitspanne im Leben eines Menschen, der aus irgend einem Grund kein Einkommen hat, zu überbrücken. Sofern er keine Arbeitslosenunterstützung oder sonstige Leistungen aus irgend einer Sozialversiche-

rung bekommt. Es ist uns sehr wohl bekannt, daß manche, die sehr lange Sozialhilfe beziehen, schon aus der Höhe des Schuldenberges heraus jede Lust an der Arbeit für die Zukunft verlieren, weil sie eben befürchten müssen und wissen, daß sie dann die Sozialhilfe zurückzahlen müssen. Es ist aber ein zutiefst menschliches Problem und wird sich hier nicht lösen lassen. Es ist ein politisches Problem, wie weit man einer solchen Frage nahtritt. Es ist auch zu bedenken, daß ein gewisses Unverständnis in Teilen der Bevölkerung herrscht, wenn es um die Sozialhilfe im allgemeinen geht.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Aber auch mit Berechtigung.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Es ist ja auch kein Geheimnis, daß nicht jeder die Sozialhilfe nur als eine möglichst kurzzeitige Überbrückung einer Notlage ansieht, sondern das als Ersatz für eine fehlende Pensionsleistung nimmt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Genau bis zur Pension!

STADTRAT ERICH SABLIK:
Wie gesagt, diese Frage können wir hier sicher nicht lösen, das ist eine politische Frage. Wir sind als Stadt mit eigenem Statut an das Gesetz gebunden.
Zur Frage der Kohlenaktion, der Brennstoffaktion. Kollege Tremml sagt das schon seit 20 Jahren und seit 20 Jahren sagen wir darauf, wir erhöhen diesen Betrag. Es kommt darauf an, ob es ein kalter Winter war oder nicht. Wenn es ein kalter Winter war, haben wir noch jedesmal eine zusätzliche Aktion gemacht. Wenn es nach Kollegen Tremml ginge, ..

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Es gibt ja keine Armut!

STADTRAT ERICH SABLIK:
.. dann würden wir ja die Grenzen der Stadt weit überschreiten, die uns gezogen sind, und zwar vom Budget.
Ich bin gerade heimgekommen von einer Reise durch die DDR, CSFR. Dort sieht man sehr deutlich durch jahrelange Tätigkeit die von Dir vertretene Meinung. Es darf nichts etwas kosten, wir müssen alles hergeben, ohne Grenzen zu ziehen. Genau die dort sind damit unter die Räder gekommen, die Du hier zu schützen vorgibst.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Lasse Dich einmal aufklären von Deinem Be-

zirksobmann, wenn er so einen Blödsinn sagt.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Wir sind reichlich aufgeklärt worden durch alle politischen Schwankungen, die Du mitgemacht hast und Du warst immer im Recht.
Ich ersuche um Zustimmung zur Durchführung dieser Aktion.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Der nächste Antrag betrifft:

31) Bau3-610/90
Asphaltierungsprogramm 1990 inkl.
Ausbau der Zufahrt Campingplatz;
Vergabe der Arbeiten und
Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 3. 4. 1990 wird der Auftrag zur Durchführung des Asphaltierungsprogrammes 1990 inkl. dem weiteren Ausbau der Zufahrt Campingplatz Münchenholz, analog der diesem Amtsbericht angeschlossenen Zusammenstellung an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH, Steyr, zum Preise von S 2,803.064,40 inkl. MWSt. übertragen. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2,500.000,--

(zwei Millionen fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002000.7 und im Ausmaß von

S 300.000,--

(dreihunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002810.9 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:
Der nächste Antrag lautet:

32) Bau3-7320/89
Baugrubenumschließung der

**Bahnunterführung Messererstraße;
Vergabe der Arbeiten und Mittelfrei-
gabe.**

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9.
4. 1990 wird der Auftrag zur Baugrubenum-
schließung der Bahnunterführung Messerer-
straße an die Fa. HENO-Bau-GesmbH, Steyr,
zum Preise von S 1,262.109,26 inkl. MWSt.
übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel im
Ausmaß von

S 1,263.000,--

(eine Million zweihundertdreißigtau-
send)

werden bei der VA-Stelle 5/6120/002030.4
freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der
Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für
die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses
Beschlusses ermächtigt.

Auch hier ersuche ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Treml hat sich dazu gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen
und Herren des Gemeinderates!
Dem Gemeinderat ist ja meine Stellungnahme
vom Februar dieses Jahres bekannt, daß ich
als Vertreter der KPÖ-Fraktion den Kooperati-
onsvertrag mit der Z-Leasing-Gesellschaft
mbH abgelehnt habe. In diesem Vertrag ver-
pflichtet sich die Stadt Steyr, die erforderlichen
Aufschließungsarbeiten des Industriegrund-
stückes in der Gesamthöhe von mehr als 40
Millionen Schilling zu finanzieren. Dazu gehört
auch die Errichtung der Aufschließungsstraße
über die Verlängerung der Messererstraße
durch eine Unterführung - eigentlich sind es
zwei - samt Weiterführung der Straße und Ka-
nalausleitung bis zur Einbindung in die beste-
hende Gußwerkstraße. Der Mittelfreigabe von
1,263.000 Schilling für die Baugrubenschlie-
ßung der Bahnunterführung Messererstraße
werde ich nun doch aus folgenden Gründen
die Zustimmung geben. Im Zusammenhang
mit der Erstellung des Voranschlages 1990
verlangte ich in der Budgetdebatte die Ent-
lastung des innerstädtischen Verkehrs durch die
Errichtung einer vierten Ennsbrücke. Ich ha-
be im Zusammenhang mit der geplanten
Errichtung dieser Ennsbrücke und der vorge-
sehenen Einbindung in die Haager Straße dem
Gemeinderat einen Vorschlag unterbreitet,
daß die Weiterführung nicht über die Haager
Straße, sondern über die Messerer Straße bis
zur Gußwerkstraße erfolgen soll. Dadurch
kann die Lärmbelastung der Bevölkerung,

vor allem der Siedlung Münchenholz, in der sich
- wie Sie auch wissen - zwei Schulen in unmit-
telbarer Nähe der Haager Straße befinden,
hintangehalten werden. Mit der Errichtung der
zwei Bahnunterführungen in der Messerer
Straße kann die von mir vorgeschlagene Stra-
ßenführung hangseitig hinter dem Wälzlager-
werk mit Einbindung in die Seitenstettner
Straße realisiert werden. Das ist ein Grund da-
für, daß ich auch für dieses Projekt die Zu-
stimmung gebe. Ich sehe dabei, möchte ich
sagen, die erste Etappe der zukünftigen Stadt-
umfahrung. Nämlich Bau bzw. Errichtung der
Nordspange, Bau der 4. Ennsbrücke angren-
zend an die Mülldeponie, Weiterführung der
Umfahrungsstraße Richtung Ramingdorf eben
bis zu dieser Messerer Straße, Fortführung
durch die zwei Bahnunterführungen bis zur
Gußwerkstraße und in der Folge der Ausbau
der Gußwerkstraße geringfügig bis zur Einbin-
dung Seitenstettner Straße. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung?
Wünscht der Referent ein Schlußwort? Das ist
nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung
und ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer
zustimmt? Danke. Gegenprobe? Stimmenthal-
tung? 1 Stimmenthaltung(GAL), damit ist der
Antrag angenommen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Der nächste Antrag lautet:

33) Bau3-1240/81

Ausbau der August-Moser- und der Feld-
straße sowie Errichtung zweier
Haltebuchten in der Steiner Straße; 2.
Baurate; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 28. 9. 1989 wurde der
Auftrag zum Ausbau der August-Moser-Straße
und der Feldstraße sowie der Errichtung
zweier Haltebuchten in der Steiner Straße an
die Fa. Zwettler Bau-GesmbH zum Preise von
S 2,241.470,- inkl. MWSt. übertragen. Gleich-
zeitig wurde ein Betrag von S 1,570.000,- als
1. Baurate für das Jahr 1989 freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom
19. 4. 1990 wird nunmehr der Freigabe der
Restmittel, der 2. Baurate, in Höhe von S
671.470,40 zugestimmt. Die hierfür erforderli-
chen Mittel im Ausmaß von

S 671.500,--

(sechshunderteinundsiebzigtausendfünfhun-
dert)

werden bei der VA-Stelle 5/6120/002190.6
freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der
Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für

die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf auch um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:
Mein letzter Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat hat folgenden Wortlaut:

34) Bau3-4700/85
Bau6-1074/88
Straßenbau Steyrdorf im Zuge der Kanalisation; Antrag auf Auftragsverweiterung und Mittelfreigabe für die Neugestaltung der Frauengasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit GR-Beschluß vom 31. 1. 1989 wurde der Auftrag zum Neubau der Kanalisation Steyrdorf an die ARGE Kanal Steyrdorf, Fa. Mayr-Bau-GesmbH und Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 12.484.076,20 für den Kanalbau, von S 2.933.508,90 für den Straßenbau und von S 84.672,- für die Straßenbeleuchtung vergeben.
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 30. 4. 1990 wird nunmehr im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Frauengasse einer Auftragsverweiterung an die Fa. Mayr-Bau-GesmbH zum Preise von S 1.220.524,70 inkl. MWSt. (Straßenbaukosten) zugestimmt. Gleichzeitig wird der Auftrag zur Durchführung der für die Herstellung der Wasserversorgung des geplanten Brunnens erforderlichen Installationsarbeiten an die Fa. Haas zum Anbotspreis von S 14.495,94 zugestimmt. Für die Errichtung der Straßenbeleuchtung wird der Auftragsvergabe an nachstehende Firmen zugestimmt:

- | | |
|---|------------------|
| 1. E-Material: Fa. Kammerhofer, Steyr, | 5.760,-- |
| 2. Masten: Fa. Austria Email, Wien | 4.027,203. |
| Leuchten: Fa. Koranda, Wien | 14.946,-- |
| 4. Ausleger: Fa. Weichselbaumer, Steyr, | 15.554,40 |
| 5. Malerarbeiten: Fa. Kufner, Steyr | 3.600,-- |
| | <u>43.887,60</u> |

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 800.000,--

(achthunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002640.0 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung bei der

gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier ersuche ich um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wortmeldungen gewünscht? Keine. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu heben? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

Meine Damen und Herren und unterbreche nun die Sitzung für eine kurze Lüftungspause.

Pause von 17.25 bis 17.40 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort und ich bitte Kollegen Schloßgangl um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der erste Antrag betrifft Flächenwidmungsplanänderung Nr. 70 - Erwin Hofer.

35) Bau2-1009/89
Flächenwidmungsplanänderung Nr. 70 - Erwin Hofer.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 70 - Erwin Hofer - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 23. Jänner 1989 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 15. März 1990, nach § 23 Abs. 2 und 3 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1972 idGF, beschlossen.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Zu diesem Antrag gibt es massive Einwände seitens des Raumordnungsgesetzes der OÖ. Landesregierung, und zwar aus dem Bereich Naturschutz, Agrar und Wasserbau und wir stimmen seitens der GAL nicht zu, da die Begründung des Stadtbauamtes zu mangelhaft

erscheint. Es ist da wirklich nicht genau ersichtlich, warum diese sicherlich nicht begründeten Einwände seitens des Landes nicht berücksichtigt werden. Ich würde mir vorstellen, daß in diesem Zusammenhang - ich habe das im Finanz- und Rechtsausschuß auch schon gesagt - die Stadt eine genaue Planung vorlegt, wo sie in Zukunft Naherholungsgebiete haben will, wo sie Bauland haben will. Ich finde die derzeitige Situation nicht so günstig, stückerweise werden Grünflächen in Bauland umgewidmet und es erfolgt ein ziemlicher Wildwuchs. Sowohl bei Industrieanlagen, Betriebsansiedlungen, als auch von Wohnvierteln und Siedlungsgebieten. Ich würde wünschen, daß da ein Konzept erarbeitet wird, wo will die Stadt Erholungsgebiete haben, wo will sie verbaute Gründe haben? Ich bin mir schon dessen bewußt, daß Steyr im Umland sehr viel Natur hat, aber ich glaube trotzdem, daß es für die Bevölkerung, die direkt in den Stadtteilen ihre vertrauten Grünflächen und Erholungsgebiete hat, das trotzdem sehr wichtig ist und man sollte damit sehr sensibel umgehen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. wünscht noch jemand das Wort dazu? Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Das Schlußwort ist ja an und für sich aus dem Amtsbericht ersichtlich, warum die Umwidmung vorgenommen werden soll. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Der nächste Antrag lautet:

- 36) Bau2-460/88
Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr - Überarbeitung im Zuge der regelmäßigen 5jährigen Überprüfung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr in der Form der Überarbeitung des rechtsgültigen Flächenwidmungsplanes im Zuge des Verfahrens gemäß § 22 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 18/1972 idgF (regelmäßige Überprüfung), wird nach Maßgabe des Amtsberichtes

der MA XI vom 19. April 1990 und entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes - Flächenwidmungsplanänderungen Nr. 43, 51, 56, 61, 62, 64 bis 66 - beschlossen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Der nächste Antrag behandelt die Kanalisation Steinwändweg.

- 37) Bau6-6275/89
Kanalisation Steinwändweg;
Antrag um Zustimmung zur Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 26. 4. 1990 werden die Arbeiten zur Herstellung der Kanalisation Steinwändweg samt Straßenherstellung und Wasserleitungsumlegung (Teil A) und der Straßenbeleuchtung (Teil B) an die ARGE Negrelli-Ilma, Steyr, zum Preise von netto S 4.667.617,40 für den Teil A und brutto S 283.740,- für den Teil B vergeben. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 4.494.500,-

(vier Millionen vierhundertvierundneunzigtausendfünfhundert)

bei der VA-Stelle 5/8110/050050.2 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 5.500,-

(fünftausendfünfhundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Die Freigabe der restlichen Mittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Ich bitte auch, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Fragen? Kollege Enöckl bittet!

GEMEINDERAT FRANZ ENÖCKL:
Geschätztes Präsidium, ich möchte mir zu diesem Tagesordnungspunkt ein paar Sätze erlauben. Es ist ein Siedlungsgebiet direkt neben der Groß-Kläranlage Niederhausleithen und wir schließen diesen Bereich relativ spät an. Die Planungen haben bereits im Jahre 1972 begonnen, wurden durch verschiedene Um-

stände hinausgezögert und verschoben. Das hat natürlich auch sein Gutes gehabt. In der Zwischenzeit - spät aber doch - können wir jetzt heute den Beschluß fassen und wir sind am letzten Stand der Technik einerseits und der veränderten Anschlußmöglichkeiten, die die Techniker gesucht haben, andererseits angelangt.

Warum ich mich aber gemeldet habe, ist, daß aufgrund der Straßenverhältnisse - die Straßenbreite ist dort nur 3 Meter oder weniger - einfach schwierige Verhältnisse für die dortigen Bewohner, Hausbesitzer und natürlich auch für die Baufirmen gegeben sind. Ich möchte darauf hinweisen, und darum ersuche ich eindringlich, daß die Zufahrtsmöglichkeiten, nachdem dieser Straßenzug nur einspurig ist, das heißt, keine zweite Straße beinhaltet, muß ja der Verkehr im Vor- und Rückwärtsgang durchgeführt werden. Das ist aufgrund der Baustellenauslegung einfach nicht möglich. Das stammt nicht von mir, sondern von den Baufachleuten. Ich ersuche daher, alles zu unternehmen, die Zufahrtsmöglichkeiten für die Einsatzfahrzeuge, alle, die man darunter versteht, frei zu halten. Ich könnte mir vorstellen, daß wir einfach den Gehweg durch die Lauberleite, wo ja die Kanaltrasse liegt, einfach für diese Fahrzeuge freigeben. Sonst haben wir überhaupt keine Chance, daß wir das dort in Griff bekommen, daß eine Zufahrt für Einsatzfahrzeuge einfach gesichert ist. Das ist das eine.

Ich möchte natürlich auch sagen, erfreuliche Aspekte im Zusammenhang mit dieser Baustelle habe ich natürlich auch festgestellt und auch die möchte ich hier aussprechen.

Wir sind seit längerem endlich dazu übergegangen, daß alle Energieversorgungsleitungen in einem Bauabschnitt eingebracht werden. Das finde ich auch in diesem Bereich total positiv, denn wir haben dort Wasser, Gas, Telefon und natürlich im besonderen den Kanalstrang einzubringen.

Noch eine Bitte muß ich aussprechen. Nach Abschluß dieser Bauarbeiten am Steinwändweg ist dieser Bereich noch nicht voll kanalisiert und ich ersuche heute schon, so wie vorgesehen, aufgrund der vorgegebenen Daten - die stammen vom Bauamt - daß die Fortführung im Jahre 1991 im restlichen Teil, im Bereich Hausleithen, wie geplant durchgezogen wird, damit wir einen geschlossenen Bereich in diesem Entsorgungsbereich zur Verfügung haben. Ich glaube, die hohen Entsorgungskosten der Firmen, die die Fäkalien dort 3, 4 mal oder noch öfter im Jahr bei den Hausbesitzern auspumpen, rechtfertigen auch für diesen Personenkreis, für den restlichen Teil der Bewohner, die jetzt nicht zum Zug kommen, den endgülti-

gen Kanalbauabschluß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollege Enöckl. Zur Aufklärung möchte ich sagen, daß wir selbstverständlich interessiert sind, daß die Arbeiten in diesem Bereich abgeschlossen werden. Sie dauern wirklich verhältnismäßig lange und die angeführten Hinweise sind durchaus berechtigt. Natürlich wird man auch Überlegungen anzustellen haben, wie die verkehrsmäßige Aufschließung in diesem Bereich künftighin aussieht. Es wird in einem generellen Verkehrskonzept auszuarbeiten sein. Ich danke für die Hinweise, wir werden sie nicht nur weitergeben, sondern auch entsprechend beobachten und hoffen, daß wir zu Lösungen kommen die die dortigen Anrainer zufriedenstellen. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Referent ein Schlußwort?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ganz kurz vielleicht. Es ist bekannt, daß diese Baustelle sehr schwierig ist aufgrund dieses Weges bzw. Straßenstückes. Es muß der gesamte Verkehr gesperrt werden. Allerdings für Einsatzfahrzeuge und für die Zustellung und Zulieferung zum Sandmayr wird man eine Ausnahme über die Lauberleite machen. Es wird auch, soviel ich weiß, die Bevölkerung seitens des Bürgermeisters um Verständnis gebeten werden, daß diese Maßnahmen gemacht werden müssen und man wird sich bemühen, die Baustelle so rasch als möglich abzuwickeln. Aber ohne Sperre ist dieser Kanal dort nicht unterzubringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag die Zustimmung gibt? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Steyrdorf.

38) Bau6-1074/88

Bau3-4700/85

Errichtung Kanalisation Steyrdorf NS Direktionsstraße und Frauenstiege NK Pfefferweg, Sierninger Straße 2, Fabrikstraße und Badgasse; Straßenbauarbeiten Direktions-, Sierninger-,

Fabrikstraße und Unterer
Michaelerplatz; Antrag um
Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 31. 1. 1989 wurde der Auftragsvergabe zum Neubau der Kanalisation Steyrdorf an die ARGE Kanal Steyrdorf, Fa. Mayr Bau-GesmbH und Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 12.484.076,20 für den Kanalbau, von S 2.933.508,90 für den Straßenbau und von S 84.672,- für die Straßenbeleuchtung zugestimmt.

Mit Beschluß des Stadtsenates vom 6. 7. 1989 wurden zu diesem Zweck Mittel für das Jahr 1989 im Ausmaß von S 6.970.000,- für den Kanalbau und von S 3.220.000,- für den Straßenbau und die Beleuchtung freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 20. 3. 1990 wird nunmehr zur Begleichung von weiteren Teilrechnungen der Mittelfreigabe in Höhe von S 5.000.000,- exkl. MWSt. für den Kanalbau, von S 500.000,- inkl. MWSt. für den Straßenbau Direktionsstraße und von S 250.000,- inkl. MWSt. für den Straßenbau Fabrikstraße zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 5.000.000,-
(fünf Millionen)

bei der VA-Stelle 5/8110/050420.7,

S 500.000,-

(fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002630.1 und

S 250.000,-

(zweihundertfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002470.2 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Nur ganz kurz. Ich werde mich da der Stimme enthalten, weil ich finde, daß im Rahmen dieser Asphaltierung und Pflasterung, daß da mit zweierlei Maß gemessen wird. Daß im Altstadtbereich Innere Stadt es gar keine Frage ist, daß z. B. die Enge gepflastert wird. Im Bereich Sierninger Straße, was eigentlich auch zum Altstadtbereich gehört, macht man diese Bänderung und dann wieder Asphaltstücke. Ich glaube, daß das vom optischen Eindruck auch die Bevölkerung zum Großteil angenom-

men hat. Aber es ist irgendwie schade, daß die Stadt so in Richtung Tourismus, Fremdenverkehr, das nicht nützt und die paar hunderttausend Schilling, die das mehr gekostet hätte, in Kauf genommen und generell gepflastert hätte. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu?

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Darf ich dazu kurz anmerken, es wurden verschiedene Varianten der Straßenoberfläche beschlossen. Es existiert ja ein Beirat Steyrdorf und von seiten des Bauamtes, Ing. Schmid, wurden zeichnerisch sehr schöne Darstellungen gegeben, wie man diese Straßenoberfläche gestalten kann und es wurde dort einstimmig die jetzige Lösung gutgeheißen. Ich will nicht ins Detail gehen, aber mit der Verlegung der Kanalauslässe, der Regenrinne, damit die Fußgeher dort immer angespritzt werden, wenn ein Auto vorbeifährt, hätte es große Probleme gegeben. Jetzt ist es so, daß das Gefälle praktisch nur ganz kurz vom Gehsteig weg bis zur Straße geht und dann neben der Straße die Rinne war beidseitig, das bringt man weg. Diese Bänderung ist an und für sich eine durchaus akzeptable Lösung und wird von den Betroffenen im Gebiet Steyrdorf gutgeheißen. Daher ist diese Kritik sicherlich nicht ganz angebracht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltung? 1 Enthaltung (GAL), der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Der letzte Antrag betrifft die Aufschließung Fachschulstraße.

39) Bau6-7900/89

Bau3-5515/89

Aufschließung Fachschulstraße; NK C' und C''; Kanalisation Schlüsselfriedhofssiedlung; NK A und A' An der Enns und NK B; Antrag um Zustimmung zur Vorgangsweise und Vergabe der Auftragssteile A, B und D an den Billigsbieter.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 14. 3. 1990 wird im Zusammenhang mit der Aufschließung Fachschulstraße und Schlüsselfriedhofssiedlung der Auftragsvergabe zur Durch-

führung nachstehender Arbeiten an die Fa. Adami, Steyr, zugestimmt.

1. Kanalbau (Teil A) zum Preise von S 1,602.000,- (exkl. MWSt).

2. Beleuchtung (Teil B) zum Preise von S 90.240,- (inkl. MWSt)

3. Straßenbau (Teil D) zum Preise von S 1,068.072,- (inkl. MWSt)

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 1,000.000,-
(eine Million)

bei der VA-Stelle 5/6120/002700.2 und S 240.000,-

(zweihundertvierzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/050390.2 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,362.000,-

(eine Million dreihundertzweiundsechzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/050390.2 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Keine. Gibt es gegenteilige Auffassungen oder Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei meinem ersten Antrag geht es um die Refundierung der Kosten zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung für das Jahr 1989.

40) ÖAG-2086/84

Stadtwerke

Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr, buchhaltung, vom 24. 1. 1990 wird der Refundierung der Kosten zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung für das Jahr 1989 in der Höhe von S 681.763,20 zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 681.800,-

(sechshunderteinundachtzigtausendachthundert)

werden bei der VA-Stelle 1/8790/728000.7 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Errichtung diverser Erdgasreduzierstationen im Hochdrucknetz des Gaswerkes.

41) ÖAG-1816/90

Stadtwerke

Errichtung diverser Erdgasreduzierstationen im Hochdrucknetz des Gaswerkes
Steyr - Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 6. 3. 1990 werden im Zusammenhang mit der Errichtung diverser Erdgasreduzierstationen im Hochdrucknetz des Gaswerkes Steyr nachstehende Aufträge vergeben:

1. Installationsarbeiten mit Lieferung der Regel-, Absperr- und Steuerorgane sowie Stahlblechschrank für die Erdgasstationen Reindgutstraße, Steinwändweg und Postgebäude Gleink; Fa. Integral Montage-GesmbH, Wallern/Wels zum Preise von

878.455,- (exkl. USt)

2. Dichtheits- und Funktionsprüfung gemäß der Druckbehälterverordnung: TÜV Linz zum Preise von ca.

30.000,- (exkl. USt)

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Auch hier Einstimmigkeit.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung des Ortsnetzes Gleink sollen nachstehende Aufträge vergeben werden.

42) ÖAG-2391/90

Stadtwerke

Erdgasaufschließung Ortsnetz Gleink; Auftragsver-

gaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 26. 3. 1990 werden im Zusammenhang mit der Erdgasanschließung des Ortsnetzes Gleink nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten: Bietergemeinschaft Mayr Bau-GesmbH und Hamberger Bau-GesmbH, Steyr, zum Preise von

1.263.600,- (exkl. USt)

2. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof zum Preise von

16.000,- (exkl. USt)

3. Abnahme der verlegten Rohrstränge durch den TÜV: Organe des TÜV, Filiale Linz, zum Preise von ca.

12.000,- (exkl. USt)

Die für die Verlegung erforderlichen Sphärogußrohre (ca. 350 lfm DN 150 und ca. 990 lfm DN 100) zum Gesamtpreis von S 867.000,- (exkl. USt). sind aus dem mit StS-Beschluß vom 1. 3. 1990 genehmigten Rohrlager zu entnehmen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Vizebürgermeister Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Diese Wortmeldung wird ziemlich kurz abgehen. Ich glaube, man hat einen strategischen Fehler gemacht bei der Erhebung des Anschlußbedarfes in Gleink. Es ist, soweit es mir bekannt wurde, eher nur in der Umgebung des Postamtes, im innersten Teil von Gleink, erhoben worden, wer anschlusswillig ist, und in weiten Gebieten im Siedlungsbereich nicht erhoben worden. Wollte man dabei vermeiden, daß die Interessenten in allzu großer Zahl antreten, wollte man Leitungskosten vermeiden. Ich weiß es nicht, aber ich stelle fest, daß das ein Fehler war zu einer Zeit, wo man die Heizquellen umstellt in einem Gebiet, wo die Häuser nicht alle jüngsten Datums sind, wo die Heizungsanlagen an sich zu erneuern wären. Da hätte der Bürger schon einen Anspruch darauf, daß er erfährt, hat er die Chance, einen Gasanschluß zu bekommen oder nicht. Der Bürger muß sich ja in seiner Investition genau so wirtschaftlich verhalten, wie es die Stadt auch tun sollte. Ich meine, man sollte dieses Versäumen sehr schnell nachholen und dort,

wo Anschlüsse begonnen werden, nicht nur mit Stichsträngen die Anschlüsse zu machen und zu sagen, Gas haben wir schon dort, jetzt sollen die Leute zuzeln kommen. Wenn genug beisammen sind, graben wir wieder ein Stück. Man sollte wirklich an ein Konzept gehen, daß man diese peripheren Stadtteile mit Siedlungsgebiet, wenn schon der Erdgasstrang in das Siedlungsgebiet gekommen ist, daß man dort auch wirklich konzentriert an die Anschlüsse geht. Das wäre wirklich mein Wunsch, man hat sich da allzusehr auf das Einzugsgebiet beim Postamt konzentriert und in den Siedlungsbereichen leider einiges außer acht gelassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Spanring bitte.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:
Etwas muß ich schon dazu sagen. Es ist an sich richtig, daß noch keine offizielle Aufforderung der Gleinker Bevölkerung, zum Gasanschluß Stellung zu nehmen, ergangen ist. Es ist aber so, daß in den Siedlungsgebieten selbst sehr wohl Gespräche stattgefunden haben mit den Siedlern und den Leuten über die Möglichkeiten des Gases. Man kann vielleicht sagen, es ist ein kleines Versäumnis, daß man das nicht intensiver betrieben hat. Aber es ist in unserem Interesse und auch in unserem Sinne, in kürzester Zeit in Gleink eine Art Frageaktion durchzuführen, Informationsmaterial in Gleink unterzubringen, um die Vorstellungen der Gleinker Bevölkerung in Richtung Gasanschluß kundzutun.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Noch jemand? Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Ich darf zur Aufklärung vielleicht eines sagen, daß dies ja der erste Bauabschnitt ist in Gleink, daß selbstverständlich bei der weiteren Bauauführung auch die privaten Haushalte verständigt bzw. gefragt werden, ob sie an einem Anschluß interessiert sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenprobe? Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Einbau von Odorierungsanlagen.

43) ÖAG-2452/90

Stadtwerke
Städt. Gaswerk - Einbau einer neuen Odorierungsanlage in den Erdgasübernahmestationen mit der OÖ. Ferngas - Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 29. 3. 1990 wird der Auftragsvergabe zum Einbau und zur Lieferung von 3 Odorierungsanlagen der Fa. LEWA an die Fa. Integral-Montage-GesmbH, Wallern, zum Preise von S 449.492,- exkl. USt. zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Bei meinem letzten Antrag geht es um die Erdgasaufschließung Gründbergsiedlung.

44) ÖAG-2451/90

Stadtwerke
Erdgasaufschließung Gründbergsiedlung; 1. Teil - Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 29. 3. 1990 werden in Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Gründbergsiedlung, 1. Teil, bei gleichzeitiger Neuverlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung, nachstehende Aufträge vergeben:
1. tiefbauarbeiten: Fa. Asphalt & Beton, Steyr, zum Preise von
1,241.528.-- exkl. USt.
2. Ankauf der PVC-Druckrohre, Formstücke und Absperrorgane: Fa. Kontinentale, Wels, zum Preise von 135.400.-- exkl. USt.
3. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof zum Preise von ca. 9.000.-- exkl. USt.
Die für die Verlegung erforderlichen Sphärogußrohre (ca. 590 lfm DN 200, 250 lfm DN 150, 100 lfm DN 100) zum Gesamtpreis von S 790.000,- exkl. USt. sind aus dem bei den Stadtwerken bestehenden Rohrlager zu entnehmen.
Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den

Stadtwerken aufzubringen.
Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.
Ich danke Kollegen Steinmaßl für seinen Vortrag. Nächster ist Kollege Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Mein erster Antrag bezieht sich auf den Ankauf von Maschinen und Werkzeugen für städtische Sportanlagen und die Stadtgärtnerei. Der Antrag lautet:

45) GHJ2-1048/90

Ankauf von Maschinen und Werkzeugen für städtische Sportanlagen und die Stadtgärtnerei, Blumauergasse 3.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 20. 3. 1990 wird im Zusammenhang mit dem Ankauf von Maschinen und Werkzeugen für städtische Sportanlagen und die Stadtgärtnerei Steyr den nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

SPORTANLAGE RENNBAHN

Lieferung eines Spindelmähers der Marke Jacobsen Type HM-11: Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von

499.800,- exkl. MWSt.

STADTGÄRTNEREI:

1. Lieferung eines Notstromaggregates der Marke Kawasaki, Type GA 2300: Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von

15.925,-- inkl. MWSt.

2. Lieferung einer Seilwinde Marke Multi-KBF: Fa. Rosenbauer, Leonding, zum Preise von

18.347,72 inkl. MWSt.

3. Lieferung einer Metallkreissäge Marke MACC, TRS 30: Fa. Gründler, Steyr, zum Preise von

26.090,50 inkl. MWSt.

4. Lieferung eines Rasenmähers der Marke Sabo, Type 52-151: Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von

23.553,50 inkl. MWSt.

5. Lieferung eines Anbaubandrechens Marke Agria: Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von

48.918,73 inkl. MWSt.

7) Lieferung von 2 Stück Rotationsmähern, Ransomes, Rotary 36 4T: Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von

107.916,82 inkl. MWSt.

7. Lieferung eines Einachsanhängers: Fa. obermayr, St. Ulrich, zum Preise von 42.924,-- inkl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 470.000,--

(vierhundert-siebzigttausend)

bei der VA-Stelle 1/2621/020000.5,

S 180.400,-- (einhundertachtzigtausendvierhundert)

bei der VA-Stelle 1/8150/020000.9,

S 60.400,--

(sechzigtausendvierhundert)

bei der VA-Stelle 1/8150/030000.7,

S 42.900,--

(zweiundvierzigtausendneuhundert)

bei der VA-Stelle 1/8150/040000.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 29.800,--

(neunundzwanzigttausendachthundert)

bei der VA-Stelle 1/2621/020000.5 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Darf ich um ein Zeichen mit der Hand bitten, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mein nächster Antrag behandelt den Ankauf einer Offsetdruckmaschine Format A 3 für die Hausdruckerei. Es ist eine Ersatzbeschaffung, da eine Generalüberholung dieser derzeitigen Maschine würde mindestens S 150.000,- kosten, wobei auch in Zukunft aufgrund des Alters der Maschine Reparaturen nicht ausgeschlossen werden können.

Der entsprechende Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

46) GHJ1-710/90

Ankauf einer Offsetdruckmaschine Format A 3 für die Hausdruckerei (Ersatzbeschaffung).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IV vom 14. 3. 1990 wird im Zusammenhang mit dem Ankauf einer Offsetdruckmaschine Format A 3

für die Hausdruckerei der Auftragsvergabe zur Lieferung einer Offsetdruckmaschine der Type "Heidelberger GTO 52" an die Fa. Berthold & Stempel zum Preise von S 773.770,60 inkl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 600.000,--

(sechshunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/0130/020300.4 freigegeben.

Die Freigabe des Restbetrages in Höhe von S 173.770,60 bleibt einer gesonderten Beschlußfassung im Jahre 1991 vorbehalten.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Vizebürgermeister Holub hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL
HOLUB:

Der Inhalt der jetzt folgenden Darstellung ist vermutlich schon bekannt. Es bricht jetzt nicht die große Überraschung aus, wenn ich sage, daß die ÖVP- Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen wird, weil das schon bekannt ist. Ich möchte nur die Motivation, warum wir diesem Antrag nicht beitreten können, noch einmal wiederholen und möchte eine Anregung oder Forderung stellen. Zum einen die Motivation. Ich glaube, daß wir sehr viel Geld aufwenden, um die Hausdruckerei in einen sehr hochtechnischen Zustand zu bringen. Wir haben im August vorigen Jahres eine EDV-Einrichtung um fast S 300.000,- gekauft für die Hausdruckerei, jetzt wird ein Heidelberger-Druckautomat angeschafft. Am Jahresanfang heuer wurde ein Computer für das Pressereferat angeschafft. Obwohl die Beteuerungen lauten, das Amtsblatt wird ohnehin nie in der Hausdruckerei gedruckt, stellt man fest, daß sowohl der Computer in der Pressestelle des Rathauses und der in der Hausdruckerei kompatibel sind, daß die Datenträger, die aus dem Pressereferat kommen, ohne weiteres auch in der Hausdruckerei eingesetzt werden könnten. Man kann nicht umhin zu zweifeln, ob es ganz so richtig ist, daß das Amtsblatt niemals in der Hausdruckerei gedruckt werden soll, wie es beteuert wird. Oder aber man muß sich die Frage stellen, ob nicht hinsichtlich der EDV in der Hausdruckerei overequipt wurde. Ich glaube nämlich, daß das eine sehr große Ausgabe ist, diese EDV einzusetzen für die geschilderten Bedürfnisse der Hausdruckerei, die im Amtsbericht beschrieben werden in Kartenducken und Essensmarken-Drucken, Kassablöcke für die Buchhaltung, Belege für das Standesamt, Essenbestellblöcke, Arbeitsauftragsblöcke für den städtischen Wirtschaftshof, GWG-Bestellscheinblöcke. Ich glaube, dazu braucht man ja im wesentlichen nicht unbedingt einen grafischen Computer, um solche Hausformulare herzustellen. Also muß schon etwas anderes auch dahinterliegen. Als loyalem Bürger dieser Stadt bleibt mir eigentlich nur die Vermutung über, daß es sich um die Absicht handelt, zeitungsähnliche Druckwerke zu schaffen. Nachdem die Stadt keine zeitungsähnlichen Druckwerke herausgibt außer das Amtsblatt, bleibt mir die nächste Schlußfolgerung nur über, offenbar bereitet man doch vor, das Amtsblatt hier zu planen oder man hat fehlinvestiert. Das ist die andere Alternative. Ich meine noch etwas anderes zusätzlich. Man müßte wirklich überprüfen, ob es nicht betriebswirtschaftlich vernünftiger wäre, diverse Druckerzeugnisse

außer Haus zu vergeben. Namhafte Betriebe haben sich ihrer Druckerei entledigt, haben sie veräußert, weil sie der Meinung sind, daß sie über die eingekaufte Dienstleistung sich besser versorgen können als über die eigen gebotene. Ich weiß schon, daß es auch Geldinstitute gibt, das wurde mir schon ein paar Mal sehr nett beteuert, die Hausdruckereien haben. Es steht mir nicht zu, die Sinnhaftigkeit dieser Investition in einem Geldinstitut hier zu diskutieren, weil ich es ja auch nicht verantworten muß, was in der Bank dort eingekauft wird. Aber interessant wäre es schon zu wissen, was wird denn eigentlich im Laufe eines Jahres gedruckt in der Hausdruckerei? Es wäre interessant, eine Aufstellung zu bekommen, das, das, das ist in der Hausdruckerei gedruckt worden. Und dann wäre es sehr interessant, eine Gegenkalkulation durchführen zu lassen von einer gewerblichen Druckerei, und gleichzeitig die Kosten der Hausdruckerei betriebswirtschaftlich einmal zu betrachten. Wenn wir davon ausgehen, daß das Personal zwar da ist, aber nichts kostet, dann wird es sicherlich richtig sein zu sagen, daß die Hausdruckerei billig ist - Argument, daß da üblicherweise gebraucht wird, das Personal müssen wir ohnehin bezahlen, also drucken wir auch. Klar, wenn es da ist, wird das Personal auch arbeiten müssen. Aber man wird dennoch überlegen müssen, wie weit schlagen sich die Gestehungskosten der einzelnen Drucksorten dann tatsächlich nieder? Es ist ja nicht so, daß nur die Hausdruckerei ein wirtschaftliches Element im Rathaus ist, sondern daß die ganze Stadtverwaltung auch ein wirtschaftliches Ganzes ist.

In diesem Sinne fordere ich wirklich eine Überprüfung 1. über den Druckumfang im Laufe eines Jahres und 2. die Gegenüberstellung in einem betriebswirtschaftlichen oder kostenrechnerischen Vergleich, unter Einbeziehung der Finanzmaßnahmen, die auch ein Unternehmen machen muß. Das heißt, die Abschreibung kalkulieren, das heißt, die Investition finanzieren, das heißt, die Reinvestition zu sichern durch die Abschreibung wird jetzt Kollege Zagler sagen. Natürlich, aber ich glaube, daß wir hier mit einem Zweig des Rathauses unwirtschaftlich umgehen. Sehr unwirtschaftlich umgehen, wie auf Seite 6 des Amtsberichtes hervorgeht, wo man lesen muß, was man früher schon von der Buschtrommel erfahren hat, daß die Hausdruckerei auch übersiedeln soll. Und zwar übersiedeln soll in den jetzigen Speisesaal, der noch gar nicht so alt ist, und in seinem sehr schönen Raum ist, der mit einem ansprechenden Äußeren hergestellt wurde vor

wenigen Jahren. Dort soll die Druckerei hinkommen, und der Speisesaal, der relativ neu ist, soll übersiedelt werden in den Amtssitzungssaal im Hof, so als ob es für diesen Saal nicht andere Zwecke auch gäbe. Ich halte das überhaupt für eine Fehlentwicklung, die Druckerei in dem räumlich so beengten Rathaus unterzuringen. Wenn übersiedelt werden muß, dann bitte überhaupt weg vom Rathaus in irgend ein außenstehendes Gebäude. Wenn man sucht, wird man auch Platz finden, nur wenn man nicht sucht, kann man ihn nicht finden. Ich halte das für eine wirkliche Fehlinvestition, die gemacht wird und es schreit ja nahezu zum Himmel, einen existierenden Speisesaal, der ganz gut ausgestattet ist, zu ruinieren, nur damit eine Druckmaschine komfortabel drinnen stehen kann. Das ist wirklich schlimm, was da passiert. Das steht jetzt hier nicht zur Debatte, weil ja die Übersiedlungskosten noch nicht beantragt werden. Aber nachdem es im Amtsbericht schon drinnen steht, und auch bei den Bestellmodalitäten auf die Tatsache, daß die Druckerei übersiedelt wird, Bezug genommen wird, ist die zweite Motivation zu sehen, daß, wenn man gewissenhaft denkt, man diesem Antrag unmöglich zustimmen kann. Unmöglich.

Ich fordere also erstens die soeben geschilderte Überprüfung der Hausdruckerei in der betriebswirtschaftlichen Überlegung, mit betrieblichen Kalkulationen bitte. Nicht Apfel mit Birnen, sondern Betrieb mit Betrieb. Und das so zu vergleichen. Wenn wir aber die Stadtwerke gelegentlich schimpfen und sagen, dort gibt es Probleme mit der Finanzierung und die Leitung der Stadtwerke sich da einiges an Kritik gefallen lassen muß, so muß auch für den Hoheitsbereich und für das Dienstleistungssegment im Hoheitsbereich ein gleicher Maßstab angelegt werden. Sonst ist das eine bittere Ungerechtigkeit an den Stadtwerken, die nicht an allem schuld tragen, wofür sie geschimpft werden. Z. B. die Unterkapitalisierung. Aber auch das steht hier nicht zur Debatte, ich wollte das nur zur ganzheitlichen Betrachtung hier mit einfügen. Wenn dort gemessen wird, ist es unfair, hier nicht zu messen. Wenn hier gemessen wird, dann wäre es unklug, nicht zu vergleichen, was günstiger ist, nämlich die Dienstleistung einzukaufen oder im derzeitigen Zustand weiter zu bleiben. Die Investition dieser Druckmaschine wird von mir in der Richtigkeit bezweifelt, nicht nur von mir, sondern auch von den Kollegen meiner Fraktion. Daher werden wir diese Zustimmung wirklich nicht geben. Ich verspreche auch ganz eisern, auch die Kosten, wenn sie hier in die-

sem Gemeinderat noch diskutiert werden müssen, für die Übersiedlung der Druckerei, werden ebenfalls Anlaß zur Kritik geben und wird uns auch sicherlich nicht vereinen. Bitte, liebe Freunde, findet Euch dazu, daß man nicht auf diese Art so sinnlos Geld vergebend. Bitte wirklich nicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Wortmeldung des Kollegen Holub veranlaßt mich, mich ebenfalls an der Diskussion zu beteiligen. Es ist ja kein Geheimnis, daß dieser Antrag nicht die Billigung der ÖVP findet. Das war schon vor der Sitzung bekannt und im Finanz- und Rechtsausschuß hat die ÖVP ja auch schon dagegen gestimmt. Dazu möchte ich jetzt einiges sagen, und zwar zu den vorgebrachten Argumenten. Das Mißtrauen, das Kollege Holub in seiner Rede eingebracht hat, ist unbegründet, das möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Es ist tatsächlich so, daß wir unsere Hausdruckerei - darauf werde ich noch eingehen - in einen Zustand versetzen wollen, der den heutigen Anforderungen entspricht. Sonst gar nichts. Es sind dort derzeit drei Kollegen - übrigens Fachkräfte - beschäftigt. Es wurde in der Öffentlichkeit so dargestellt, daß man das von Fachkräften machen lassen soll. Dort sind auch Fachkräfte, einer davon hat vor kurzem die Meisterprüfung abgelegt bei der Handelskammer in Linz. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Es ist also nicht so, daß das lauter Deppen sind.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL

HOLUB:

Bitte, das ist wirklich nicht gesagt worden!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wenn man sagt, Fachkräfte sollen das machen, dann ist es eine Unterstellung, daß das keine sind. Das ist meine Schlußfolgerung daraus. Ich möchte die Kollegen, die dort beschäftigt sind, verteidigen. So ist die Situation. Es ist nicht daran gedacht, den Beschäftigtenstand zu erhöhen. Daß Gerätschaften gekauft werden, die dem modernsten Stand entsprechen, das ist auch eine Selbstverständlichkeit. Wenn man eine Einrichtung erneuert, wird man - außer man ist ein Fan von Oldtimern oder solchen Dingen - nicht alte Geräte anschaffen, sondern das Neueste. Das ist die Absicht, die wir damit verfolgen und bezwecken.

Zur Verlegung der Hausdruckerei möchte ich sagen, daß es auch hier stichhaltige Gründe gibt. Die Hausdruckerei im Stock ist sicherlich

nicht ideal untergebracht, weil die gesamte Anlieferung und die Ablieferung natürlich schon alleine aus der etagenmäßigen Gliederung Schwierigkeiten mit sich bringt. Wir haben schon seit längerer Zeit nach Möglichkeiten gesucht, die Druckerei in anderen Räumlichkeiten unterzubringen. Es spielen aber dabei noch andere Dinge eine Rolle. Es ist so, daß der Tiegel - der Heidelberger Tiegel - jetzt in einem anderen Raum untergebracht ist, und es werden ja nicht zusätzlich Räume benötigt, sondern es werden Räumlichkeiten frei, die ebenfalls benötigt werden.

Die Entscheidung, daß man die Verlegung vornimmt, hängt auch mit der Hausmeisterwohnung zusammen. Das Schlafzimmer des Hausmeisterehepaares soll in den hofseitig gelegenen Raum des Amts-Sitzungssaales, in dem der Heidelberger-Tiegel untergebracht ist, verlegt werden. Dies deswegen, weil der Herr Hinterdorfer schon mehrmals darauf hingewiesen hat, daß das zur Zeit bewohnte Schlafzimmer äußerst feucht ist und der Schlafräum als gesundheitsgefährdend bezeichnet werden muß. Das ist auch ein Argument, daß ich sage, ich will das Hausmeisterehepaar auch menschenwürdig unterbringen. Das möchte ich nicht so ohne weiteres auf die Seite schieben dieses Argument. Der Tausch dieses Schlafzimmers gegen das nach vorne gelegene, wesentliche hellere und trockenere ehemalige Zivilschutzzimmer, in dem derzeit der Heidelberger-Tiegel untergebracht ist, scheint die beste Lösung dieses Problems zu sein. Es sollen die Schlafräumlichkeiten hier verbessert werden. Es sind von der Magistratsdirektion und von der Magistratsabteilung IV einige Alternativlösungen geprüft worden. Die Verlegung der Hausdruckerei in den Amtssitzungssaal des Hofes, in die Räume der Gewerkschaft, in die Räume des derzeitigen Speiseraumes. Und es ist festgestellt worden, daß die Verlegung der Hausdruckerei in den derzeitigen Speiseraum am geeignetsten ist, weil der Aufzug direkt zu diesen Räumlichkeiten führt und der Transport des Materials direkt zu diesen Räumlichkeiten führt und der Transport des Materials zu und von der Arbeitsstätte am besten gewährleistet ist. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß eine ebenerdige Anlieferung zur Druckerei mit Papier und Drucksorten über den Nebenhof des Rathauses vom Stadtplatz her und eine direkte Zulieferung vom Ennskai möglich ist. Darüberhinaus ist festzustellen, daß die Unterbringung der Druckerei aufgrund ihrer spezifischen Tätigkeitsmerkmale in einem peripher ebenerdig gelegenen Raum

wesentlich zweckmäßiger ist, das habe ich schon gesagt, als die Situierung mitten im Zentrum der Verwaltungsarbeit. Außerdem bleibt der Amts-Sitzungssaal im Hof, der als Speiseraum für die Bediensteten eingerichtet werden soll für Wahlen und sonstige Veranstaltungen an Wochenenden benutzbar.

Ich habe bereits im Jänner 1989 die Magistratsabteilung VI beauftragt, die entsprechenden Untersuchungen durchzuführen zur Verlegung dieser Hausdruckerei in die Räumlichkeiten des jetzigen Speiseraumes und auch die Verlegung des Schlafzimmers des Hausmeisters.

Es werden in der jetzigen Hausdruckerei zwei Räume zukünftig durch die Magistratsdirektion voraussichtlich belegt. Weiters ist vorgesehen, die Erhebungsstelle dorthin zu verlegen, damit die Parteien einen direkten Zugang zur Erhebungsstelle haben. Darf ich nochmals darauf hinweisen, die Erhebungsstelle ist derzeit in einem 10 m²-Raum - dort arbeiten 3 Personen - menschenunwürdig untergebracht. Mit dieser Regelung können wir die Erhebungsstelle erstens einmal für die Bediensteten verbessern und den Zugang zu dieser Erhebungsstelle ebenfalls einer wesentlichen Verbesserung zuführen. Das möchte ich zur Verlegung sagen. Ich hätte gar nichts dagegen, wenn es andere Möglichkeiten gäbe.

Zu den Druckerarbeiten. Ich habe mir auflisten lassen, was im Jahr 1989 - ich bitte um Verständnis, weil die Diskussion auf einer Ebene geführt wird, die glaube ich es erfordert, daß wir entsprechend informieren - gemacht wurde. 190 verschiedene Plakate A 3 mit einer Auflage von 38.574 Stück. Ich darf diese Unterlage gerne jedem Gemeinderat zur Verfügung stellen, daß er sich das anschauen kann. 148 verschiedene Flugblätter und Informationsschriften A 4 und A 5 mit einer Auflage von 208.850 Stück. 74 verschiedene Formulararten mit einer Auflage von 185.230 Stück. 14 verschiedene Karteiblätter A 4 und A 5 mit einer Auflage von 20.500 Stück. 29 verschiedene Einladungen mit einer Auflage von 32.310 Stück. 12 verschiedene Monatsprogramme mit einer Auflage von 69.000 Stück. 7 verschiedene Prospekte A 3 und A 4 mit einer Auflage von 43.500 Stück. 23 verschiedene Postkarten mit einer Auflage von 25.200 Stück. 8 verschiedene Umschläge mit einer Auflage von 1.350 Stück. 14 verschiedene Briefpapiere mit einer Auflage von 79.000 Stück. 11 verschiedene Gutscheine und Urkunden mit einer Auflage von 5.580 Stück. 10 verschiedene Programme mit einer Auflage von 3.370 Stück,

8 verschiedene Eindrücke mit einer Auflage von 29.270 Stück. Außerdem wurden verschiedene Einzelherstellungen durchgeführt. 1500 Broschüren "Sensenhammer" für die Magistratsabteilung IX, also für das Kulturamt. 170 Broschüren für das Sportamt, 2.500 Theaterbroschüren für die Magistratsabteilung IX, 3.000 Programmhefte für das Stadtfest, 200 Bestellscheinblöcke für die Magistratsabteilung IV. 50 Bestellscheinblöcke für die GWG, 100 Blöcke á 100 numerierte Essensmarken für die Bewohner der Pensionistenwohnhäuser, 100 Blöcke á 100 numerierte Essensmarken für die Bediensteten des Magistrates. 100 Blöcke á 100 numerierte Essensmarken für die Bediensteten des Zentralaltersheimes. 100 Blöcke usw. Essensmarken, 180 Blöcke Zahlungsausweise usw. 30.000 Eintrittskarten für das Museum - Erwachsene, Kinder und Gruppen. 1.500 Zeitungen - auch das möchte ich hier anführen - für die Gewerkschaft gegen Entrichtung der Materialkosten - also nicht nur der Papierkosten, sondern der Materialkosten. 100 Stück Bücher á 22 Blatt Kindergarten-Anwesenheitslisten. 22.000 Umweltschutzkalender mit 18 Blättern. 4.600 Seniorenpässe mit 18 Blättern, 2.500 Programmhefte für die Volkshochschule mit 28 Blättern. 1.000 Hausordnungen für die GWG usw. Ich könnte das noch fortsetzen. Dazu möchte ich sagen, daß wir nicht nur diese Dinge machen, sondern daß z. B. auch der Fremdenverkehrsverband fast alle Druckwerke von der Hausdruckerei bekommt, gegen Vergütung der Materialkosten. Und sonst nichts. Wenn der Fremdenverkehrsverband das weitergeben würde an eine Druckerei, würde die Subvention an den Fremdenverkehrsverband wesentlich höher sein müssen, weil der Fremdenverkehrsverband bekanntlich auf unsere Subventionen angewiesen ist. Dann möchte ich aber doch auch zu den finanziellen Vergleichen hier einiges zum Ausdruck bringen. Karl, Du hast gesagt, man soll Birnen nicht mit Äpfel vergleichen. Ich bin bereit, selbstverständlich eine Kostenrechnung, in der alle Faktoren aufscheinen, in Auftrag zu geben. Da habe ich nichts dagegen. Hier habe ich Vergleiche. Wir haben zum Beispiel die 100 Blöcke für die Volkshochschulausweise an eine Druckerei vergeben gehabt zu einem Preis von S 4.050.--. Das ist durchgeführt worden. Die Herstellung dieser Blöcke in der Hausdruckerei - da darf ich sagen, nur die Materialkosten, es würden noch die Personalkosten dazukommen, - kostet - der

Unterschiedsbetrag ist beachtlich - 640 Schilling. 200 Stück Kassenquittungsblöcke, vergeben an eine

Druckerei S 7.100,-, Materialkosten in der Hausdruckerei S 630,-. Ich könnte diese Liste fortsetzen, möchte es aber nicht, weil ich glaube, daß dieser Vergleich hinkt, das gebe ich zu, aber es ist doch beachtlich. Ich darf sagen, daß z. B. - das habe ich selbst angeordnet - es aus der Zeit meiner Vorgänger ein Briefpapier für den Bürgermeister gegeben hat. Dieses Briefpapier wurde in einer Druckerei hergestellt. Dieses Briefpapier hat in einer bestimmten Auflage - 5.000 Stück Kuverts und 3.000 Stück Briefpapier - S 19.760,- gekostet, weil eine Prägung damit verbunden war. Ich habe angeordnet, das könnten wir selbst machen. Ich möchte gar nicht sagen, wo wir das machen haben lassen. Wir stellen dieses Papier jetzt selber her um einen Betrag von S 2.400,-.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL

HOLUB:

Ohne Prägung!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ohne Prägung, es gibt auch einen Qualitätsunterschied. Aber ich finde, daß es nicht notwendig ist, weil das war eine Änderung, die mir am Herzen lag und die wir halt gemacht haben.

Ich könnte das noch fortsetzen und ich glaube, daß aus diesem Grund die Anschaffung dieser Gerätschaften, aber auch - das möchte ich gleich sagen - die Übersiedlung durchaus gerechtfertigt sind. Ich würde Sie bitten, auch meine Argumente noch einmal zu überlegen, ich habe mir Deine auch gut überlegt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Rohrauer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Herr Bürgermeister hat mir schon sehr viel vorweg genommen, aber auch ich hätte hier einige Darstellungen kundzutun. Die Hofpostille unseres Herrn Vizebürgermeisters Karl Holub hat noch vor zwei Wochen die Behauptung aufgestellt, daß eine Hausdruckerei im Magistrat Steyr eine Verschleuderung der Steuergelder sei. Dieser Vorwurf mag ja für die Vereinsdruckerei legitim

sein, da sie ja derzeit daran ist, nach dem Verkauf der so aktiven Hausdruckerei der Steyr-Werke vielleicht doch noch die Hausdruckerei des Magistrates zu ergattern, um ihre Monopolstellung im Raum Steyr zu untermauern. Es ist doch verwunderlich, daß sich die Steyrer Zeitung des Stiles befließigt, die dem der Boulevard-Presse sehr nahe kommt. Dem Vorwurf, daß keine Spezialisten am Werke sind, darf ich entgegenhalten, daß ein Gewerbeamter mit Berechtigung der Lehrlingsausbildung dort beschäftigt ist, ein Druckmeister und ein Druckereigeselle. Das sind die sogenannten Beamten, welche beim Magistrat Druckerei spielen.

Zu den Detailfragen. Insgesamt sind 430 Druckaufträge neben vielen Kleinarbeiten für die Verwaltung und Dienstleistung beim Magistrat Steyr durchgeführt worden, im Jahre 1989. Das ist, glaube ich, jederzeit einsehbar. Wie effizient diese Hausdruckerei arbeiten kann, möchte ich hier darstellen. 20.000 A 4-Flugblätter sind in Auftrag gegeben worden für die Katastrophenhilfe und das hat sehr schnell gehen müssen. Um 7 Uhr früh ist das in Auftrag gegeben worden, um 11.30 Uhr waren diese 20.000 Flugblätter gedruckt. Welche Druckerei kann das noch einfach so? Das Verkehrskonzept für Steyr wurde ebenfalls in der Hausdruckerei teilweise gedruckt mit 4.600 A 3 schwarz-rot-Druck, 5.200 A 4 schwarz-rot-Druck, 29.000 A 4 Schwarzdruck beidseitig. Die Materialkosten haben dafür S 6.700,- ausgemacht. Und das ist alles innerhalb von vier Tagen geleistet worden.

Der Seniorenpaß mit 4.000 bis 5.000 Stück, Materialkosten S 6.800,-. Pro Seniorenpaß S 1,50. Sicherlich, wenn man die Personalkosten dazurechnet, so glaube ich persönlich, rechnet sich das noch immer. Von Steuergeld verschleudern kann sicherlich keine Rede sein. So gesehen ist die Hofpostille unseres Herrn Vizebürgermeisters Holub in allen Belangen im Unrecht und hat damit unrichtige Berichterstattung geleistet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Ankauf der Offset-Druckmaschine ist meiner Meinung nach deswegen kritikwürdig, weil es in Steyr eine ganze Reihe von leistungsfähigen Druckereien gibt. Wir haben erst vor einigen Wochen Gelegenheit gehabt, die neu adaptierten Räume im Gebäude der Vereinsdruckerei zu besichtigen und uns von der Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Ich möchte nicht verhehlen, daß die Vereins-

druckerei immerhin mehr als 60 Mitarbeiter beschäftigt und vor rund zwei Jahren die Hausdruckerei der Steyr-Werke, die nicht mehr attraktiv und anscheinend nicht kostendeckend war, gekauft hat. Mit der Verpflichtung, die Mitarbeiter von dort zu übernehmen. Ich möchte daher als Eigentümervertreter der Vereinsdruckerei - ich bin Mitglied des Vorstandes des katholischen Preßvereines und bin beauftragt und ermächtigt, die Wünsche der Vereinsdruckerei hier kundzutun und ich richte ausdrücklich das dringende Ersuchen an Dich, Herr Bürgermeister und an den Gemeinderat der Stadt Steyr stellen, die Steyrer Druckereien, insbesondere die Vereinsdruckerei, mit öffentlichen Druckaufträgen zu betreiben. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in den letzten Jahren die Druckaufträge aus der öffentlichen Hand immer mehr zurückgegangen sind auf ein absolutes Minimum. Mit der Anschaffung dieser neuen Offset-Druckmaschine ist zu befürchten und zu erwarten, daß diese wahrscheinlich ganz versiegen werden. Die Argumentation einer Monopolstellung der Vereinsdruckerei von Kollegen Rohrauer, scheint mir sehr polemisch zu sein, denn es ist nicht angebracht, daß man wohl einen Betrieb, der nicht mehr tragfähig ist, kauft, die Mitarbeiter übernimmt, 60 Mitarbeiter beschäftigt, und dann von der öffentlichen Hand eine Konkurrenz vorgesetzt bekommt. Ich glaube, die Stadt hat auch die Verpflichtung, öffentliche Aufträge an diese Betriebe, die letzten Endes auch in Steyr ihre Steuern zahlen und daher mit zum Steueraufkommen der Stadt beitragen, zu geben. Ich möchte daher nochmals dringend die Bitte und das Ersuchen an Dich, Herr Bürgermeister, richten zu überlegen - diese Bitte ist ja schon mehrmals vorgetragen worden - den Druck des Amtsblattes an die Vereinsdruckerei zu vergeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Entschuldigung, wir haben überhaupt nichts dagegen. Das wird ausgeschrieben und der Bestbieter hat dieses Amtsblatt bekommen. Ich habe persönlich Gespräche geführt, das Anbot des jetzigen Auftragnehmers ist halt finanziell das bessere gewesen. Ich bin im Gegenteil gerne bereit, in dieser Richtung etwas zu tun, aber es ist eine Frage der Ausschreibung. Das ist ein größerer Auftrag und der muß wie alles andere auch ausgeschrieben werden. Entschuldigung, daß ich unterbrochen habe. Dagegen ist kein Einwand zu erheben. Wenn die Vereinsdruckerei Bestbieter ist, ist das in Ordnung.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Ich würde bitten, das zu überprüfen. Es ist ja nicht gesagt, daß das für alle Zeiten bei ein und derselben Firma bleiben muß.

Ich möchte noch etwas sagen zu den Ausführungen des Kollegen Rohrauer. Wenn auch in der letzten Ausgabe der Steyrer Zeitung über die Hausdruckerei des Magistrates geschrieben wurde, so besteht trotzdem kein Grund, sich darüber zu beschweren, denn die Steyrer Zeitung ist im wesentlichen sehr objektiv in ihrer Berichterstattung. Es haben Mandatare - das darf ich persönlich auch von mir behaupten, obwohl ich im Vorstand bin - noch nie Einfluß genommen auf die Schreibweise eines Redakteurs. Das möchte ich der Ordnung halber feststellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Tremel ist der nächste Redner.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist schon ein bißchen eine Zumutung, wenn man die Frage einer Hausdruckerei des Magistrates so aufschauelt in der Öffentlichkeit und nun im Gemeinderat. Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine ehrliche Ausführung, die er jetzt getätigt hat. Nämlich getragen von dem Wunsch, daß die Gemeindeaufträge - so ist das zu verstehen gewesen - in Zukunft stärker der Vereinsdruckerei Steyr zufließen sollen. Es gibt andere

Druckereien auch noch in Steyr, die dasselbe Problem haben. Der Wunsch wurde deutlich untermauert. So soll man die Dinge nehmen, wo man die Auffassung vertritt von einer Fraktion hier im Rathaus, daß man meint, die Hausdruckerei sei unzweckmäßig hier eingerichtet. Aber meine Damen und Herren des Gemeinderates, warum schaffen verschiedene Institutionen und Parteien solche Hausdruckereien an? Nicht nur aus Kostengründen. Und das trifft auch hier beim Arbeitsablauf des Rathauses zu, nämlich, daß auch der Arbeitsablauf entscheidend ist. Denn wie ist es denn so, wenn man einen Druckauftrag gibt? Ich mache auch bei der Vereinsdruckerei, bei der Fa. Prietzel und anderen oö. Kleindruckereien Aufträge im Namen meiner Partei. Da muß halt eine Person oder ich persönlich dort einmal hinfahren. Ich muß meine Vorlage, mein Manus dort abgeben und meine Vorstellungen deponieren. gleichzeitig ist es meine Aufgabe, nach dem Korrekturlesen, dort wiederum Einsicht zu nehmen, bevor überhaupt gedruckt wird

bei einer größeren Auflage. So einfach ist das wieder nicht. Eine Hausdruckerei hat natürlich einen großen Vorteil und ich kann Ihnen versichern, wenn man auch immer schreibt, die kommunistische Partei ist die reichste Partei. so ist das ein Blödsinn, sondern wir müssen mit unseren Mitteln, die wir in Österreich auftreiben, sehr wirtschaftlich denken. Ich habe auch die Aufgabe vor 6 Jahren bekommen, in Oberösterreich eine Hausdruckerei zu installieren. Sie ist etwa in dieser Größenordnung wie die des Magistrates. Hier bauscht man das auf, sie existiert hier im Rathaus Jahrzehnte. Wir arbeiten mit einer alten Durckmaschine, einer 340iger Rotaprint, und zwar bereits 15 Jahre. Hier wird festgestellt, daß sie nicht mehr reparaturwürdig ist, unwirtschaftlich sei und das ist sehr richtig. Man arbeitet nicht mit solchen Maschinen. Das heißt, man muß einen Ersatzbeschaffungs-Ankauf tätigen. Die normale Maschine kostet S 540.000,-, die Heidelberger dieses Typs ist die beste A 3-Maschine. Aber mit einer A 3-Maschine kann man nicht alles drucken, was die Vereinsdruckerei kann. Es ist auch nicht so, daß das nur einseitig zu sehen ist die Übernahme der Hausdruckerei von der Steyr-Daimler-Puch AG. Ich weiß ganz genau eben im Bezug aufgrund meiner Anspielung zur Schaffung einer Hausdruckerei, man hat sich ja auch anderweitig interessiert und hat geschaut, wie schaut dort die technische Ausrüstung aus? Die Steyr-Daimler-Puch hat in dieser Hausdruckerei kurz vorher noch große Investitionen getätigt, PC-Geräte angekauft, die übernommen worden sind.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Das waren die billigsten.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Vielleicht waren es die billigsten, aber sie wurden gekauft. Nach zwei bis drei Jahren ist auch das Beste in der Technologie vorbei. Außerdem glaube ich, daß hier die Stadt einen großen Fehler gemacht. Diese Liegenschaft hätte ich mir auch vorstellen können, daß sie die Stadt hätte ankaufen können mit dieser Hausdruckerei. Sie war nämlich äußerst günstig, so wie man halt vieles abgestoßen hat bei Steyr-Daimler-Puch. Ich kann auch nicht der Argumentation meines Kollegen Holub folgen, der hier auch auftritt in der Öffentlichkeit und gleichzeitig auch im Finanzausschuß, und hier in Frage stellt die Zweckmäßigkeit der Hausdruckerei. Er sagt aber gleichzeitig, er stellt den Antrag, daß man überprüfen soll die Zweckmäßigkeit. Er weiß es noch gar nicht und der Bürgermeister liest ihm noch im einzelnen vor, was dort gedruckt worden ist. Das ist mir zu

wenig, um zu überprüfen, ob eine Hausdruckerei rentabel sei oder nicht. Es gehören mehrere Faktoren dazu. Es geht bei dieser Hausdruckerei wirklich nicht darum, meiner Meinung nach, daß man das derzeitige Amtsblatt, wie es heute gestaltet wird, auf dieser A 3-Maschine herstellen kann, nämlich kostengünstig. Das ist ein ausgesprochenes Unsinn. Hier geht es wirklich nur darum, daß man die alte Maschine gegen eine neue ersetzt und die kostet halt dieses Geld.

Ich glaube auch, wenn angeschnitten worden ist die Wirtschaftlichkeit. Vollkommen unwirtschaftlich wäre es, wenn man sagen würde, wir kaufen sie nicht, wir lassen das weg, wir produzieren nicht mehr, gehen außer Haus. Die getätigte Investition der Anschaffung - vor ca. einem Jahr - der EDV-Anlage zur Herstellung des Drucksatzes in der Höhe von etwa S 350.000,- wäre hinausgeschmissen. Damals hätte man schon überprüfen müssen, ist das zweckmäßig ja oder nein. Wir haben sie. Es geht jetzt nur um die Fortsetzung, daß wir unsere Hausdruckerei in Betrieb halten können, daß auch hier hausintern die Plakate und andere Dinge gedruckt werden.

Ich glaube auch, daß voll gerechtfertigt ist, daß wir diese Maschine ankaufen und sie soll auch beschlossen werden.

Zu einer Frage möchte ich noch dazusagen, auch wiederum eine Verbindung. Wir haben jetzt ein PC-Gerät gekauft für das Amtsblatt, für das Büro. Da sage ich als Wirtschaftlichkeitsrechnung hätte das schon längst erfolgen sollen, denn unser guter Redakteur war ja lange genug Chefredakteur bei der Steyrer Zeitung, er schreibt und gestaltet unser Amtsblatt. Und das ist nicht nur bei uns beliebt, sondern über den Rahmen hinaus. Seine Mitarbeiterin, die Gerda Gugenberger, stellt auf diesem Gerät nun schon die druckfertigen Unterlagen her und die werden der Druckerei zur Verfügung gestellt. Sie muß das sowieso schreiben, wenn sie das aber auf dem PC-Gerät schreibt, und dort auf einen Knopf drückt, dann wird das über den Nadeldrucker ausgedruckt und kann sofort als Druckplatte verwendet werden -. sollte die Vereinsdruckerei den Zuschlag bekommen, oder bei Gutenberg. Sie ersparen dadurch ungefähr meiner Meinung nach zwischen S 600,- und S 700,- pro Seite. Sie können sich das ausrechnen, ob das eine günstige Investition war oder nicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Leithenmayr bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN

LEITHENMAYR:

Ich möchte nur ein paar ganz kurze Bemerkungen namens unserer Fraktion machen.

Es ist aus der Diskussion eindeutig hervorgegangen, daß die Vereinsdruckerei Aufträge wünscht. Das ist legitim und in Ordnung. Sie haben natürlich die Gelegenheit, das auch in der Öffentlichkeit wirksam und wirkungsvoll zu tun, indem sie das in der Steyrer Zeitung geschrieben haben. Das ist dann schon wieder eine andere Kategorie der Auseinandersetzung. Meiner Meinung nach ist es auch richtig und ich möchte so sagen, daß hier die Investitionen in der Presseabteilung, der Öffentlichkeitsabteilung und in der Druckerei abgestimmt aufeinander erfolgen und daß eine Kompatibilität da ist. Ich weiß nicht, warum Du das kritisierst, Kollege Holub? Ich meine, bei der Steyr-Daimler-Puch war einer der entscheidenden Fehler, daß sie vier verschiedene EDV-Systeme angeschafft haben, die nicht kompatibel waren. Darum hat die babylonische Sprachverwirrung geherrscht. Es ist schon gescheit, wenn man das macht. Das heißt noch lange nicht, das ist ein ganz anderes Thema, das hat auch der Herr Bürgermeister ausgeführt, wo man das Amtsblatt druckt. Das ist ein Thema, das jetzt da mit hereingebracht wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Genau das Pech ist es ja, daß diese beiden PC, sowohl der in der Hausdruckerei, als auch der im Pressereferat eben nicht mit den verwendeten Systemen kompatibel sind, sondern nur miteinander. Genau der Fehler, den du jetzt erwähnt hast und der dort gemacht worden ist, genau der ist hier bei der Investition in der Pressestelle gemacht worden. Die PC:s in der Pressestelle und in der Hausdruckerei sind auf keinen Fall vernetzbar mit den vorhandenen Systemen. Danke, daß Du den Hinweis gemacht hast.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Du hast das aber anders dargestellt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das hast Du anders verstanden, glaube ich.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin jedenfalls für Kompatibilität.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich auch, die sind es aber nicht.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das ist ja nicht für die Hausdruckerei, sondern für das Amtsblatt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das gehört dort auch noch hingemacht, das müßte auch noch der Fall sein. Ich wäre jedenfalls dafür, wenn ich eine solche Investition vertreten würde. Daß man in jedem Büro schon Computer hat, das ist auch keine Frage. Es geht halt so hervor aus der Diskussion, man möchte das gerne auf Steinzeitniveau haben, damit das irgendwann einmal zum "Absterbens Amen" verurteilt ist. Das ist aber nicht unsere Vorstellung. Die vertreten wir nicht. Wir sind der Meinung, daß man in diesem Bereich natürlich technisch auf der Höhe der Zeit sein soll. Ich gebe auch recht, teilweise recht dem Kollegen Schloßgangl. Steyr-Daimler-Puch hat nicht ausreichend investiert in der Hausdruckerei. Aber die Unwirtschaftlichkeit der Hausdruckerei hängt damit zusammen, daß auch die Auslastung nicht vorhanden war. Die Auslastung, die in der Hausdruckerei leicht möglich gewesen wäre, weil nämlich die Betriebe ihre Aufträge auch kreuz und quer vergeben haben und nicht in die eigene Hausdruckerei. Das hat mit eine Rolle gespielt und die allgemeine Zerrüttung in diesem Unternehmen. Ich muß das sagen. Man hat das weggeben wollen, das ist geschehen. Ich bin sehr dankbar und sage das auch heute, daß es möglich war, daß die Beschäftigten zum größten Teil übernommen worden sind, daß sie - das glaube auch - zufrieden sind und dort ihre Arbeit haben. Ich freue mich auch, mitteilen zu können, daß ich in dieser Diskussion fast ein weißer Rabe bin, weil ich die Ehre gehabt habe, in Anwesenheit des Herrn Landeshauptmannes öffentlich belobigt zu werden, daß wir weiterhin unsere Aufträge der Steyr-Werke - auch die Betriebsratszeitung - dort drucken lassen. Und warum auch nicht, wir stehen zu unserem Wort. Hier geht es um eine andere Thematik, hier geht es darum, daß wir meinen, daß die Ausrüstung in diesem wichtigen Bereich auf der Höhe der Zeit sein soll, daß man technisch die Nase vorne haben sollte, weil diese Ersatz-Investition einfach notwendig war. Und daß man damit die Zukunft der Hausdruckerei im Ausmaß, wie wir sie jetzt haben, sicherstellt. Das ist unsere Position und in diesem Sinne werden wir auch dem Antrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Bevor man eine Offset-Druckmaschine im Wert von doch immerhin fast S 800.000,- anschafft, sollte man es sich sicherlich überlegen, bin ich der Meinung, ob eine derartige Großinvestition gerechtfertigt ist. Wir haben von Herrn Bürgermeister Schwarz gehört, im Jahre 1989 wurden 190 Plakate mit einer Auflage von 38.574 hergestellt. Welche Plakate das waren, haben wir zwar nicht gehört. 148 Flugblätter mit 208.850 Auflage, 74 Formulare mit 135.230 Auflage usw. Der Herr Bürgermeister hat auch zugesagt, eine Kostenrechnung, wo alle Faktoren aufscheinen, durchführen zu lassen. Nur bin ich der Meinung, eine Kostenrechnung im nachhinein bringt nichts. Daher mein Vorschlag, stellen wir den Antrag zurück, machen wir eine Kostenrechnung und dann erst den Beschluß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Zu den Plakaten darf ich sagen, daß es in erster Linie natürlich Plakate des Kulturamtes sind, das ist logisch. Ich darf sagen, daß diese Anschaffung sehr dringlich ist, weil die alte Maschine den Anforderungen einfach nicht mehr gerecht wird. Ich bin nicht der Auffassung, daß dieser Antrag zurückgestellt werden sollte. Wünscht noch jemand zu sprechen? Ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Nur zwei Sätze als Schlußwort. Man bedenke bei dieser Anschaffung, daß die jetzige Anlage mindestens S 150.000,- Reparaturkosten verursachen würde. In dem Zusammenhang muß man den Neupreis sehen. Die Neuanlage hat einen sicher höheren Preis aufgrund ihrer Qualität. Aber es ist im nachhinein eine sehr starke Erleichterung im Zusammenhang mit zusätzlichen Anschaffungskosten für Zusatzgeräte, für Geräte, die noch hinzukommen. Wie z. B. falten, schneiden und weiß ich was immer. Dort ist dann die Anschaffung wesentlich billiger bei dieser Heidelberger-Maschine.

Daher würde ich bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag die Zustimmung gibt? anke. Wer ist gegen den

Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 5 Gegenstimmen (ÖVP) und 1 Stimmenthaltung (FPÖ) angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im dritten Antrag geht es um den Verkauf einer Teilfläche des Grundstückes 684/1, KG Gleink, an die Fa. Heno Bau, Baugesellschaft mbH, Baumeister Nograsek, Grünmarkt 15; flächengleicher Tausch einer Teilfläche des Grundstückes 684/1, KG. Gleink, mit einer Teilfläche des Grundstückes 684/2, Eigentümer Herbert und Inge Mascher, Dornacher Straße 14, Steyr-Gleink.

Der Antrag lautet:

47) ÖAG-2313/90

ÖAG-4319/89

Verkauf einer Teilfläche des Grundstückes 684/1, KG Gleink, an die Fa. Heno-Bau-Baugesellschaft mbH, Baumeister Nograsek, Steyr, Grünmarkt 15; flächengleicher Tausch einer Teilfläche des Grundstückes 684/1, KG Gleink, mit einer Teilfläche des Grundstückes 684/2, Eigentümer Herbert und Inge Mascher, Dornacher Straße 14, 4407 Steyr-Gleink.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Verkauf einer Teilfläche von rund 2.200 m² des städtischen Grundstückes 684/1, KG Gleink, an die Fa. Heno-Bau Baugesellschaft mbH, Baumeister Hermann Nograsek, 4400 Steyr, Grünmarkt 15, zum Kaufpreis von S 350,- je m² zugestimmt. Der gesamte Kaufpreis ist in drei gleichen Jahresraten, beginnend bei Vertragsabschluß, unverzinst, jedoch wertgesichert nach dem Verbraucherpreisindex 1986 zu entrichten. Der Käufer hat die Verpflichtung zu übernehmen, auf dem Kaufgrundstück einen Lagerplatz und ein Bauhof- und Bürogebäude binnen drei Jahren zu errichten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt das Vor- und Wiederkaufsrecht an der Kaufliegenschaft vor. Dem Käufer wird Gewerbeförderung in der Form gewährt, daß die Stadt auf die Einhebung der Anliegerbeiträge verzichtet und die Kanalanschlußgebühr mit dem Satz für Kanalaltbaugelände berechnet. Die Kosten der Vertragserrichtung und alle im Zusammenhang stehenden Abgaben, Gebühren und Steuern sowie die anteiligen Vermessungskosten hat der Käufer zu tragen.

Gleichzeitig wird dem flächengleichen Tausch einer Teilfläche des Grundstückes 684/1, KG

Gleink, im Ausmaß von rund 280 m² mit einem Teilstück der Parzelle 684/2, KG Gleink, welche im Eigentum der Ehegatten Herbert und Inge Mascher, Dornacher Straße 14, 4407 Steyr-Gleink, steht, zugestimmt. Infolge Wertgleichheit der Tauschflächen ist beiderseits kein Wertausgleich zu bezahlen. Die Kosten der Vermessung sind zwischen den Vertragspartnern zu teilen.

Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf des Grundstückes 447 KG. Gleink an die Hubert Sunk GesmbH, Steyr, Rooseveltstraße 8 b.

Der Antrag lautet:

48) ÖAG-1387/90

Verkauf des Grundstückes 447, KG. Gleink, an die Hubert Sunk GesmbH, 4400 Steyr, Rooseveltstraße 8 b.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird dem Verkauf des Grundstückes 447, KG. Gleink, im Ausmaß von 2.713 m² an die Hubert Sunk GesmbH, 4400 Steyr, Rooseveltstraße 8 b, zum Kaufpreis von S 350,- je m² zugestimmt. Ein anteiliger Straßengrund im Ausmaß von 120 m² ist zum selben Kaufpreis mitzuerwerben. Der Gesamtkaufpreis in Höhe von S 991.550,- ist in drei gleichen Jahresraten beginnend ab Vertragsabschluß unverzinst, jedoch wertgesichert nach dem Verbraucherpreisindex 1986, zu entrichten. Die Käuferin hat auf der Kaufliegenschaft ein Lager- samt Bürogebäude und drei Betriebswohnungen binnen drei Jahren ab Unterfertigung des Kaufvertrages zu errichten und den Betrieb in die neuen Räumlichkeiten zu verlegen. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt das Vor- und Wiederkaufsrecht an der Kaufliegenschaft vor. Die Kosten der Vertragserrichtung und die damit im Zusammenhang stehenden Abgaben, Gebühren und Steuern, hat die Käuferin zu tragen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Im nächsten Antrag geht es um einen Ankauf eines Lkws für die Stadtgärtnerei als Ersatzbeschaffung.

49) GHJ1-1807/90
Ankauf eines Lkws für die Stadtgärtnerei Steyr, Blumauergasse 1; Ersatzbeschaffung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 4. 4. 1990 wird im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Lkw für die Stadtgärtnerei Steyr nachfolgenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Lkw Steyr-Diesel, Type 9 S 14/P 38/4 x 2 - Chassis mit Fahrerhaus: Fa. Schmid, Steyr, zum Preise von
663.000,- inkl. MWSt.

2. Kipper samt Aufsatzbordwände und Typisierungskosten: Fa. Schmid, Steyr, zum Preise von
S 156.840,- inkl. MWSt.

3. Palfinger-Kran Type PK 5200 samt Montage, Ölfüllung und TÜF-Abnahme: Fa. Obermayr, St. Ulrich, zum Preise von
S 272.505,- inkl. MWSt.

4. Elin-Mobilfunkgerät samt Antenne, Zusatzlautsprecher und Montage: Fa. Elin, Linz, zum Preise von
S 23.124,68 inkl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 600.000,-

(Schilling sechshunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/8150/04000.6 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 516.000,-

(fünfhundertsechzehntausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Gleichzeitig wird die Genehmigung erteilt, das Fahrzeug der Marke IVECO OM 50, Baujahr 1980, im Anlagevermögen der Stadtgärtnerei der Stadt Steyr zum Schrottpreis abzuschreiben.

Auchb hier darf ich um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Im vorletzten Antrag geht es um die 2. Etappe der Fenstererneuerung in der Wagnerstraße 2 - 4.

Der Antrag lautet:

50) GHJ2-7454/87
Fenstererneuerung - 2. Etappe, Wagnerstraße 2 - 4.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 10. 4. 1990 wird im Zusammenhang mit der Fenstererneuerung - 2. Etappe im Objekt Wagnerstraße 2 - 4 nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Kunststoff-Fensterlieferung: Fa. Reform, Steyr, zum Preise von
S 501.625,- exkl. MWSt.

2. Baumeisterarbeiten: Fa. Prameshuber, Steyr, zum Preise von
S 171.371,- exkl. MWSt.

3. Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr, zum Preise von
S 10.000,- exkl. MWSt.

4. Verfließungsarbeiten: Fa. Brunner, Steyr, zum Preise von
S 10.000,- exkl. MWSt.

S 692.996,-

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 693.000,-

(sechshundertdreißigtausend)

werden bei der VA-Stelle 5/8460/010000.5 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Der letzte Antrag betrifft das Sportheim Ennsleite, und zwar die 2. Etappe der Instandsetzungsarbeiten.

51) GHJ2-1825/90
Sportheim Ennsleite - Instandsetzungsarbeiten;
2. Bauetappe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA

VI vom 23. 4. 1990 für das Jahr 1991 vorgesehenen Instandsetzungsarbeiten der 3. Bauetappe beim Sportheim Ennsleite (Baumeisterarbeiten, Fassadeninstandsetzung, E-Installationserneuerung) werden vorgezogen und zugleich mit der 2. Bauetappe (Umdeckungsarbeiten) verwirklicht. Zu diesem Zweck wird nachfolgenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Baumeisterarbeiten: Fa. Prameshuber, Steyr, zum Preise von
S 475.512,- i. M.
2. Dachdeckerarbeiten: Fa. Lipfert, Steyr, zum Preise von
S 327.000,- i. M.
3. Bautischlerarbeiten:
 - a) Fenster Fa. Hackl, Steyr, zum Preise von
S 417.732,-
 - b) Außenwandverschalung Fa. Weidinger, Steyr, zum Preise von
S 61.200,-
4. Spenglerarbeiten: Fa. Vratny, Steyr, zum Preise von
S 60.835,30 i. M.
5. Trockenlegungsarbeiten: Fa. Mibag, Sierning, zum Preise von
S 79.788,- i. M.
5. Trockenlegungsarbeiten: Fa. Mibag, Sierning, zum Preise von
S 79.788,- i. M.
5. Gerüstungsarbeiten: Fa. Weidinger, Steyr, zum Preise von
S 79.200,- i. M.
7. Zimmermannsarbeiten: Fa. Weidinger, Steyr, zum Preise von
S 265.020,- i. M.
8. Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Mitterhuemer, Steyr, zum Preise von
S 156.591,28 i. M.
9. Blitzschutzarbeiten: Fa. Kammerhofer, Steyr, zum Preise von
S 32.040,- i. M.
10. Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr, zum Preise von
S 153.480,- i. M.
2,157.598,48

Zur Herstellung der Außenwandverschalung ist nach Möglichkeit Schnittholz aus dem Holzbruch heranzuziehen. Die Abrechnung der in diesem Zusammenhang anfallenden Arbeiten erfolgt nach tatsächlichem Aufwand. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 900.000,-
(neunhunderttausend)
bei der VA-Stelle 5/2622/010000.6 und
S 1,258.000,-
(eine Million zweihundertachtund-
fünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8460/010000.5 freigegeben.

Auch hier darf ich um Annahme des Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Tatzreiter für die Berichte und wünsche ihm gleichzeitig zu seinem sonntägigen 50. Geburtstag alles Gute.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Damit sind wir am Ende der Verhandlungsgegenstände. Wir kommen zur Aktuellen Stunde und ich frage die SPÖ? Keine Wortmeldung? ÖVP? Keine Wortmeldung? GAL? KPÖ? FPÖ? Es wünscht niemand einen Beitrag.

Meine Damen und Herren, es gehört zur Praxis, daß am Ende jeder Sitzung mitgeteilt wird, welche Beschlüsse zur Kenntnis genommen wurden. Es wurden heute vom Gemeinderat Beschlüsse des Stadtsenates in der Höhe von 1,157.400 Schilling zur Kenntnis genommen. In den Verhandlungsgegenständen wurden Beschlüsse über einen Gesamtbetrag von S 54,267.815,- gefaßt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke für die Mitarbeit, für die sachliche Diskussion. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Gescha Gugenberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

